

## **Mehr für die Mehrheit!**

Unser Wahlprogramm für die Landtags-  
und Bezirkswahlen 2018 in Bayern.

# Landtagswahlprogramm

<b>1.</b>	<b>Bayern gehört den Menschen</b>	<b>6</b>
<b>2.</b>	<b>Für gute Arbeit und ein gutes Leben in Bayern</b>	<b>8</b>
2.1.	Gute Arbeit statt Arbeitsdruck, Drangsalierung und Existenzangst .....	8
2.2.	Wirtschaft aktiv umgestalten.....	13
2.3.	Digitalisierung muss den Beschäftigten dienen – Arbeitszeit verkürzen .....	15
2.4.	Sanktionsfreie Mindestsicherung statt Hartz IV .....	17
2.5.	Öffentlicher Beschäftigungssektor und Unterstützung bei Wiedereingliederung .....	22
2.6.	Selbstbestimmung und Teilhabe für Menschen mit Behinderung .....	24
2.7.	Gesundheit, Pflege, psychiatrische Hilfen und Drogenpolitik – Hilfe und Therapie statt Apparate und Repression.....	25
2.8.	Bezahlbare Miete statt hoher Rendite.....	32
<b>3.</b>	<b>Gute Bildung für alle statt sozialer Auslese</b>	<b>39</b>
3.1.	Eine Schule für alle.....	42
3.2.	Berufliche Bildung verbessern.....	46
3.3.	Für eine demokratische Hochschule.....	49
3.4.	Erwachsenenbildung fördern – Weiterbildung ausbauen .....	52
3.5.	Kita und Elementarbildung, Jugendhilfe und Sozialarbeit.....	54
3.6.	Zugang zu Bildung für alle, auch digital.....	57
<b>4.</b>	<b>Demokratie statt Repression und Obrigkeitsstaat</b>	<b>59</b>
4.1.	Mehr Mitsprache in einem demokratischen Bayern ermöglichen .....	59
4.2.	Öffentliche Verwaltung demokratisieren.....	60
4.3.	Innere Sicherheit, Überwachung, Kriminalität .....	61
4.4.	Versammlungsfreiheit verteidigen .....	63
4.5.	Datenschutz ernst nehmen – Nein zum „gläsernen Menschen“ .....	64
4.6.	Drogenpolitik – Hilfe statt Repression .....	65
4.7.	Kampf gegen Faschismus .....	66
4.8.	Religionsfreiheit .....	68
4.9.	Freiheit für Kunst und Kultur .....	68

4.10.	Breitensport fördern.....	70
4.11.	Medienvielfalt statt kommerzieller Verflachung .....	70
4.12.	Linke Politik – von und für Frauen .....	72
4.13.	Gleichberechtigung für alle Lebensweisen!.....	82
4.14.	Geflüchtete schützen.....	84
4.15.	Integration heißt Partizipation .....	87
<b>5.</b>	<b>Unser Bayern funktioniert miteinander, nicht gegeneinander</b>	<b>90</b>
5.1.	Bayern schafft es nicht alleine!.....	91
5.2.	Wir streiten für ein kooperatives und solidarisches Bayern.....	91
5.3.	Ballung und Schrumpfung – zwei alarmierende Entwicklungen .....	92
5.4.	Gleichzeitige Entwicklung statt Leuchtturmpolitik .....	93
5.5.	Nachhaltige Entwicklung braucht demokratische, kooperative und transparente Verfahren.....	94
5.6.	Dezentralisierung als Grundlinie linker Struktur- und Regionalpolitik.....	94
5.7.	Die Kommunen stärken – kommunale Selbstverwaltung braucht verlässliche Finanzierung statt Gnadenerweise!.....	95
5.8.	Bayern vernetzen .....	97
<b>6.</b>	<b>Mobil in Bayern – umweltfreundlich und sozial</b>	<b>99</b>
6.1.	Für wen und für was wir uns stark machen .....	99
6.2.	Verkehrswende einleiten – umweltverträgliche Mobilität stärken!.....	100
6.3.	Radwegenetze und öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) ausbauen!.....	101
6.4.	Schieneninfrastruktur ausbauen und erhalten! .....	103
6.5.	Schluss mit der Subventionierung des Kfz-Verkehrs – keine Privatisierung des ÖPNV und der DB! .....	104
6.6.	Landesmobilitätsplan entwickeln – Bundesverkehrswegeplan überarbeiten!.....	105
<b>7.</b>	<b>Ökologischer Umbau – für ein lebenswertes Bayern</b>	<b>107</b>
7.1.	Klima schützen, Energie umbauen – sozial und ökologisch.....	108
7.2.	Gesundheit der Menschen schützen – Grenzwerte strikt einhalten! .....	114
7.3.	Personen-, Güter- und Lieferverkehr auf der Straße eindämmen! .....	116
7.4.	Klimaschutz ernst nehmen – Flugverkehr eindämmen!.....	116

7.5.	Natur und Landschaft schützen.....	118
7.6.	Flüsse müssen frei fließen.....	120
7.7.	Für einen ökologisch orientierten Landbau.....	122
7.8.	Bayerns Äcker ohne Gentechnik, keine Patente auf Leben.....	124
7.9.	Blühende Landschaften gegen das Insektensterben.....	124
7.10.	Rohstoffe erhalten und recyceln.....	126
7.11.	Wasser ist keine Ware!.....	127
7.12.	Bayerns Wald: Kulturgut, Naherholungsgebiet und Wirtschaftsfaktor.....	128
7.13.	Tierschutz: Ein Gebot der Menschlichkeit.....	129
<b>8.</b>	<b>Für den Frieden: Gegen die weitere Militarisierung Bayerns!</b>	<b>132</b>

## Bezirkswahlprogramm

1.	Präambel.....	136
2.	Pflege: Alter, Krankheit, Respekt.....	137
3.	Selbstbestimmung und Teilhabe für Menschen mit Behinderung.....	138
4.	Psychosoziale Versorgung und Psychiatrie.....	140
5.	Drogen: Umdenken in der Drogenpolitik.....	142
6.	Kultur und Umwelt: Was uns verbindet.....	144
7.	Auf den Punkt.....	145

Unser Wahlprogramm für die  
**Landtagswahl** in Bayern.

# 1. Bayern gehört den Menschen

Bayern, das Land der Unterschiede: Wir gelten als weltoffen, Bayern ist ein Touristenmagnet für Menschen aus aller Welt – gleichzeitig wollte der neue Ministerpräsident 2015 das Land einzäunen. Die Zahl der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnisse liegt in Bayern auf einem sehr hohen Niveau – allerdings auch die Anzahl der Beschäftigten in Minijobs und Leiharbeit. Bayern ist wunderschön: die Alpen, die Seenlandschaften, der Bayerische Wald, der Spessart und das Allgäu. Aber Stromtrassen und Beton zerstören diese Schönheit, Feinstaub verpestet München und andere Großstädte, der Klimawandel gefährdet die Gletscher und führt zu Felsabbrüchen und die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler werden für den Dieselbetrug der Automobilkonzerne zur Kasse gebeten. Der Reichtum in Starnberg und München führt zur bundesweit höchsten Lebenserwartung, in Hof ist sie aufgrund der Armut so gering wie sonst nirgendwo in Deutschland. Der Wohnraum ist in den bayerischen Großstädten für Normalverdienende unbezahlbar, während in Oberfranken und der Oberpfalz der Leerstand wächst. Bilder von ehrenamtlichen Geflüchteteninitiativen, von selbstlosen Helferinnen und Helfern gingen um die Welt – genauso bekannt sind Abschottung und Abschiebung des Landes und die Spezlwirtschaft, das Bevorzugen der Verwandtschaft durch die Regierenden dieses Landes. Bayern hat eine der fortschrittlichsten Verfassungen, der Landtag beschließt jedoch die reaktionärsten Gesetze.

Dies alles und noch viel mehr ist Bayern. Im Landtag aber ist nur das eine Bayern sichtbar. Die Abschottung nimmt zu, der Rechtsruck verfängt sich auch bei den Oppositionsparteien im Landtag, in vielen Kommunen sind CSU und SPD, aber auch die Grünen für überbewerteten Wohnraum und das Verkehrsdesaster verantwortlich. Während früher SPD, Grüne und Freie Wähler gegen die CSU stritten, würde ein CSU-Ministerpräsident mittlerweile für ein bisschen Mitregieren von denen allen getragen.

Und es gibt das Bayern der Armen: Menschen, die arm sind, mit und ohne Arbeit, die sich unterfinanziert in Pflege, Bildung und anderen Bereichen tagtäglich aufopfern. Es gibt die Beschäftigten, die sich trotz mehrerer Jobs die Miete nicht mehr leisten und Rentnerinnen und Rentner, die von ihrer Rente nicht leben können. Dieses andere Bayern leidet aber nicht nur. Es will diese Verhältnisse nicht mehr hinnehmen, es organisiert sich und leistet Widerstand. Auch das ist eine historisch gewachsene Tugend in Bayern – gegenwärtig noch ausschließlich

außerhalb des Parlaments: In ihren Betrieben, wo diese Menschen für bessere Löhne und Arbeitsbedingungen streiten und streiken; sie setzen sich für günstigen Wohnraum ein und helfen Geflüchteten. Sie treten für einen kostenfreien, ökologisch sinnvollen ÖPNV ein, kämpfen gegen Stromtrassen und zeigen eine klare Kante gegen Rechts. Dieses widerständige Bayern hat den Freistaat vor 100 Jahren gegründet – mit Kurt Eisner und vielen anderen und gegen die damaligen reaktionären Kreise. Dieses widerständige Bayern ist für die gute bayerische Verfassung verantwortlich. Bereits Kurt Eisner und viele andere Sozialistinnen und Sozialisten erkannten: Die derzeitigen Probleme in Bayern und anderswo auf der Welt sind kein Schicksal, sondern haben eine grundlegende Ursache – den Kapitalismus. Dieser bedeutet Krieg, Armut und Umweltzerstörung für den Großteil der Menschheit und führt zu wachsendem Reichtum für einige Wenige. Deshalb verbanden Eisner und andere Sozialistinnen und Sozialisten die alltäglichen Kämpfe um mehr Soziales, mehr Gleichheit und gegen Unterdrückung mit dem Kampf um eine Überwindung der kapitalistischen Produktionsweise. DIE LINKE hält an diesem Erbe fest und kämpft in allen Bereichen um eine Zurückdrängung der Macht des Kapitals und für eine Überwindung des Kapitalismus. Kurzum: Wir stehen für ein sozialistisches Bayern und eine sozialistische Welt.

Deshalb steht DIE LINKE auf der Seite dieses anderen, dieses widerständigen Bayern: Für günstigen Wohnraum, für armutsfeste und sichere Arbeit, für einen flächendeckenden, kostenfreien öffentlichen Nahverkehr (ÖPNV), für gute Bildung. DIE LINKE stellt das menschenfreundliche, solidarische, soziale, das andere Bayern in den Mittelpunkt, das Bayern, das die Mehrheit der Menschen will. Daher nehmen wir – im Gegensatz zu anderen Parteien – keine Firmenspenden an. Tragen wir dieses andere, dieses Widerständige in den Landtag! Helfen wir, dass die bayerische Verfassung im Maximilianeum verteidigt wird!

## 2. Für gute Arbeit und ein gutes Leben in Bayern

### 2.1. Gute Arbeit statt Arbeitsdruck, Drangsalierung und Existenzangst

*„Für jeden Berufszweig können Mindestlöhne festgesetzt werden, die dem Arbeitnehmer eine den jeweiligen kulturellen Verhältnissen entsprechende Mindestlebenshaltung für sich und seine Familie ermöglichen.“ (Bayerische Verfassung, Art. 169, Absatz 1)*

Viele können es nicht mehr hören, dieses „Es geht ‚uns‘ gut“, denn trotz guter wirtschaftlicher Lage geht die Schere zwischen Arm und Reich immer weiter auseinander. Die Spitzengehälter von sogenannten „Führungskräften“ und die Kapitaleinkommen sind sprunghaft angestiegen – die Reallöhne im unteren und mittleren Bereich bleiben gleich oder nehmen gar ab. Nach dem aktuellen bayerischen Sozialbericht vergrößern sich die Einkommensabstände, die Vermögenskonzentration steigt in Bayern, die Armut und die Zahl der Abgehängten aber auch. Die Armutsgefährdung liegt mittlerweile bei 15 Prozent. Von menschenwürdiger Arbeit für alle sind wir meilenweit entfernt. Von Lohngerechtigkeit kann angesichts einer Lohnlücke von 24 Prozent zwischen Frau und Mann keine Rede sein. Die Ursachen für diese Probleme sind die Zunahme prekärer Beschäftigung, das Ausscheiden zahlreicher Unternehmen und Betriebe aus der Tarifbindung und niedrige Tarifabschlüsse. Die Landesregierung rühmt sich wegen einer historisch niedrigen Arbeitslosenquote von unter 3 Prozent, aber von den Beschäftigten arbeiten mehr als 1,2 Millionen Menschen in Teilzeit, in befristeten Arbeitsverhältnissen, in schlecht bezahlter Leiharbeit oder in Minijobs. Gleichzeitig leisteten im Jahr 2016 die Beschäftigten in Bayern 120 Millionen Überstunden, davon 80 Millionen unbezahlt. Die einen haben keinen Job, von dem sie leben können, die anderen schufteten bis zum Umfallen. In den letzten 20 Jahren ist die Zahl der atypischen Beschäftigungsverhältnisse um 70 Prozent gestiegen. Seit 2003 hat sich die Zahl der Menschen, denen zur Sicherung ihres Lebensunterhalts ein Job nicht reicht, mehr als verdoppelt.

Arbeit, Soziales und Wirtschaft müssen grundlegend anders werden. Armut, Arbeitsdruck, Existenzangst und gesundheitsgefährdende Mehrfachjobs dürfen nicht länger sein. Dafür kämpft DIE LINKE. Arbeit ist die Quelle allen Reich-

tums und Grundlage für den Lebensunterhalt aller Menschen. Das Normalarbeitsverhältnis, das nach dem Zweiten Weltkrieg von Beschäftigten und Gewerkschaften hart erkämpft wurde, bedeutete Sicherheit gegen das Risiko des sozialen Abstiegs. Es erlaubte, die Zukunft zu planen und die Grundlagen dafür zu legen, dass es den Kindern einmal besser geht. Wir wollen ein neues Normalarbeitsverhältnis, das für alle Menschen soziale Sicherheit ermöglicht und auf individuelle Lebenslagen Rücksicht nimmt: Die Löhne müssen für ein gutes Leben und für eine Rente reichen, die den Lebensstandard im Alter sichert. In den vergangenen Jahren haben Burnout und psychische Erkrankungen infolge von Dauerstress und belastenden Arbeits- und Lebensbedingungen dramatisch zugenommen. Es wird an Personal gespart und der Leistungsdruck wird erhöht. In vielen Berufen – ob in der Pflege, in der Kita oder auf dem Bau – schaffen es die Beschäftigten aufgrund der hohen Belastung nicht bis zur Rente. Arbeit darf nicht krank machen. Aber so wie es jetzt ist, macht Arbeit viele Menschen krank. Arbeit muss so geregelt werden, dass die Gesundheit ein ganzes Arbeitsleben über erhalten wird. Arbeit muss planbar und für ein Leben mit Kindern vereinbar sein. Arbeit muss für alle Menschen sicher und unbefristet, selbstbestimmt, tariflich bezahlt, sozial abgesichert und demokratisch mitgestaltet sein. Das gilt, egal ob die Arbeit mit Laptop oder Wischmopp, im Pflegekittel oder Blaumann geleistet wird. In einem reichen Land wie Deutschland muss sozial gerechte Politik damit anfangen, Armut zu verhindern. Arm trotz Arbeit, immer in Angst vor dem sozialen Abstieg zu leben und permanente Unsicherheit, ob man morgen entlassen wird, darf es nicht geben. Wir müssen umkehren. Menschen dürfen nicht in den persönlichen Abgrund getrieben werden.

DIE LINKE kämpft an der Seite der Beschäftigten für höhere Löhne und gleichen Lohn für gleiche und gleichwertige Arbeit von Frauen und Männern. Wir wollen keine Leiharbeit mehr. Wir wollen gute und unbefristete Arbeitsverhältnisse. Beschäftigte, die ihre Arbeitszeiten reduzieren, müssen einen Anspruch auf Rückkehr in Vollzeit haben. Jede Statistik zeigt: Beschäftigte, die unter Tarifverträge fallen, verdienen besser. Wir wollen, dass Tarifverträge leichter allgemeinverbindlich erklärt werden können. Wir wollen abschaffen, dass die Arbeitgeberseite gegen die Allgemeinverbindlichkeit von Tarifverträgen ein Veto einlegen kann. Sachgrundlose Befristung darf nicht länger zulässig sein.

Wir wollen mit einem Landesmindestlohngesetz dafür sorgen, dass in landeseigenen Unternehmen und Gesellschaften sowie bei Unternehmen, die sich um Aufträge und Wirtschaftsförderung durch das Land Bayern bewerben, ein Mindestlohn von 12 Euro pro Stunde gezahlt wird.

Betriebsschließungen und Massenentlassungen durch profitabel arbeitende Firmen – wie jüngst bei Siemens – sind zu verbieten. Bei Verlagerung von Betriebsteilen ins Ausland fordern wir eine Abgabe in Höhe der entstehenden sozialen Folgekosten. Eine Umwandlung von Vollzeitstellen in Teilzeit- oder Minijobs, wie im Zuge der Flexibilisierung der Ladenöffnungszeiten, vor allem bei Discountern, ist zu unterbinden. Wir setzen uns dafür ein, dass die Beschäftigten von ihrer Arbeit gut leben können und nicht auf belastende Zusatzjobs angewiesen sind.

Die demokratische Mitbestimmung der Beschäftigten wird ausgehöhlt und angegriffen. Immer mehr Unternehmen versuchen Betriebsratsgründungen und gewerkschaftliche Organisation zu verhindern – viele schrecken dabei nicht vor kriminellen Methoden zurück.

### Dafür steht DIE LINKE. Bayern:

- » Soziale Absicherung: Ab dem ersten Euro muss eine volle Pflicht zur Sozialversicherung gelten. Wir setzen uns dafür ein, dass Mini- und Midi-Jobs durch unbefristete Arbeitsverträge und existenzsichernde Einkommen ersetzt werden. Dazu wollen wir einen Rechtsanspruch auf eine Mindeststundenzahl von 22 Stunden pro Woche im Arbeitsvertrag einführen. Ausnahmen darf es nur aus schwerwiegenden wirtschaftlichen Gründen geben. Die Beweispflicht hierfür muss beim Unternehmen liegen. Zudem müssen Arbeitgeber verpflichtet werden, den Abschluss von Teilzeitverträgen unter 22 Stunden mit dem Betriebsrat zu erörtern, der Betriebsrat muss dafür ein Vetorecht erhalten.
- » Bei der betrieblichen Weiterbildung dürfen Arbeitgeber nicht aus der Verantwortung entlassen werden. Fortbildungsmaßnahmen, die im Interesse der Unternehmen sind, müssen von diesen finanziert werden. Alle Beschäftigten müssen für ihre Weiterbildung einen Rechtsanspruch erhalten, ihre Arbeitszeit zeitweise reduzieren oder zeitlich begrenzt ganz aussetzen zu können. Wo Unternehmen Regelungen verweigern, muss eine gesetzliche Verpflichtung greifen: Der Arbeitgeber muss während der Bildungsteilzeit einen teilweisen Lohnausgleich von mindestens 70 Prozent des Nettogehalts und Sozialversicherungsbeiträge zahlen.
- » Wir streiten für den Erhalt und die Ausweitung von Flächentarifverträgen. Die geltenden Arbeitnehmerschutzrechte sind einzuhalten.
- » Aufträge der öffentlichen Hand werden nur noch an Betriebe vergeben, die Arbeitnehmerschutzrechte und geltende Tarifverträge einhalten.

In ein Bayerisches Vergabegesetz soll aufgenommen werden, dass bei der Auftragsvergabe Unternehmen mit Betriebsrat zu bevorzugen sind, ohne dass dadurch Kleinunternehmen, die die Voraussetzungen dafür nicht erfüllen können, der Zugang zu öffentlichen Aufträgen verwehrt wird. Unternehmen, die Massenentlassungen durchführen, Arbeitsplätze abbauen und ins Ausland verlegen oder aus steuerlichen Gründen den Firmensitz ins Ausland verlagern, werden aus den Vergabeprogrammen ausgeschlossen.

- » Wir fordern ein Recht auf Freizeit. Während andere Parteien das Arbeitszeitgesetz flexibilisieren und die gesetzliche Höchstarbeitszeit auf täglich zwölf oder 13 Stunden anheben wollen, fordern wir eine Absenkung! Die gesetzliche Wochenhöchstarbeitszeit muss auf 40 Stunden reduziert werden. Ausnahmen müssen strikter begrenzt und stärkere Kontrollen durch Arbeitnehmervertretungen und Arbeitsschutzbehörden – Gewerbeaufsichtsämter, Finanzkontrolle Schwarzarbeit – müssen gesetzlich vorgeschrieben werden. Insbesondere in Bayern sind die Stellen unbesetzt, die dringend nötig wären.
- » Wir unterstützen die Forderung der Gewerkschaften nach einer Anti-Stress-Verordnung und die Initiativen, atypische und besonders belastende Arbeitszeiten durch zusätzliche Freizeit auszugleichen. Es braucht ein individuelles Veto-Recht gegen Überlastung. Betriebs- und Personalräte müssen umfassende Mitbestimmungsrechte bei Personaleinsatz, Zielvorgaben und Arbeitsplanung erhalten.
- » Sabbatjahre für alle: Beschäftigte sollen mehrmals in ihrem Berufsleben die Möglichkeit haben, für ein Jahr auszusteigen. Damit verbunden ist ein Rückkehrrecht auf den gleichen oder einen gleichwertigen Arbeitsplatz. Die Sabbatzeiten können auch als kleinere Auszeiten von drei bis sechs Monaten genommen werden.
- » Der Lohnraub, der durch Überstunden entsteht, muss sofort beendet werden. Arbeitgeber müssen verpflichtet werden, Arbeitszeiten vollständig zu erfassen und Überstunden mit Zuschlägen oder Freizeitausgleich abzugelten. Eine Begrenzung und ein zeitnaher Ausgleich von Mehrarbeit sind gesetzlich zu verankern.
- » Wir wollen ein Recht auf vorübergehende Arbeitszeitverkürzung. Der bestehende Rechtsanspruch auf Teilzeit muss durch ein Rückkehrrecht auf die vorherige vertragliche Arbeitszeit ergänzt werden. Wir fordern einen Rechtsanspruch auf Erhöhung der Arbeitszeit, sofern in dem

Unternehmen Arbeit mit der entsprechenden Qualifikation vorhanden ist. Teilzeitarbeit soll nur in einem Mindestvolumen möglich sein, das eine eigenständige soziale Sicherung ermöglicht.

- » Wir fordern ein Verbot von Massenentlassungen. Entlassungen dürfen nicht der Profitmaximierung dienen. Hier braucht es verbindliche Mitbestimmung mit Vetorecht des Betriebsrats (Interessenausgleich/Sozialplan) und paritätische Mitbestimmung in allen Großunternehmen.
- » Erhalt des Ladenschlussgesetzes auf Landesebene, keine verkaufsoffenen Sonntage: Vor allem in der Industrie nehmen Schichtarbeit rund um die Uhr und rund um die Woche immer mehr zu. Der sowohl im Grundgesetz als auch in der Bayerischen Verfassung geschützte gemeinsame Sonntag, an dem sich eine Gesellschaft und Gemeinschaften bilden, geht verloren. Besonders augenfällig wird dies bei den verkaufsoffenen Sonntagen in Bayern, bei denen kaum eine Kommune die dafür gültigen Rechtsvorschriften einhält.
- » Wir fordern die Abschaffung aller Sonderregelungen für religiöse oder weltanschauliche „Körperschaften des öffentlichen Rechts“ im Betriebsverfassungsgesetz (§ 118) und im Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz. Das Streikrecht und die betrieblichen Mitbestimmungsrechte müssen auch für die Beschäftigten in Kirche, Diakonie und Caritas uneingeschränkt gelten. Das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz muss auch in kirchlichen Einrichtungen Anwendung finden. Das kirchliche Arbeitsrecht darf nicht über die für alle Tendenzbetriebe geltenden Besonderheiten hinaus eingeschränkt werden.
- » Die Allgemeinverbindlichkeitserklärung von Tarifverträgen muss erleichtert und die einseitige Veto-Möglichkeit abgeschafft werden.
- » Mitbestimmung ausweiten: Wir fordern eine Novellierung des Bayerischen Personalvertretungsgesetzes mit deutlicher Ausweitung der Mitbestimmungsmöglichkeiten.
- » Wir wollen zwingende Mitbestimmungs- und Vetorechte der Beschäftigten und ihrer Betriebsräte bei allen wirtschaftlichen Fragen. Das gilt besonders für Betriebsänderungen, Standortänderungen und Entlassungen sowie die Gestaltung der Tätigkeiten und der Arbeitsbedingungen. Das Vetorecht soll bei Leiharbeit, Werkverträgen, Befristungen, Personalabbau, bei Schließungen etc. gelten. Nicht erst beim Abschluss eines Sozialplans, sondern bereits beim Interessenausgleich fordern wir Mitbestimmungsrechte für Betriebsräte.

- » Verstöße gegen die Mitbestimmung stärker ahnden: Wer die Bildung eines Betriebsrats oder dessen Arbeit behindert, macht sich gemäß § 119 Betriebsverfassungsgesetz strafbar. Aber nur in seltenen Fällen kommt es zur Anklage. Um effektiv gegen solche Behinderungen von Gewerkschaften und Betriebsräten (Union Busting und Betriebsräte-Bashing) vorgehen zu können, muss die Strafverfolgung bei Straftaten und Verstößen gegen das Betriebsverfassungsgesetz verbessert werden. Wir fordern, dass auch Haftstrafen verhängt werden, wie es das Gesetz vorsieht. Nur eine konsequente Strafverfolgung und Verurteilung der Verantwortlichen wird dazu führen, dass Straftaten gegen Betriebsräte und Initiatoren zur Einleitung einer Betriebsratswahl spürbar abnehmen werden. Das Mittel einer Geldbuße zeigte bisher keinen Abschreckungseffekt.
- » Wir fordern zudem, dass Staatsanwaltschaften in Bayern Schwerpunktabteilungen bilden, die sich ausschließlich mit Straftaten aus dem Betriebsverfassungsgesetz befassen. Ziel ist es hierbei, dass das Betriebsverfassungsgesetz vollumfänglich zur Anwendung kommt und Beschäftigte bei der Wahl von Betriebsratsgremien vom Staat unterstützt werden. Die Staatsanwaltschaften sollen somit schneller und effektiver gegen Arbeitgeber vorgehen können, die Betriebsratswahlen verhindern.
- » DIE LINKE steht für strenge Kontrollen der Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber zur Einhaltung des Mindestlohns.

## **2.2. Wirtschaft aktiv umgestalten**

DIE LINKE will einen grundlegenden Richtungswechsel in der Wirtschafts- und Finanzpolitik. Menschen und Natur vor Profit – dafür kämpfen wir! Nur wenn die Macht der Großkonzerne gebrochen und Entscheidungen über Investitionen in allen Schlüsselbereichen der Wirtschaft demokratisch getroffen werden, können der notwendige ökologische Umbau der Wirtschaftsstruktur und die Digitalisierung auch sozial gerecht und am Gemeinwohl orientiert gestaltet werden. Der Umbau der Wirtschaft auf ökologisch nachhaltige Produktion muss so gestaltet werden, dass Beschäftigung erhalten bleibt.

Seit Jahrzehnten findet im produzierenden und verarbeitenden Gewerbe, im Handel und in der Landwirtschaft ein Strukturwandel statt, von dem einzelne Regionen in Bayern besonders hart betroffen sind. Aktuell führt die fortschreitende Digitalisierung zu tiefgreifenden Veränderungen im Bereich der Güterproduktion und in diversen Dienstleistungsberufen. Eine aktive staatliche Industrie-

und Beschäftigungspolitik ist erforderlich, um Deindustrialisierung zu verhindern, vorhandene Arbeitsplätze durch Umstellung auf neue Techniken zu sichern und sozial abgesicherte Übergänge von Beschäftigten aus schrumpfenden in zukunftsfähige Branchen zu ermöglichen. Beim strukturellen Umbau von Betrieben und Arbeitsplätzen darf es keine sozial und ökologisch blinde Wachstums- und Renditefixierung geben, vielmehr müssen soziale Sicherheit und gerechte Entlohnung, aber auch sinkender Rohstoffverbrauch und geringe Umweltbelastung maßgebend sein. Für Betriebe und Firmen sind regionale Förderprogramme, für die Beschäftigten Weiterbildungs- und Umschulungsmaßnahmen zu entwickeln.

Im Bereich der öffentlichen Daseinsvorsorge hat die neoliberale Entstaatlichungs- und Privatisierungspolitik der vergangenen Jahre zu einer massiven Unterversorgung geführt. Es ist eine Schande, wenn im „reichen“ Bayern Armut und Obdachlosigkeit zunehmen, wenn Kinder und Jugendliche aus ärmeren Familien nicht genügend gefördert und Pflegebedürftige vernachlässigt werden, wenn Bibliotheken oder Schwimmbäder geschlossen werden und aus Geldmangel Schulgebäude verfallen und Straßen verrotten. Dringend nötig ist deshalb ein umfangreiches staatliches Investitionsprogramm für Bildung und soziale Aufgaben sowie für weitere Infrastrukturmaßnahmen, wie z. B. Ausbau der digitalen Vernetzung, Ausstattung der Schulen und öffentlicher Einrichtungen mit entsprechender Hardware und Verbesserung des öffentlichen Nahverkehrs.

Wir wollen als LINKE die öffentliche Beschäftigung stark ausbauen. Staatliche Mehrausgaben für Bildung und Pflege, sozialen Wohnraum, Weiterbildung und Soziales sollen durch eine sozial gerechte und ökologisch ausgerichtete Steuerpolitik finanziert werden, die Reiche und finanzstarke Unternehmen verstärkt heranzieht und mehr als bisher den schonenden Umgang mit natürlichen Ressourcen honoriert. Hierzu ist es unabdingbar, die offenen Stellen für Betriebsprüfer sofort zu besetzen und zusätzliche Stellen zu schaffen, da jeder Betriebsprüfer knapp 1,5 Millionen Euro Mehreinnahmen für den Staat generiert. Wir fordern ein Zukunftsinvestitionsprogramm, um öffentliche und soziale Dienstleistungen zu verbessern sowie öffentlich geförderte Beschäftigungsverhältnisse und neue Arbeitsplätze mit umweltfreundlichen und zukunftsfähigen Investitionen zu schaffen.

In den ländlichen Gebieten und den „Randregionen“ sinkt nicht nur die Bevölkerungsdichte und der Altersdurchschnitt ist höher, auch die Arbeitslosigkeit spiegelt die auf die Großindustrie konzentrierte bayerische Wirtschaftspolitik wider: Bayern braucht eine Landesarbeitsmarktpolitik, die auf die Vermittlung der schon lange und teilweise sehr lange erwerbslosen Menschen zielt. Das muss unbedingt durch Qualifikationsangebote unterstützt werden.

## DIE LINKE. Bayern fordert:

- » Erhalt und Ausweitung öffentlichen Eigentums, um eine gestaltende Wirtschaftspolitik im Interesse des Gemeinwohls zu ermöglichen. Für Bereiche, die für das Gemeinwohl notwendig sind, wie Wasser, Energie, Grund und Wohnraum, Gesundheit etc. sollen auch gemeinwohlorientierte Formen des Besitztums angestrebt werden.
- » eine Wirtschafts- und Gewerbepolitik, die regionale Kreisläufe, eigenständiges Handwerk und Kleinunternehmen unterstützt und diese nicht zu abhängigen Zulieferern für wenige Industriekonzerne verkommen lässt.
- » Fördermittel für mittelständische Betriebe und Existenzgründerinnen und Existenzgründer, die sich an tarifliche Standards halten und (gute!) Arbeitsplätze schaffen.

### **2.3. Digitalisierung muss den Beschäftigten dienen – Arbeitszeit verkürzen**

Im Zuge der Produktivitätssteigerungen insbesondere durch Digitalisierung findet auch eine extrem belastende zeitliche Verdichtung der Arbeit statt. Gleichzeitig werden immer mehr Beschäftigte, mehrheitlich Frauen und Alleinerziehende, in unfreiwillige Teilzeit, Mini- und Midi-Jobs und damit in Erwerbsarmut abgedrängt. Ein Alter in Not ist zwangsläufig die Folge. Ein neues Normalarbeitsverhältnis bedeutet nicht, dass alle ein Leben lang Vollzeit in einem Betrieb arbeiten, sondern kürzere Arbeitszeiten und eine gerechte Verteilung der gesellschaftlich notwendigen Arbeit, auch zwischen den Geschlechtern. Die Arbeit muss zum Leben passen und nicht das Leben um die Arbeit kreisen!

Durch eine allgemeine Arbeitszeitverkürzung kann das Versprechen der Digitalisierung, selbstbestimmter zu arbeiten und zu leben, für alle Wirklichkeit werden. Der Verbrauch von Ressourcen könnte durch höhere Effizienz gesenkt werden. Ohne den gesellschaftlichen Kampf dafür wird jedoch das Gegenteil eintreten. Bayern fördert mit seiner Orientierung auf die „Arbeit 4.0“ (bzw. „Industrie 4.0“) das Gegenteil einer sozialen und ökologischen Entwicklung. Die Entwicklung neuer Technologien und die Digitalisierung führen dazu, dass sich die Anforderungen an die Arbeit und die berufliche Kompetenz der Menschen verändern. Die genauen Auswirkungen auf Arbeitskräftebedarf, Qualifikationsanforderungen und Leistungsverdichtung lassen sich erst erahnen: In einigen Bereichen können bis zur Hälfte der Arbeitsplätze durch Automation entfallen, verstärkte Teamarbeit

sowie vernetztes und abstraktes Denken werden vorausgesetzt; viele Tätigkeiten können von „zu Hause“ aus erbracht werden. Dies fördert prekäre, ungesicherte Arbeitsverhältnisse, Scheinselbstständigkeit, Leiharbeit und „Crowd-Working“. Letzteres bedeutet: Ein Arbeitsauftrag wird auf speziellen internetgestützten Plattformen ausgeschrieben und der schnellste und billigste Bewerber bekommt den Auftrag. Hinzu kommt die zunehmende Verhaltens- und Leistungskontrolle durch automatisierte und halbautomatisierte Systeme.

Wir müssen diese Entwicklung positiv für die Beschäftigten gestalten, was bedeutet: Wohlstand und mehr Zeit für alle statt hoher Profite für eine Minderheit von Kapitaleigentümern. Wir streiten für eine Verkürzung der Arbeitszeit auf 30 Stunden pro Woche, für eine bessere Work-Life-Balance als Antwort auf die Produktivitätssteigerungen in allen Bereichen. Die Verkürzung der Arbeitszeit darf nicht zu mehr Stress bei den Beschäftigten führen.

#### **DIE LINKE. Bayern fordert:**

- » Die automatisierte lückenlose Aufzeichnung und Analyse des Bewegungsablaufs bzw. des Verhaltens von Beschäftigten während der Arbeitszeit ist vollständig zu verbieten, denn sie sind als unangemessene Leistungs- und Verhaltenskontrolle zu betrachten. Jede Beurteilung muss nachvollziehbar und anfechtbar sein.
- » Digitalisierung und die Arbeit und Auftragsvergabe über Clouds und Plattformen schaffen neue, oft entgrenzte und prekäre Beschäftigungsformen. Dem halten wir entgegen: Flexibilität im Arbeitsleben muss sich nach den Bedürfnissen der Beschäftigten richten. DIE LINKE setzt sich für Gesetzesveränderungen ein, die zu mehr Zeitsouveränität für die Einzelnen und zu besserem Schutz gegen Dauerstress und Überlastung führen. Mit der Digitalisierung muss der Streit um Beteiligung der Beschäftigten an den Produktionsmitteln neu entfacht und eine öffentliche Grundsatzdebatte über die Zukunft der Arbeit und alternative Entlohnungs- und Beschäftigungsformen geführt werden.
- » Wir wollen das Recht auf Nichterreichbarkeit außerhalb der Arbeitszeit. Wir setzen uns für einen Rechtsanspruch für Beschäftigte auf mobiles Arbeiten und Home-Office mit verbindlichem Schutz vor Überlastung ein. Dieser Anspruch muss freiwillig sein und der Arbeitgeber ist verpflichtet, Stress und Belastung in diesem Zusammenhang zu reduzieren und zu verhindern.

## 2.4. Sanktionsfreie Mindestsicherung statt Hartz IV

*(3) Jeder Bewohner Bayerns, der arbeitsunfähig ist oder dem keine Arbeit vermittelt werden kann, hat ein Recht auf Fürsorge. (Bayerische Verfassung: Art. 168 Abs. 3)*

Die Langzeitarbeitslosigkeit nimmt zwar langsam ab, der verbleibende Bestand verfestigt sich jedoch: 213 600 Menschen waren im Dezember 2017 offiziell arbeitslos, davon sind rund 101 900 Hartz-IV-Betroffene (amtlich ALG-II-Bezieher); 51 000, d. h. fast ein Viertel davon gelten als langzeitarbeitslos. Hinzu kommen ca. 100 000 Menschen, die aus der Arbeitslosenstatistik herausgerechnet werden, weil sie sich entweder in einer arbeitsmarktpolitischen Maßnahme befinden, älter als 58 Jahre oder vorübergehend arbeitsunfähig sind. Außerdem gibt es eine hohe Dunkelziffer von solchen, die zwar Arbeit suchen, aber sich nicht bei den Jobcentern melden.

Für uns ist die Tatsache, dass mehr als 300 000 erwerbsfähige Menschen in Bayern erwerbslos sind, kein Grund zu feiern. Die offiziellen Erfolgsmeldungen sind Nebelkerzen vor der Lebenswirklichkeit vieler Menschen. Die Arbeitsmarktpolitik muss sich in besonderem Maße um diejenigen kümmern, die schlechte Chancen auf dem Arbeitsmarkt haben, d. h. vor allem gering Qualifizierte, Beschäftigte über 50 und Menschen, die an psychischen oder chronischen Erkrankungen leiden. Der niedrige Durchschnittswert sollte auch nicht darüber hinwegtäuschen, dass es in Bayern Regionen gibt, die deutlich über dem bundesweiten Arbeitslosendurchschnitt liegen. In Nürnberg und Hof wurde der Bundesschnitt mit 8,5 und 11,3 Prozent sogar deutlich überschritten.

Von Langzeitarbeitslosigkeit betroffen sind insbesondere Menschen ohne abgeschlossene Berufsausbildung, nämlich 40 Prozent, wovon fast ein Viertel älter als 55 Jahre ist. Den Menschen, die sich in dieser Sphäre „verfestigter Langzeitarbeitslosigkeit“ befinden, gilt unsere besondere Sorge und Aufmerksamkeit. Um zu verhindern, dass sie bei Verlust der Arbeit nach spätestens 18 Monaten in den Status dauerhaft verfestigter Langzeitarbeitslosigkeit („Hartz IV“) abrutschen, sind seitens der Jobcenter und Arbeitsagenturen erstens an persönliche Betreuung gebundene Vermittlungsbemühungen, zweitens Maßnahmen zur beruflichen Aus- und Weiterbildung und drittens mehrphasige praktische Tätigkeiten im öffentlichen Beschäftigungssektor erforderlich.

Seit Jahren sind die Maßnahmen der Arbeitsagenturen und Jobcenter zur Vermittlung in Arbeit und zur Qualifizierung für die Arbeitslosen völlig unzureichend. Was als „Aktivierung und berufliche Eingliederung“ deklariert wird, dient im Wesentlichen der Überprüfung der Vermittlungsbereitschaft. Wer zu einem

Termin beim Jobcenter nicht erscheint, das dritte vorgeschlagene Bewerbungstraining nicht antritt, oder eine vorgeschlagene – oft prekäre, schlecht bezahlte – Arbeit nicht antritt, wird sanktioniert, bis zum Ausscheiden aus dem Leistungsbezug. Für die Weiterbildung werden kurzfristige Billigangebote (PC-Kurse etc.) bevorzugt, während Ausbildungen mit verwertbaren Berufsabschlüssen nur selten genehmigt werden. Vollends bei Langzeitarbeitslosen ohne Berufsabschluss fehlt es an mehrjährigen, mehrphasigen Ausbildungen mit intensiver Betreuung nach Werkstattprinzip, für die ein öffentlicher Beschäftigungssektor zu schaffen ist, aus dem nach erfolgreichem Abschluss mit weiterer Unterstützung in den ersten Arbeitsmarkt gewechselt werden kann.

Wir wollen die Ursachen der Erwerbslosigkeit bekämpfen, soziale Sicherheit garantieren und Armut beseitigen. Dazu müssen zusätzliche, gut bezahlte und tariflich abgesicherte Arbeitsplätze geschaffen werden statt Minijobs und unfreiwilliger Teilzeitarbeit. Wer erwerbslos ist, darf nicht in Armut gedrängt werden – daher braucht es eine sanktionsfreie Mindestsicherung statt Hartz IV. Wir wollen außerdem einen öffentlichen Beschäftigungssektor für Menschen schaffen, die derzeit keiner regulären Beschäftigung nachgehen können. DIE LINKE fordert, dass die Mittel für arbeitsmarktpolitische Maßnahmen bei den Arbeitsagenturen und Jobcentern nicht gekürzt, sondern in erheblichem Maße aufgestockt werden. An die Stelle kurzfristiger Maßnahmen, die den Betroffenen nicht helfen, müssen langfristige Maßnahmen treten, die zu anerkannten Berufsabschlüssen führen.

Der in Regelsätzen von ALG II vorgegebene „Bedarf“ ist zu niedrig angesetzt und verhindert ein Leben in Würde und mit sozialer Teilhabe. Deshalb wollen wir Hartz IV durch eine sozial gerechte, individuelle und sanktionsfreie Mindestsicherung ersetzen. Das Prinzip der Bedarfsgemeinschaft, das nur dazu dient, Hartz-IV-Beträge kleinzurechnen, lehnen wir ab. Perspektivisch fordern wir eine bedarfsdeckende, sanktionsfreie Mindestsicherung. In einem ersten Schritt fordern wir eine Erhöhung der Regelsätze, die die tatsächlichen Lebenshaltungskosten absichert. Auch dieser Betrag wird jährlich angepasst. Wir wissen, dass die Hartz-IV-Drangsalierung nur auf Bundesebene abgeschafft oder verändert werden kann. Gleichwohl sehen wir die Verpflichtung Bayerns, auch aufgrund seiner Verfassung, soviel wie möglich für die Verbesserung der Lebenssituation der Hartz-IV-Opfer zu tun.

## 2.4.1. Sanktionen

Obwohl die Hartz-IV-Regelsätze das absolute Existenzminimum beinhalten sollen, welches nicht weiter unterschritten werden darf, bietet das SGB II

etliche Instrumente, Betroffene mit einer Kürzung der Zahlungen zu disziplinieren. Wichtigster Teil dieser Instrumente sind die Sanktionen, die im Wesentlichen auf eine Kürzung der ausgezahlten Monatsbeträge hinauslaufen. Das heißt, der Staat nimmt den Betroffenen einen Teil des Existenzminimums kaltherzig weg. Allein in Bayern sind davon jährlich rund 30 000 Bezieherinnen und Bezieher von ALG-II betroffen. Werden „zumutbare Arbeit oder Maßnahmen zur Eingliederung in Arbeit“ nicht angetreten, verweigert oder durch entsprechendes Verhalten verhindert, können gravierendere Kürzungen folgen. Bei der ersten Pflichtverletzung beträgt die Kürzung des Regelsatzes 30 Prozent, im Wiederholungsfall 60 Prozent. Bei fortgesetzter Verweigerung bzw. grundsätzlich „nichtkooperativem“ Verhalten gegenüber dem Jobcenter kann die komplette Leistung inklusive der Kosten für die Unterkunft gestrichen werden. Auch bei „Kündigung einer weniger als 15 Stunden wöchentlich umfassenden Beschäftigung, weil der Hinzuverdienst unter Anrechnungsbedingungen nicht mehr lohnend erscheint“, können derart eskalierende Sanktionen verhängt werden. Betroffene werden so in prekäre Arbeitsverhältnisse gezwungen, weil ihnen sonst die Obdachlosigkeit droht.

Schon Fristversäumnisse können zu einer Kürzung des Hartz-IV-Betrags führen und bei weitergehenden „Verstößen“ aus Sicht der Ämter greifen Sanktionen bis zur vollständigen Streichung des Arbeitslosengeldes. Wie Untersuchungen zeigen, ist dabei der Willkür der Jobcenter Tür und Tor geöffnet. Betroffen von Kürzungen sind überwiegend jüngere Langzeitarbeitslose, die auf diese Weise diszipliniert werden sollen.

Wir sagen: Eine Kürzung des Existenzminimums darf es nicht geben! Wir lehnen die Sanktionen ohne Wenn und Aber ab und kämpfen dagegen an der Seite der Betroffenen.

## 2.4.2. Regelsatz und Miete

Auch die steigende Verschuldung der Hartz-IV-Haushalte zeigt, dass die Leistungen der Jobcenter nicht ausreichen, um den Lebensunterhalt der bedürftigen Familien zu decken. Die Zahl der Widersprüche gegen und die Prozesse um fehlerhafte Bescheide – zu 40 bis 60 Prozent gewinnen die Klagenden – zeigen, dass die Ämter restriktiv vorgehen. Die unsoziale Härte des SGB II zeigt sich u. a. darin, dass notwendige Anschaffungen, wie der Ersatz eines kaputten Kühlschranks, nach dem alten Sozialrecht mit der Bewilligung eines einmaligen Betrages erledigt werden konnte, während sie nach dem jetzigen SGB II vom Regelsatz bestritten werden müssen. Diese Rechnung geht aber nicht auf, da der Regelsatz

dafür nicht ausreicht. Was als Möglichkeit bleibt, ist die Aufnahme eines Kredits beim Jobcenter, der in den folgenden Monaten vom nicht zu unterschreitenden Existenzminimum abgestottert werden muss, was dann zu einem Unterschreiten des Existenzminimums führt. Der Regelsatz für „Wohnen, Energie und Wohnstandhaltung“ ist mit knapp 37 Euro im Monat zu niedrig. Immer mehr Hartz-IV-Haushalten wird der Strom abgedreht. Die tatsächlichen Kosten der Grundversorgung von Single-Haushalten (ca. 1.500 kWh pro Jahr) belaufen sich in Bayern auf monatlich rund 44 Euro. Die Differenz führt abermals zu einem Unterschreiten des Existenzminimums.

Ähnlich sieht es bei den Mietkosten aus. Diese werden zwar inklusive Nebenkosten vom Amt übernommen, allerdings nur bis zu einer gewissen Höhe. Auf eine Sozialwohnung warten Bedürftige oft Jahre. Die wenigen Wohnungen, die sonst in das Budget passen, sind kaum zu bekommen. In München kommen auf eine Wohnung oft mehrere hundert Wohnungssuchende. Einige entscheiden sich deshalb für eine teurere Unterkunft, um ihre Chancen zu erhöhen oder bleiben entmutigt in ihrer zu teuren Wohnung. Leistungsbezieherinnen und -bezieher zahlen deshalb durchschnittlich vier Prozent der Mietkosten von ihrem Regelsatz.

Praktisch geht das zulasten der Mittel, die eigentlich der Sicherung des Lebensunterhalts dienen sollen. Die Angemessenheitsgrenzen für die Miethöhe, sowie der Regelsatz müssen deshalb dringend auf ein realistisches Niveau angehoben werden.

### 2.4.3. Alleinerziehende und Bedarfsgemeinschaften

Die Bedarfsgemeinschaften aus einem oder einer Erwachsenen und Kind(ern) zeigen die Ungerechtigkeit der Agenda 2010 sehr deutlich. In Bayern gibt es zur Zeit etwa 80 000 sogenannte „Bedarfsgemeinschaften“, in denen Alleinerziehende oder in Partnerschaft lebende Erwachsene und dazugehörige Kinder Hartz IV beziehen (amtsdeutsch: Leistungen nach SGB II). 6,8 Prozent der unter 18-Jährigen sind von Zahlungen der Jobcenter vollständig abhängig. Durchschnittszahlen trügen aber: Dieser Anteil schnell in Städten wie Schweinfurt, Hof und Nürnberg auf über 20 Prozent hoch.

Besonders benachteiligt sind Alleinerziehende mit ihren Kindern, d. h. zu 90 Prozent Frauen. Sind sieben Prozent der Paar-Familien von staatlicher Grundsicherung abhängig, so sind es 41 Prozent der alleinerziehenden Mütter. Für die 2,2 Millionen Kinder, die von nur einem Elternteil großgezogen werden, bedeutet das

ein erhebliches Armutsrisiko und bei Hartz-IV-Abhängigkeit tatsächliche Armut. Eine Ursache für das Armutsrisiko von Alleinerziehenden und deren Kindern sieht die Bertelsmann Stiftung im fehlenden Unterhalt durch den geschiedenen oder getrennt lebenden Partner (dies trifft auf etwa 50 Prozent der Alleinerziehenden zu) bzw. bei nur teilweiser oder sporadischer Zahlung. Sie schlägt deshalb eine Verbesserung des Unterhaltsvorschusses vor. Hartz-IV-Bedarfsgemeinschaften hilft dies jedoch nicht, da der Regelsatz mit dem einkalkulierten „Mehrbedarf“ für Alleinerziehende um den Unterhaltsvorschuss gekürzt wird. Für Kinder und Jugendliche reichen die nach Alter gestaffelten monatlichen Regelsätze nicht aus, um mehr als eine notdürftige Grundversorgung zu gewährleisten. Kinderarmut ist untragbar, insbesondere in einem solch reichen Land. Oft genug wird auf die Nutzung der Tafeln zurückgegriffen. Altersgemäße Teilhabe am sozialen Leben in und außerhalb der Schulklasse (z. B. Einladungen, Klassenfahrten, Sport) ist kaum möglich. Kinder und Jugendliche aus Hartz-IV-Familien sind arm und vom sozialen Leben abgekoppelt. Materielle und psychische Entbehrungen der Eltern setzen sich bei den Kindern fort. Chancen, dem durch bessere Bildung zu entgehen, sind gering. Durch das Hartz-IV-System werden alle über 17 Jahre alten Mitglieder der Bedarfsgemeinschaft, soweit sie sich nicht in Ausbildung befinden, gezwungen, sich kontinuierlich selbst um Arbeit zu bemühen, an wenig zielführenden „Maßnahmen“ der Jobcenter teilzunehmen oder angebotene Jobs jedweder Art anzutreten.

Während das Arbeitslosengeld I individuell an die Person des bzw. der arbeitslos Gewordenen gebunden ist, richtet sich das Arbeitslosengeld II nach einem für Erwachsene und Kinder gesetzlich festgeschriebenen „Bedarf“, der aber für die gesamte Bedarfsgemeinschaft berechnet wird. Zunächst verlangt das Bedürftigkeitsprinzip vorhandenes Vermögen bis auf einen Rest fürs Alter aufzubrauchen und alle Ausgaben für die Familie nach festen Regelsätzen zu planen. Arbeitseinkommen des Partners bzw. der Partnerin und anderweitige Einkünfte (z. B. Kindergeld, Unterhaltszahlungen von getrennt lebenden Partnern) werden in voller Höhe auf die Regelsätze in der Bedarfsgemeinschaft angerechnet. Paaren, die über ein Jahr zusammen in einer Wohnung leben, wird unterstellt gemeinsam zu wirtschaften und eine eheähnliche Gemeinschaft zu bilden. Die Folge: Der bzw. die Bedürftige hat je nach Höhe des Gehalts des Partners bzw. der Partnerin nur noch einen geminderten oder sogar gar keinen Anspruch mehr auf Sozialleistungen. Diese soll nun der Partner bzw. die Partnerin übernehmen, was zu einer prekären Abhängigkeit auf der einen Seite und einer enormen finanziellen Belastung auf der anderen führt. Das alles kann zu Auseinandersetzungen führen, bis hin zur

Erwägung lieber auszuziehen, als die mit Hartz IV verbundene finanzielle Schlechterstellung und Diskriminierung in Kauf zu nehmen. Vor allem junge Menschen werden nach einem Jahr Zusammenleben noch nicht an einer in diesem Ausmaß verbindlichen Gemeinschaft ähnlich einer Ehe interessiert sein. Betroffenen wird dadurch das Recht auf ein selbstbestimmtes Leben genommen. Die eheähnliche Gemeinschaft ist auch deshalb höchst ungerecht, da sie die Pflichten einer Ehe einfordert, die Vorteile einer Ehe wie Steuerersparnisse usw. aber verwehrt. Wir lehnen es ab, dass der Staat sich seiner Verantwortung entzieht und diese an Mitglieder einer Bedarfsgemeinschaft überträgt, denen so selbst kaum mehr als der Regelsatz auf dem Konto bleibt. Das Resultat dieser Berechnung ist kärgliches Leben in materieller Armut. Der Kampf mit den Ämtern um die richtige Berechnung von Hartz IV, um jeden Euro und jeden Cent, der tägliche Überlebenskampf, die durch die Lebensumstände hervorgerufenen Enttäuschungen für Kinder und damit für ihre Eltern (vom fehlenden Weihnachtsgeschenk bis zur offensichtlichen Bedürftigkeit) erhöhen das Risiko psychischer Krankheiten.

#### 2.4.4. Migrantinnen und Migranten

Der Erlass des Bundesgesetzes, welches EU-Bürgerinnen und -Bürgern bis zu fünf Jahren vom Bezug von Sozialleistungen ausschließt, hat zu Schicksalen bitterster Armut in Bayern und in ganz Deutschland geführt. Arbeitsmigrantinnen und -migranten aus unseren EU-Nachbarstaaten leben häufiger in erbärmlichem Elend und oft in Wohnungslosigkeit. DIE LINKE fordert ein Landesunterstützungsprogramm für die Kommunen zur Unterstützung von EU-Migrantinnen und -Migranten in Bayern. Das Programm sollte u. a. die Finanzierung der Unterbringung, Beratung in Landessprachen zu sozialen Problemlagen, Arbeit und Wohnen sowie die Finanzierung von Deutschkursen enthalten. Außerdem fordern wir, dass Bayern sich im Bundesrat für die Abschaffung dieses Gesetzes einsetzt.

#### 2.5. Öffentlicher Beschäftigungssektor und Unterstützung bei Wiedereingliederung

Im Zuge des Ausbaus der regulären, tariflichen Beschäftigung im öffentlichen Dienst fordern wir auf Bundesebene zwei Millionen neue Arbeitsplätze. Für Bayern entspricht dies knapp 250 000 Stellen. Zusätzlich wollen wir mit einem öffentlich geförderten Beschäftigungssektor neue Perspektiven für Menschen schaffen, die derzeit keiner regulären Beschäftigung nachgehen können, auch

aufgrund körperlicher oder psychischer Beeinträchtigungen. Sie sollen Stadtteilzentren, Initiativen und kulturelle Projekte stärken. Die Stellen müssen sich an den regionalen Gegebenheiten und den Bedürfnissen der Erwerbslosen ausrichten. Die Entlohnung darf den Mindestlohn und einen Bruttolohn von monatlich mindestens 1.500 Euro (Vollzeit) nicht unterschreiten. Es gilt immer, dass die Nutzung von finanziellen Mitteln für gesellschaftlich nützliche Beschäftigung Vorrang hat vor der Finanzierung von Erwerbslosigkeit – sogenannter Passiv-Aktiv-Transfer.

Nicht immer fällt die Einarbeitung nach langer Erwerbslosigkeit leicht. Notwendig ist es daher gerade für Langzeiterwerbslose, nicht in prekäre Erwerbs-situationen zu geraten, das heißt in sachgrundlosen Befristungen. Die Beschäftigungen müssen sozialversicherungspflichtig sein.

Wiedereingliederungen sollten bei Bedarf mit Beratung begleitet werden, wenn die Betroffenen mit Überschuldung, Handicaps oder sozialindizierten Abweichungen umgehen müssen oder gar psychische Probleme davontragen. Bei Menschen mit wenig Deutschkenntnissen muss ein alltagsintegrierter Aufbau von Kenntnissen der deutschen Sprache erfolgen.

#### **DIE LINKE. Bayern fordert:**

- » eine Erhöhung der Angemessenheitsgrenzen bei den Kosten der Unterkunft (KdU) für eine faire Chance Wohnungen zu finden und generell mehr sozialen Wohnungsbau.
- » mehr Sachbearbeiterinnen und Sachbearbeiter in den Agenturen für Arbeit und Jobcentern, um die Überlastungssituationen zu reduzieren; dadurch sollen verbesserte Beratungen stattfinden.
- » den Ausbau der öffentlichen Beschäftigung.
- » unabhängige Schlichtungsstellen, um Hartz-IV-Beziehenden mehr Möglichkeiten des Widerspruchs an die Hand zu geben.
- » die Umwandlung von Ein-Euro-Jobs und „Bürgerarbeit“ in sozialversicherungspflichtige, tariflich entlohnte Beschäftigungsverhältnisse.
- » einen Bayernpass, der Geringverdienenden und Sozialleistungsbezieherinnen und -bezieher den Zugang zu Museen, kulturellen Einrichtungen oder Sportvereinen sowie als Sozialticket Vergünstigungen im öffentlichen Nahverkehr nach dem Vorbild einzelner Kommunen ermöglicht. Für Kinder soll es freie Fahrt in Bus und Bahn geben. Perspektivisch sind ein ticketfreier ÖPNV (Nulltarif) und die Einführung einer Sozial-BahnCard anzustreben.
- » sozial gestaffelte Strompreise.

## Im Bund setzen wir uns außerdem ein für:

- » eine längere Zahlung des Arbeitslosengeldes I.
- » eine Erwerbslosenversicherung, die den Lebensstandard annähernd sichert und einen Absturz in die Armut verhindert.
- » eine bedarfsdeckende und sanktionsfreie Mindestsicherung.
- » die Abschaffung der Sanktionen und Sperrzeiten sowie der Bedarfsgemeinschaften.
- » ein Verbot von Stromsperren.

## 2.6. Selbstbestimmung und Teilhabe für Menschen mit Behinderung

Seit der Ratifizierung der UN-Behindertenrechtskonvention steht das Thema Inklusion in Hinblick auf Menschen mit Behinderungen stärker im Fokus. DIE LINKE tritt für eine volle und wirksame Teilhabe aller Menschen mit Behinderungen ein. Wir wollen Barrieren abbauen – bauliche, kommunikative und strukturelle – und Menschen mit Behinderungen eine unabhängige Lebensführung ermöglichen.

Doch Inklusion geht weit darüber hinaus. Inklusion ist Menschenrecht: Sie eröffnet allen Menschen die Möglichkeit, überall im politischen, sozialen und kulturellen Leben nicht nur dabei zu sein, sondern es auch selbstbestimmt aktiv gestalten zu können. Doppelstrukturen in Bildung, Wohnen und Arbeit wollen wir auflösen. Für Menschen mit Behinderungen gibt es besonders viele Diskriminierungen und strukturelle Zugangsbeschränkungen: auf dem Arbeitsmarkt, im Sozialraum, im Verkehr, in der Bildung und in der ehrenamtlichen sowie politischen Betätigung.

### Das wollen wir ändern:

- » Wir unterstützen und fördern die Behindertenverbände und -vertretungen in ihren Forderungen nach Eigenverantwortlichkeit unter Berücksichtigung der individuellen Bedürfnisse der Betroffenen. Menschen mit Behinderungen sind Fachleute in eigener Sache.
- » Wir wollen die lückenlose Umsetzung des bayerischen Aktionsplans unter tatsächlicher und wirksamer Beteiligung der Betroffenen und ihrer Selbstvertretungsorganisationen. Der Aktionsplan wird regelmäßig fortgeschrieben und konkretisiert. Nachprüfbare Zielvorgaben, Umsetzungsfristen und eine ausreichende Finanzierung sind unumgänglich – Men-

schenrechte dürfen nicht unter Finanzierungsvorbehalt gestellt werden. Neue und ältere Gesetze sollen dabei auf Konformität mit der UN-Behindertenrechtskonvention regelmäßig überprüft werden.

- » Das Wahlrecht für alle soll umgesetzt und alle Wahlrechtsausschlüsse sollen abgeschafft werden. Wahllokal, Wahlverfahren, Wahlmaterialien und Wahlleinrichtungen müssen barrierefrei sein.
- » Wir wollen ein bayerisches Bildungsprogramm für alle Bildungsbereiche und Altersstufen (2-Lehrer-Prinzip) ohne Sondereinrichtungen.
- » Menschen mit Behinderungen und ihre Selbstvertretungsorganisationen benötigen Unterstützung. Das beinhaltet vor allem die Förderung unabhängiger Beratung durch Expertinnen und Experten in eigener Sache, von Initiativen und öffentlichkeitswirksamen Maßnahmen.
- » Jegliche baulichen und kommunikativen Barrieren müssen beseitigt werden. Öffentliche Investitionen und Fördergelder sollen zukünftig auch an das Kriterium der Barrierefreiheit gebunden werden.
- » Für mehr barrierefreie Wohnungen muss der § 48 der bayerischen Bauordnung wieder in den Prüfkatalog der Baubehörden aufgenommen werden.
- » DIE LINKE will ein barrierefreies Gesundheitssystem. Barrierefreiheit muss ein Zulassungskriterium bei Arztpraxen und medizinischen Einrichtungen sein und Umbaumaßnahmen müssen gefördert werden.
- » Mobilität, Informations-, Kommunikations- und andere Dienste müssen barrierefrei sein. Für Schwerbehinderte oder Kranke, die den öffentlichen Nahverkehr nicht nutzen können, soll zur Ermöglichung der Teilhabe am öffentlichen Leben ein kostenfreier Fahrdienst zur Verfügung stehen.
- » Wir wollen Bankautomaten barrierefrei umrüsten, so dass auch Menschen mit Sehschwäche sie nutzen können.
- » Wir fordern eine gute finanzielle Ausstattung der Kommunen zur Ausgestaltung der Inklusion.

## **2.7. Gesundheit, Pflege, psychiatrische Hilfen und Drogenpolitik – Hilfe und Therapie statt Apparate und Repression**

### **2.7.1. Krankenhaus statt Fabrik! Mehr Personal für die Pflege. Kliniksterben stoppen.**

Die Zustände in Pflegeeinrichtungen und Krankenhäusern sind katastrophal: Der Pflegenotstand führt bereits jetzt zu tausenden vermeidbaren Todesfällen im Krankenhaus. Allein im Freistaat fehlen laut Angaben der Gewerkschaft weit über 10 000 Stellen in der Pflege. Die Zahlen von Überlastungsanzeigen der Beschäftigten, aber auch die Behandlungsfehler in den Kliniken nehmen zu. In Deutschland muss eine Pflegekraft im Schnitt zehn Patienten gleichzeitig betreuen, während es etwa in der Schweiz nur sechs, in den Niederlanden fünf oder in Norwegen nur vier sind. Verschärft wurden die Nöte gerade von kommunalen Krankenhäusern durch die Unterfinanzierung seitens des Freistaats bei den Investitionen. Dies erhöht den Druck – mit fatalen Folgen: Notwendige Renovierungsarbeiten müssen aus Personalmitteln finanziert werden, was den Pflegenotstand verschärft und unmittelbar die Gesundheit und das Leben der Patientinnen und Patienten bedroht. Medizinische Ausstattungen sind veraltet, Krankenhausbauten marode. Die zusätzlichen finanziellen Belastungen und der Zwang, „marktorientiert“ zu arbeiten, führen zu Privatisierungen und Schließungen von Abteilungen oder ganzen Häusern, besonders im ländlichen Raum. In nur vier Jahren zwischen 2013 und 2016 schlossen zwölf Kliniken im Freistaat. Für 2018 prognostiziert die Bayerische Krankenhausgesellschaft für rund die Hälfte der Kliniken im Freistaat ein Defizit – mehr als je zuvor.

DIE LINKE. Bayern steht für eine sichere Krankenhausversorgung der Bevölkerung, auch in dünn besiedelten Regionen. Wir wollen den Personalnotstand in der Pflege auflösen und Kommunen entlasten.

### Konkret fordern wir:

- » die Erhöhung der Investitionen des Freistaats in Kliniken auf das Niveau von 2002 unter Berücksichtigung der Inflation: Wir wollen 800 Millionen Euro für Bau, Sanierung und medizinische Ausstattung der bayerischen Krankenhäuser einsetzen. Diese Summe ist in künftigen Jahren an die Inflationsrate zu koppeln.
- » dass Bayern eine Bundesratsinitiative für die Zurückdrängung der Fallpauschalen und für eine bedarfsgerechte Finanzierung der Krankenhäuser einbringt.
- » die Rückführung von privatisierten Krankenhäusern in öffentliche Hand sowie die regionale Zusammenarbeit von Krankenhäusern und Klinikträgern, wozu eine Förderung durch die Staatsregierung anzustreben ist.
- » mehr Qualität für die Pflege: Der ruinöse Wettbewerb unter Kliniken auf dem Rücken der Beschäftigten und der Patientinnen und Patienten muss ge-

stoppt werden. Wir sehen einen Mehrbedarf von 15 000 zusätzlichen Stellen für die Pflege in Bayern. Der Freistaat Bayern soll daher eine verbindliche Personalbemessung in das Bayerische Krankenhausgesetz aufnehmen und auf einen höheren Stellenschlüssel in der Altenpflege hinwirken.

- » gesetzliche Mindeststandards bei der Pflege und deren Personalausstattung. Es muss genügend Pflegepersonal da sein, um alle tatsächlich anfallenden Aufgaben gut bewältigen zu können.
- » einen Pflegemindestlohn - besonders wichtig in der Altenpflege - in Höhe von 14,50 Euro in der Stunde. So leisten wir einen Beitrag zur Behebung des Fachkräftemangels in Pflegeberufen.

## 2.7.2. Kinder sollen in Bayern gut umsorgt zur Welt kommen! Für den Erhalt der Geburtsstationen und für mehr Hebammen. Wahlfreiheit der Eltern sicherstellen!

Allein seit 2009 mussten 35 Geburtsstationen in Bayern schließen. Zahlreiche weitere Einrichtungen stehen auf der Kippe. Die Zahl der praktizierenden Hebammen und Entbindungspfleger nimmt ab – und das bei steigenden Geburtenzahlen. Im schwäbischen Dillingen an der Donau und anderswo müssen 2018 aufgrund des Mangels an Hebammen und Entbindungspfleger Geburtshilfestationen für mehrere Monate geschlossen werden. Eine Nachsorge im Wochenbett ist vielerorts im Freistaat nicht mehr gewährleistet. Die Staatsregierung darf sich nicht aus der Verantwortung stehlen: Sie ist zuständig für die Krankenhausplanung und verantwortet die lückenhafte Geburtsversorgung in Bayern.

DIE LINKE will, dass Kinder gut umsorgt zur Welt kommen. Wir stehen für den Erhalt der Geburtsstationen und für mehr Hebammen und Entbindungspfleger. Eltern sollen die Wahl haben, wo sie ihr Kind zur Welt bringen, und das wohnortsnah. Das erreichen wir durch:

- » 100 Millionen Euro für die Sicherung von Geburtsstationen im ländlichen Raum. Die Ausbildung von Hebammen und Entbindungspfleger durch kommunale Krankenhausträger findet dabei besondere Berücksichtigung.
- » einen bayerischen Haftpflichtfonds in Höhe von 7 Millionen Euro jährlich, um die Hebammen und Entbindungspfleger unabhängig von privaten Versicherungen zu machen, womit für die Haftpflichtversicherungen der Hebammen und Entbindungspfleger endlich eine grundlegende Lösung gefunden wird.

- » Hebammen und Entbindungspfleger können erste Ansprechpartner für Schwangere und die Schwangerenvorsorge sein – wie in den Niederlanden. Dieses Verständnis eines neuen Berufsbilds sollte sich auch in der Vergütung niederschlagen. So entlasten wir die bayerischen Hebammen und Entbindungspfleger bei den Versicherungskosten jeweils um 180 Euro im Monat.

### 2.7.3. Ärztemangel beheben! Für gleichwertige Versorgung in Stadt und Land. Schluss mit Zwei-Klassen-Medizin.

Nirgendwo sind niedergelassene Ärztinnen und Ärzte so ungleich verteilt wie in Bayern. Im mittelfränkischen Landkreis Ansbach herrscht mit der größte Ärztemangel Westdeutschlands. Auch Regionen im Bayerischen Wald, in der Oberpfalz, der Rhön oder Oberfranken gelten als akut oder drohend unterversorgt. Das Durchschnittsalter der Landärztinnen und -ärzte liegt vielerorts um die 60 Jahre. Wenn wir nicht gegensteuern, haben wir in Kürze ein massives Problem bei der ambulanten Versorgung der Menschen in vielen Teilen des Freistaats.

Derweil macht sich besonders in Großstädten der Mangel an Kinderärztinnen und -ärzten bemerkbar: Wochenlange Wartezeiten sind in manchen Münchner Stadtbezirken keine Seltenheit. DIE LINKE will gleichwertige Versorgung in Stadt und Land schaffen.

#### Wir setzen uns konkret ein für:

- » kommunale Ärztehäuser in unterversorgten Regionen. Städte und Gemeinden sollen für den Eigenbetrieb finanziell und organisatorisch erüchtigt werden. Der ländliche Raum wird für junge Medizinerinnen und Mediziner durch Wegfall des Verwaltungsaufwands attraktiv. Es bleibt mehr Zeit für die Patientinnen und Patienten. Dafür planen wir für die kommende Legislaturperiode eine Landarztförderung für Kommunen in Höhe von 200 Millionen Euro ein.
- » die Sicherung und den Ausbau der Versorgung durch Fach- und Kinderärzte in wirtschaftlich schlechter gestellten Vierteln der bayerischen Großstädte.
- » eine flächendeckende Versorgung mit Psychotherapeutinnen und -therapeuten, Physio- sowie Ergotherapeutinnen und -therapeuten, Logopä-

dinnen und Logopäden, Podologinnen und Podologen, Hebammen und Entbindungspflegern sowie Apotheken.

- » eine Bedarfsplanung in München, Nürnberg, Augsburg und weiteren Oberzentren, die nicht mehr wie bisher stadtweit, sondern punktgenau auf Quartiere bezogen ist.
- » ein bayerisches Präventionsgesetz. Damit garantieren wir, dass niemand in Bayern aufgrund des sozialen Status von medizinischen Leistungen ausgeschlossen wird. In diesem Rahmen wollen wir zudem die regionale Zusammenarbeit bei der Gesundheitsversorgung stärker fördern als bislang (Ausbau von Kompetenzen der „Gesundheitsregionen Plus“).
- » das Ende der Zwei-Klassen-Medizin: DIE LINKE wird im Landtag eine Bundesratsinitiative Bayerns für eine solidarische Gesundheitsversicherung beantragen, in die auch Beamtinnen und Beamte und Abgeordnete einzahlen. So kann der Beitragssatz von derzeit durchschnittlich 15,7 Prozent (2017) dauerhaft auf unter 12 Prozent abgesenkt werden, ohne Leistungen zu kürzen. Wir fordern eine Ausweitung des Leistungskataloges der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV), z. B. Verpflichtung von Krankenhäusern zur Nachbehandlung von Transsexuellen.

#### 2.7.4. Pflege im Alter, Pflege in Würde

Beim bayerischen Heimgesetz ist eine Novellierung notwendig, die den Interessen der Betroffenen gerecht wird. Damit sollen die Selbstständigkeit der Bewohnerinnen und Bewohner, eine humane Pflege und ein effektiver Schutz der Schwachen sowie gute Arbeitsbedingungen zu guten Löhnen für die Beschäftigten nachprüfbar geschaffen werden.

##### **DIE LINKE steht für:**

- » einen Personalschlüssel, der Bewohnerinnen und Bewohnern ein Leben in Würde ermöglicht. Für 20 pflegebedürftige Menschen müssen mittelfristig zehn Pflegekräfte eingesetzt werden.
- » die angemessene und dem öffentlichen Dienst vergleichbare Entlohnung der Tätigkeit der Pflegekräfte und einen Pflegemindestlohn von 14,50 Euro.
- » die Herstellung vollständiger Kostentransparenz im Pflegebereich.
- » die komplette Überführung des Pflegewesens in gemeinnützige, genossenschaftliche, kommunale oder staatliche Verantwortung.

- » den Ausbau ambulanter Strukturen in der Pflege mit entsprechender finanzieller Unterstützung der betreuenden Familie.
- » die Sicherstellung von Angeboten für eine professionelle Versorgung, um die pflegenden Angehörigen zu entlasten.
- » demokratisch gewählte Heimbeiräte mit echten Mitbestimmungsrechten, damit die Bewohnerinnen und Bewohner, ihre Angehörigen bzw. Betreuerinnen und Betreuer Einfluss auf sie betreffende Entscheidungen nehmen können.
- » die Stärkung der Rechte von Beschäftigten in Privathaushalten; Kontrollen und arbeitsrechtliche Unterstützung müssen ausgeweitet werden.
- » die flächendeckende Einrichtung von Beschwerdestellen; diese sind durch Land, Kommunen und die jeweiligen Träger zu finanzieren.
- » die Vorbeugung und Verhinderung von Missständen in Pflegeheimen durch echte und effektive Kontrollen.

## 2.7.5. Hilfe und Therapie in der psychiatrischen Versorgung – statt Zwang und Gewalt

Das von der gegenwärtigen Bayerischen Staatsregierung dem Landtag zugeleitete Bayerische Psychisch-Kranken-Hilfe-Gesetz (BayPsychKHG) atmet den Geist obrigkeitstaatlicher Verwah- und Überwachungsideologie. Weder die Interessen psychisch kranker Menschen und deren Schutz noch das Interesse einer demokratischen Gesellschaft an Rehabilitation und Resozialisierung werden gewahrt. In einer neuen gesetzlichen Regelung muss der Fokus auf Hilfe – wie im Namen schon nahegelegt – und nicht wie im vorliegenden Entwurf auf Gewalt, Zwangsmittel und lückenloser Überwachung liegen. Unser Grundsatz: Menschen in schweren psychischen Krisensituationen soll umfassende Hilfe zuteilwerden. Zwang und Gewalt in der Behandlung sind letzte Mittel – also tatsächliche Ausnahme und echte Ultima Ratio – und sollen durch die Entwicklung von Alternativen mittel- und langfristig reduziert werden, um nachhaltige Behandlungserfolge zu erzielen. Vor allem im Unterbringungsteil werden die Betroffenen in stigmatisierender Weise in die Nähe von Straftätern gerückt und die Betonung auf das Verhindern von „Missbrauch“ gelegt. Beispiele: der „Missbrauch des Schriftwechsels“, „Missbrauch religiöser Schriften“, „Missbrauch eingeräumter Freiheiten“, „Missbrauch im Rahmen von Belastungsproben“. Allein dieser Sprachgebrauch zeigt schon eine moralisierende und entwertende Vorurteilung.

Psychiatrische Hilfe und der Bereich Forensik/Maßregelvollzug müssen völlig gesondert betrachtet werden – hier werden beide Bereiche oft in einem Atemzug genannt – also sind alle zumindest tendenzielle Straftäter und sind so zu behandeln. Dieser Geist zeigt sich auch in den weiteren Absätzen: Es werden „Weisungen“ erteilt – statt Absprachen zu treffen, „Durchsuchungen“ und die „Androhung unmittelbaren Zwangs“ – statt Ankündigung. Diese Begrifflichkeit – die Beispiele ließen sich fortsetzen – entstammt einer obrigkeitsstaatlichen Polizeisprache und gehört nicht in den Bereich psychiatrischer Hilfen! Unterbringungs-voraussetzungen, die Möglichkeit von Durchsuchungen, Videoüberwachung, Sicherungs- und Zwangsmaßnahmen schaffen in psychiatrischen Krankenhäusern die Atmosphäre von Gefängnissen.

Die Kontrollwut bayerischer Obrigkeit zeigt sich auch in der vorgesehene umfassenden Unterbringungsdatei, was vor allem nach einer Unterbringung zu gravierenden Nachteilen führen kann. Insbesondere dürfen Daten über vergangene Unterbringung und Diagnosen nicht - wie vorgesehen - für Polizei- und Kreisverwaltungsbehörden zugänglich gemacht werden. Gleiches gilt für die Benachrichtigung durch die Polizei bei Entlassung. Hier findet eine Stigmatisierung statt – es wird generell unterstellt, dass aufgrund der Vorerkrankung eine hohe Gewaltbereitschaft bestehe.

Dafür steht DIE LINKE: Ein Blick in die deutsche Geschichte mit dem grässlichen Missbrauch staatlicher psychiatrischer Macht, vor allem in der Zeit des NS-Faschismus, muss uns bei diesem Gesetz aufhorchen lassen. Daher sind wir für ein Gesetz, durch das psychisch kranken Menschen geholfen wird, ihre Genesung gefördert wird und der Schutz der Gesellschaft durch Rehabilitation und nicht durch Zwang und Gewalt gewahrt wird. Wir sehen als Vision eine gewaltfreie Psychiatrie, die den Betroffenen umfassende Hilfe zuteilwerden lässt, in der Zwangs- und Kontrollmaßnahmen einschließlich einer Zwangsmedikation nur das allerletzte Mittel sind. Dem staatlichen Kontrollwahn mit allumfassenden Daten und ihrer Vernetzung setzen wir ein Modell mit wenigen Basisdaten entgegen, die alleine der Aufsichtsbehörde zustehen und am Tag nach Beendigung einer Unterbringung gänzlich gelöscht werden. Daten über vergangene Unterbringung und Diagnosen sowie die gänzliche Entlassung werden nicht an Polizei und Kreisverwaltungen weitergeleitet. Ein Zurück in die „Drehtüren-Psychiatrie“ darf es nicht geben, denn jeder Mensch hat das Recht auf einen Neuanfang! Hingegen ist es erforderlich, ein zentrales, standardisiertes, aber anonymes Melderegister für freiheitsentziehende Maßnahmen, Zwangsmaßnahmen und eine Todesfallstatistik einzuführen. Die Rechtssicherheit der Patientinnen und Patienten wird durch

einen Patientenanwalt geschützt, der auch proaktiv tätig werden kann. Ebenso brauchen wir gestärkte Besucherkommissionen und unabhängige Beschwerdestellen. Die Besuchsmöglichkeiten durch Familie, Partnerinnen und Partner sowie Freundinnen und Freunde müssen auf mindestens eine Stunde täglich ausgeweitet werden, statt wie vorgesehen nur eine Stunde in der Woche. Einschränkung und Überwachung von Besuchen muss streng reglementiert werden.

Genesung ist die wichtigste Gewaltprävention. Wir sind daher für möglichst offene Stationen, milieutypische Behandlungen und eine insgesamt zwangs- und gewaltfreie psychiatrische Praxis.

## 2.8. Bezahlbare Miete statt hoher Rendite

*„(1) Jeder Bewohner und jede Bewohnerin Bayerns hat Anspruch auf eine angemessene Wohnung. (2) Die Förderung des Baues von bezahlbarem Wohnraum ist Aufgabe des Staates und der Gemeinden. (3) Die Wohnung ist für jedermann eine Freistätte und unverletzlich.“ (Bayerische Verfassung: Art. 106)*

*(1) Die Verteilung und Nutzung des Bodens wird von Staats wegen überwacht. Missbräuche sind abzustellen. (2) Steigerungen des Bodenwertes, die ohne besonderen Arbeits- oder Kapitalaufwand des Eigentümers entstehen, sind für die Allgemeinheit nutzbar zu machen. (Bayerische Verfassung: Art. 161)*

In den bayerischen Städten und Ballungszentren explodieren die Mieten. Die Städte verändern sich: Die attraktiven Innenstadtlagen sind mehr und mehr den Reichen vorbehalten. Arme, Studierende, Menschen mit geringem Einkommen, Rentnerinnen und Rentner werden verdrängt. Und auch für Menschen mit mittlerem Einkommen wird es immer enger. Ein immer größerer Teil von Lohn und Gehalt müssen fürs Wohnen aufgebracht werden. Die Angst, sich keine Wohnung mehr leisten zu können, verunsichert viele Menschen.

Die Immobilienpreise und Mieten steigen, weil nach der Finanzkrise 2008 und angesichts niedriger Zinsen immer mehr Immobilienfonds und Miethäuser, wie GBW, Patrizia, Vonovia und Deutsche Wohnen, nach neuen Profitmöglichkeiten suchen. Sie kaufen Mietshäuser und „modernisieren“ die Mieter hinaus: Die Bestandsmieten steigen bei Neuvermietung oder Umwandlung in Eigentumswohnungen und es winken große Gewinne. Diese Entwicklung hat inzwischen auch viele mittlere und kleinere Städte erreicht: Wohnraum, Modernisierung und die Spekulation mit Immobilien ist das neue „Beton-Gold“.

Gleichzeitig veröden immer größere Teile des ländlichen Raums durch die verfehlte Strukturpolitik der bayerischen Staatsregierung, den Mangel an Arbeits-

plätzen und die schlechte Anbindung an die öffentliche Infrastruktur. Während in den Großstädten die Mieten explodieren, stehen in vielen ländlichen Regionen Wohnungen und Häuser leer. Wenn Wohnungen leer stehen und die Vermietung unsicher ist, wird weniger investiert, z. B. in energetische Sanierung, Barrierefreiheit oder Instandhaltung. Gerade Wohnungsunternehmen auf dem Land können zudem Belastungen durch Altschulden oft nicht abbauen. Das beschleunigt den Wegzug der Bevölkerung. Das Dilemma: Die Vorteile ländlichen Wohnens (günstigere Mieten, nachbarschaftliches Zusammenleben, naturnahes Umfeld) gleichen die Nachteile (längere Wege, mehr Zeitaufwand, höhere Kosten für Mobilität usw.) nicht aus. Auch der Zugang zu sozialen, wirtschaftlichen, kulturellen und gesellschaftlichen Angeboten ist oft beschränkt. Diese Situation verschärft das Ungleichgewicht der Lebensverhältnisse in Stadt und Land. Wir wollen die ländlichen Regionen und strukturschwache Räume durch ein Landesprogramm unterstützen. Aufwertung von Wohnraum und Wohnumfeld müssen dabei zusammen gedacht werden.

### 2.8.1. GBW-Skandal: Staatliche Wohnungsbestände wurden privatisiert

Die bayerische Staatsregierung schaut diesen Entwicklungen weitgehend tatenlos zu. Statt den Bestand öffentlicher Wohnungen auszubauen, wurden staatseigene Wohnungen verkauft und über 30 000 GBW-Wohnungen unter Federführung des damaligen Finanzministers Söder ohne Not privatisiert. Die Mieterinnen und Mieter kämpfen seitdem mit Mieterhöhungen und haben Angst vor Vertreibung wegen Modernisierungsmieterhöhungen oder Abriss. Sie haben nicht vergessen, dass sie die Zeche für die Spekulationsverluste der Bayerischen Landesbank (BayernLB) zahlen müssen. Die wirkungslose Mietpreisbremse der Bundesregierung wurde zudem vom Land Bayern falsch umgesetzt, sodass jetzt Schadenersatzklagen von Mieterinnen und Mietern anhängig sind.

Der soziale Wohnungsbau ist weiter im Niedergang. In Bayern gab es 1988 noch 495 000 Wohnungen mit Miet- und Belegungsbindungen – heute sind es nur noch 140 000. Die CSU hat die Mittel für die Förderung des sozialen Wohnungsbaus 2017 halbiert; 2016 waren es 158 Millionen Euro, was angesichts der Wohnungsnot ein Skandal ist. Der vielgepriesene „Wohnungspakt Bayern“ hat laut Integrationsministerin Emilia Müller 2016/17 sage und schreibe bayernweit 150 Familien von Einheimischen und Geflüchteten ein neues Zuhause verschafft. Söder hat außerdem als großen Wurf angekündigt, über eine neue staatliche

Wohnungsbaugesellschaft „Bayernheim“ 4 000 Wohnungen bis 2020 zu bauen. Unklar ist, ob Mietwohnungen oder Eigentumswohnungen entstehen sollen.

## 2.8.2. Sozialer Friede gefährdet

Mietpreisspirale, Mietervertreibung, Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen sind ein Spiegel bestehender Ungleichheit in unserem Land und tragen durch die ständig steigende Mietkostenbelastung für die vielen Mieterinnen und Mieter aufgrund von Renditeerwartungen für wenige Spekulanten zur wachsenden Ungleichheit bei. Es besteht die Gefahr, dass dadurch der soziale Friede gefährdet ist. Skrupellose Bauträger, Kapitalanleger und Investoren bestimmen mittlerweile das Geschehen. Es gibt zwar immer noch Vermieter, die im Sinne einer sozialen Verantwortung ihre Wohnung zu einem vertretbaren Preis vermieten, aber sie werden immer weniger. Wohnen ist ein Menschenrecht, Eigentum verpflichtet! Wenn mit diesem Eigentum Schindluder getrieben wird, wenn Eigentümer von Wohnungen über Modernisierung und Umwandlung in Eigentumswohnungen Mieterinnen und Mieter vertreiben oder mittels Leerstand, kommerzielle Vermietung als Ferienwohnung oder an Medizintouristen die Wohnungen für die Bevölkerung nicht mehr zur Verfügung stehen, stellt sich die Frage, ob deren Eigentum zu schützen ist. Möglichkeiten der Enteignung von Grundeigentum zum Wohle der Allgemeinheit und dessen Überführung in öffentliches Eigentum bestehen schon jetzt; sie müssen erleichtert werden.

Wesentliche Preistreiber für Mieten sind die durch die Decke schießenden Grundstückspreise. Sie machen mittlerweile einen Großteil der Erhaltungskosten beim Wohnungsbau aus. Schon in den 1970er Jahren wurden im Bundestag Versuche unternommen, Konzepte zur Abschöpfung solcher „leistungslosen“ Gewinne politisch umzusetzen. Leider scheiterten sämtliche dieser Gesetzesvorhaben.

Das alles ist ein Ergebnis falscher Politik. Der soziale Wohnungsbau wurde ausgetrocknet und der Spekulation keine Grenzen gesetzt. Diese Politik wurde von allen Parteien, von der CSU, SPD, FDP bis hin zu den Grünen getragen. Nur DIE LINKE hat immer eine andere Position vertreten. Es ist Zeit, der Bodenspekulation und der Spekulation mit Wohnen einen Riegel vorzuschieben. Wir brauchen eine neue Wohngemeinnützigkeit als Kernbestandteil einer sozialen und nachhaltigen Wohnungspolitik.

## Dafür steht DIE LINKE:

- » Viele Menschen wehren sich gegen Mieterhöhung, Verdrängung und Zwangsräumungen. DIE LINKE steht an ihrer Seite. Wir wollen, dass Mieterinnen und Mieter mehr Mitsprache erhalten oder ihre Häuser gemeinschaftlich übernehmen können (kollektives Vorkaufsrecht).
- » Wir fordern, dass der öffentliche, soziale und gemeinnützige Wohnungsbau ausgebaut wird. Günstige Mieten für mittlere und untere Einkommen müssen realisiert werden, deshalb fordern wir den Bau von jährlich mindestens 40 000 Sozialwohnungen mit dauerhafter Zweckbindung in Bayern. Dazu bedarf es der Bereitstellung notwendiger finanzieller Mittel für die Kommunen durch das Land.
- » Wir fordern einen gesetzlichen Rahmen für die Einführung einer verbindlichen und ausreichenden Quote an sozialgebundenen Wohnungen.
- » Um günstigen Wohnraum zu erhalten, fordern wir ein Landesprogramm für Altbausanierung.
- » Wir wollen, dass Eigentumsformen gefördert werden, die nicht primär auf Gewinnwirtschaft ausgerichtet sind, wie z. B. Genossenschaften, gemeinnützige Organisationen und Kommunen.
- » Wir wollen eine Ergänzung aller Förderregeln um die Punkte Barrierefreiheit und Klimagerechtigkeit.
- » Wir fordern die drastische Erhöhung der finanziellen Landesmittel zum Bau von Wohnheimplätzen für Studierende und Azubis samt einer dauerhaften Zweckbindung.
- » Die Mieterinnen und Mieter brauchen eine Erhöhung des Wohngeldes. Die öffentliche Hand darf nicht die privaten Gewinne der Wohnungsbesitzer nähren – deshalb wollen wir den Mietendeckel. Das Wohngeld muss auf die Bruttowarmmiete bezogen werden. Wir wollen den Heizkostenzuschlag wieder einführen und eine Klimakomponente bei Wohngeld und Kosten der Unterkunft.
- » Geflüchtete dürfen nicht zum Sündenbock für die Mängel der Wohnungspolitik gemacht werden. In einer sozialen Offensive für alle können wir gutes Wohnen für alle schaffen. Wir wollen die Unterbringung von Geflüchteten in Massenunterkünften beenden und dezentral organisieren.
- » Wir fordern die Wiedereinführung des Wohnungsaufsichtsgesetzes, das in Bayern 2004 abgeschafft wurde. Dies ermöglicht den Kommunen

- gegenüber Vermietern einzugreifen, um eine Beseitigung von groben Mängeln wie Verwahrlosung oder Überbelegung von Wohnraum zu erzwingen.
- » Wir fordern von der bayerischen Staatsregierung, dass sie sich für eine echte Mietpreisbremse einsetzt. Die Mietpreisbremse muss flächendeckend, unbegrenzt und ausnahmslos gelten und Höchstgrenzen einhalten.
  - » Die Modernisierungsumlage wollen wir abschaffen. Für kleine Vermieter sollen günstige staatliche Darlehen zur Verfügung gestellt werden, damit sie notwendige Modernisierungen stemmen können.
  - » In vielen Dörfern und Kleinstädten werden neue Wohngebiete im Außenbereich ausgewiesen. Dies führt zum Flächenfraß. Die Ortskerne verfallen und leeren sich. Das Land Bayern muss finanzielle Mittel zur Sanierung und zum Erhalt der Orts- und Dorfkerne bereitstellen.
  - » Städte sind lebenswert, wenn die Menschen sie mitgestalten können. Es braucht mehr Mitsprache bei Stadtumbauprojekten, innerstädtischen Nachverdichtungen und bei großen Neubauvorhaben.
  - » In Ballungsräumen soll ein kompakter, aber individueller und bezahlbarer Wohnraum geschaffen werden, statt einen flächenfressenden und zersiedelnden Eigenheimbau zu fördern.
  - » Der Mietspiegel darf kein Mieterhöhungsspiegel sein. Alle Mieten müssen in die Berechnung einfließen und nicht nur die der letzten vier Jahre. Für Städte ab einer Bevölkerung von 25 000 werden Mietspiegel verpflichtend. Die Kommunen erhalten hierfür finanzielle Unterstützung durch das Land Bayern.
  - » Die Ausweisung von beschränkten Milieuschutzgebieten ist ein stumpfes Schwert und hilft nicht gegen Mietervertreibung (Gentrifizierung) und Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen. Milieuschutzgebiete hätten nur dann eine dämpfende Wirkung, wenn sie für eine ganze Stadt gelten würden. Nur die Abschaffung der Modernisierungsmieterhöhung und ein generelles Umwandlungsverbot von Miet- in Eigentumswohnungen ist eine nachhaltige Lösung.
  - » Zweckentfremdung von Wohnraum wollen wir mit einem Zweckentfremdungsverbot und hohen Abgaben für Leerstand und kommerzieller Vermietung als Ferienwohnung stoppen. In Kommunen mit angespannter Wohnsituation dürfen Wohnungen nicht aus Spekulationsgründen dauerhaft leer stehen. Mietwohnungen dürfen nicht kommerziell als Ferienwohnungen angeboten werden.

- » Vermieter, die gegen die Regelungen zu Mietendeckel, Mietpreisbremse oder Milieuschutz verstoßen, müssen bestraft werden. Wir brauchen ein Register, das Transparenz über die bisherige Miete herstellt und den Datenschutz der Mieterinnen und Mieter berücksichtigt. Mietwucher muss endlich wirkungsvoll geahndet werden.
- » Die Umsetzung des Mieterschutzes, von Mietspiegel, Milieuschutz und Verbot von Entmietung und kommerziellen Ferienwohnungen muss wirksam kontrolliert werden. Dafür wollen wir auf Landesebene eine Sonderkommission „Gerecht Wohnen“ und eine öffentliche Beschwerdestelle schaffen.
- » Öffentlicher Boden darf nicht privatisiert, sondern nur im Erbbaurecht vergeben werden; kommunale und genossenschaftliche Nutzung wird bevorzugt. Das betrifft vor allem landeseigene Liegenschaften.
- » Die Regelung, dass nach Ablauf der Frist von zehn Jahren auf Gewinne aus Immobilienverkäufen keine Steuern bezahlt werden müssen, wollen wir abschaffen. Gewinne, die durch Spekulation und Immobilienverkäufe entstehen, müssen deutlich stärker besteuert werden.
- » Wir wollen ein neues Bodenrecht. Ohne Bodenpreisdeckelung wird es keine wirksame Mietpreisdeckelung geben. Veräußerungsgewinne aus Bodenpreissteigerungen müssen abgeschöpft und für sozialen, kommunalen und genossenschaftlichen Wohnungsbau verwendet werden.
- » Wir wollen Wohnungen zurück in die öffentliche Hand bringen. In erster Linie Kommunen, aber auch Genossenschaften und Mietergemeinschaften wollen wir den Rückkauf von Wohnungen ermöglichen und durch die öffentliche Hand fördern. Dafür soll ein Re-Kommunalisierungsfonds aufgelegt und ein kommunales Vorkaufsrecht gestärkt werden.
- » In öffentlichen und privaten Unternehmen müssen demokratische Mieterräte gewählt werden. Mieterinnen und Mieter müssen an allen wichtigen Entscheidungen des Unternehmens beteiligt werden. Die Ergebnisse von Aufsichtsratssitzungen öffentlicher Unternehmen müssen öffentlich zugänglich sein. Mietervereine müssen ein Verbandsklagerecht erhalten. Wir wollen diese Forderungen in einem bundesweiten Mietermitbestimmungsrecht verankern, das für alle Wohnungsgesellschaften, öffentlich und privat, gleichermaßen gilt. Auch Genossenschaften wollen wir demokratisieren. Um die Gründung von kleinen Genossenschaften für kooperative und/oder altersgerechte Wohn- und Kulturprojekte zu erleichtern, wollen wir eine besondere Rechtsform im Genossenschaftsrecht einführen (Rechtsform der haftungsbeschränkten Kooperationsgesellschaft).

- » Gewerbemieten: Es braucht einen landesweiten Mietspiegel für Gewerbeflächen und einen Kündigungsschutz für Gewerbetreibende und gemeinnützige Vereine. Die Vermieter haben beim Abschluss von Gewerbemietverträgen bisher weitgehend freie Hand. Sie können die Mietverträge befristen, ohne dass dafür besondere Gründe vorliegen. Gewerbemieten müssen auch begrenzt werden, um eine wohnortnahe Versorgung mit Einkaufsmöglichkeiten sowie Kitas und Vereine zu erhalten. Das Mietrecht für Gewerbemietverträge muss geändert werden. DIE LINKE will, dass Mietverhältnisse mit sozialen Zielstellungen (etwa Kinderladen, Wohnprojekt, Physiotherapiepraxis) künftig einem besonderen Mietrecht unterliegen, das vor willkürlicher Kündigung schützt, längere Kündigungsfristen und nur begrenzte Möglichkeiten der Mieterhöhung vorsieht. Dafür wollen wir eine Bundesratsinitiative.
- » Obdachlosigkeit: Bisher wird Wohnungslosigkeit in Bayern nicht offiziell dokumentiert. Wir wollen – gemeinsam mit den Sozialverbänden – eine bayerische Wohnungsnotfallstatistik. So können Ausmaß, Ursache und Verlauf von Wohnungslosigkeit erfasst werden. Zudem wollen wir ein Gesamtkonzept gegen Wohnungs- und Obdachlosigkeit. Die Institutionen der Wohnungslosenhilfe müssen finanziell gestärkt werden. Wir wollen Zwangsräumungen verhindern. Eine Räumung in die Obdachlosigkeit wollen wir gesetzlich ausschließen. Das Recht auf Wohnen steht in der bayerischen Verfassung.
- » Mit Share Deals umgehen große Investoren die Grunderwerbsteuer. Kommunen und Ländern werden damit Einnahmen in Millionenhöhe vorenthalten. Wir wollen sie – ohne Ausnahme – abschaffen und streben eine entsprechende Bundesratsinitiative an.
- » Leerstand zu Mietwohnungen! In angespannten Wohnlagen dürfen leer stehende Wohnungen nicht von der Steuer abgeschrieben werden. Das setzt die falschen Anreize. Angesichts der aktuellen Notlage gilt: Wohnraum oder als Wohnraum nutzbarer Gewerberaum, der aus Spekulationsgründen oder ähnlichem leer steht oder zweckentfremdet wird, muss beschlagnahmt und einer obligatorischen Zwischennutzung zugeführt werden. Zivilgesellschaftliche Initiativen, die sich mit Mitteln des zivilen Ungehorsams für eine zweckgemäße Nutzung von Wohnraum einsetzen („Besetzungen“), müssen legalisiert werden.

### 3. Gute Bildung für alle statt sozialer Auslese

„Jeder Bewohner Bayerns hat Anspruch darauf, eine seinen erkennbaren Fähigkeiten und seiner inneren Berufung entsprechende Ausbildung zu erhalten.“  
(Artikel 128 (1) der Bayerischen Verfassung)

Das Bildungswesen in Bayern ist weit davon entfernt, Bildung als Menschenrecht zu verwirklichen. Stattdessen werden bestehende gesellschaftliche Ungleichheiten verstärkt: durch Wettbewerbsorientierung, frühzeitige Auslese und soziale Ausgrenzung. Nirgendwo anders in der Republik hängen die Entwicklungschancen von Kindern und jungen Menschen so sehr von den finanziellen Voraussetzungen und dem sozialen Status der Eltern ab wie in Bayern. Die Chance auf höhere Bildungsabschlüsse ist bei gleicher Leistungsfähigkeit für Kinder aus Arbeiterfamilien um ein Vielfaches schlechter als für Kinder aus Familien mit akademischer Bildung oder aus wohlhabenden Elternhäusern. Kinder mit Migrationshintergrund haben deutlich schlechtere Chancen auf einen guten Schulabschluss als andere. Kinder, die mit Behinderungen aufwachsen, können in der Regel nicht mit gleichaltrigen Kindern zusammen lernen.

Im öffentlichen Bildungssystem wurde in den letzten Jahren massiv gekürzt, die Bildungsausgaben in Deutschland bleiben hinter der internationalen Entwicklung weit zurück: Nach OECD-Angaben lagen diese im Jahr 2015 bei nur 4,3 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP), wogegen der OECD-Durchschnitt bei 5,2 Prozent lag, in Norwegen beispielsweise bei 6,2 Prozent. Und in Bayern als einem der reichsten Bundesländer Deutschlands liegt der Anteil der Bildungsausgaben am BIP noch unter dem Bundesdurchschnitt. Gleichzeitig wurden elitäre Prestigeprojekte vorangetrieben, die den Leistungsdruck weiter erhöhen: die Privatisierung von Schulen, die Exzellenzinitiative an den Hochschulen und die Zusammenarbeit von Hochschulen und Großkonzernen.

DIE LINKE vertritt ein emanzipatorisches Bildungsverständnis. Bildung muss in die Lage versetzen, gesellschaftliche und wirtschaftliche Zusammenhänge zu erkennen, sich eine eigenständige Meinung bilden und die eigenen Interessen selbstbewusst und wirksam vertreten zu können. Ein modernes Bildungssystem muss den Zugang zu Bildung diskriminierungsfrei ermöglichen. Gleicher Zugang zu Bildung für jeden Menschen ist grundlegende Voraussetzung für gesellschaftliche Teilhabe, für persönliche Verwirklichung und Selbstbestimmung

sowie soziale Gerechtigkeit in der Gesellschaft. Ein demokratisches Bildungswesen darf niemanden ausgrenzen, sondern muss sich um individuelle Förderung und den aktiven Ausgleich von Benachteiligungen und Beeinträchtigungen bemühen. Dazu gehören das Verbot jeglicher Bildungsgebühren oder -beiträge und die konsequente Absage an mehrgliedrige Schulsysteme sowie ein Inklusionskonzept, das die Verschiedenheit der Menschen als Normalität und Bereicherung begreift.

Der gleiche und gleichberechtigte Zugang zu umfassender und hoher Bildung ist zudem eine der wichtigsten Menschheitsfragen des 21. Jahrhunderts. Um den gesellschaftlichen Herausforderungen, aber auch Entwicklungsproblemen der Menschheit verantwortungsbewusst begegnen zu können – kurz: für die Entwicklung einer sozial gerechten und demokratischen Gesellschaft – ist hohes Wissen und Können nötig sowie der verantwortungsbewusste und das eigene Handeln kritisch reflektierende Umgang mit neuen wissenschaftlichen Einsichten und technologischen Errungenschaften. Damit die Bildungseinrichtungen ihren Beitrag zur demokratischen Gesellschaft leisten können, müssen sie allen zugänglich und demokratisch verfasst sein.

Um ihrer gesellschaftlichen Bedeutung gerecht zu werden, um alle Bildungsaufgaben ausreichend finanzieren zu können, muss Bildung als gesamtgesellschaftliche und öffentliche Aufgabe von Bund und Ländern gemeinsam begriffen werden und ein wachsender Anteil des Bruttoinlandsprodukts für öffentliche Bildungsausgaben zur Verfügung stehen. Für Bildung und Ausbildung muss genügend Zeit zur Verfügung stehen. Das gilt für die vorschulische und schulische Bildung wie für die Hochschule, für die Wege in den Beruf in Form des Rechts auf einen Ausbildungsplatz sowie eine gebührenfreie und vollqualifizierende Ausbildung und alle Formen lebensbegleitenden Lernens.

DIE LINKE will, dass allen Interessierten Bildungsmöglichkeiten auf kulturellem, wirtschaftlichem, beruflichem, sozialem und politischem Gebiet ohne Zugangsschranken offenstehen, und damit allen Menschen die Möglichkeit zur Persönlichkeitsentfaltung, zum Erwerb von Schlüsselkompetenzen und zu politischer Teilhabe geboten wird. Die berufliche Weiterbildung muss in Bayern stärker gefördert werden. Hierfür müssen öffentliche Gelder bereitgestellt werden. DIE LINKE setzt sich auch dafür ein, die Unternehmen für die Weiterbildung ihrer Beschäftigten in die Pflicht zu nehmen. Zur Finanzierung wird eine solidarische Umlagefinanzierung eingerichtet, in die Betriebe entsprechend der Anzahl ihrer Beschäftigten einzahlen.

## DIE LINKE steht für:

- » die Anerkennung des Menschenrechts auf Bildung als gesamtgesellschaftliche und öffentliche Aufgabe. Das in der Bayerischen Verfassung und im Grundgesetz verankerte Recht auf Berufswahlfreiheit muss umgesetzt werden. Dazu gehören die vollständige Lehr- und Lernmittelfreiheit sowie eine Absage an jede Form der Privatisierung von Bildungsaufgaben und -institutionen sowie das Verbot von Gebühren und Beiträgen wie Studienbeiträge oder Büchergeld.
- » mehr Geld für Bildung: Die öffentlichen Bildungsausgaben sollen schrittweise auf 7 Prozent des Landeshaushalts erhöht werden und dauerhaft am wachsenden Bedarf ausgerichtet sein. Die Föderalismusreform, das heißt insbesondere das Verbot der Zusammenarbeit von Bund und Ländern im Bildungsbereich, ist rückgängig zu machen, das Kooperationsverbot umgehend abzuschaffen.
- » die umfassende Verwirklichung von Inklusion und individueller Förderung: Das bedeutet die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention, die Ersetzung der schulischen Vielgliedrigkeit durch eine Schule für alle, die Reduzierung der Gruppen- und Klassenstärken, die notwendigen personellen und materiellen Voraussetzungen dafür durch Bund, Länder und Kommunen sowie Lehr- und Lernkonzepte für heterogene Lerngruppen.
- » den aktiven Ausgleich strukturell bedingter sozialer und anderer Benachteiligungen. Dies meint eine Abkehr von sanktionierenden Lehrmethoden wie dem „Sitzenbleiben“ ebenso wie eine umfassende Reform des BAföG: eine Anhebung der Freibeträge und Bedarfssätze um jeweils 10 Prozent, die Gewährung als Vollzuschuss, die automatische jährliche Dynamisierung der Förderbeträge und Freibeträge sowie die Abschaffung von Höchstaltersgrenzen und Förderungshöchstdauern. Mittelfristig ist eine grundlegende Strukturreform des BAföG einzuleiten hin zur elternunabhängigen Förderung für alle in Ausbildung befindlichen Volljährigen, natürlich ohne neue soziale Benachteiligungen entstehen zu lassen. Junge Menschen müssen über ihren Bildungsweg finanziell unabhängig von ihren Eltern entscheiden können.
- » die dauerhafte, versicherungspflichtige und tarifvertragliche Regelung der Arbeitsverhältnisse in sämtlichen Bildungsbereichen und den Ausbau der Mitbestimmungsrechte der Beschäftigten – in den Kitas genauso wie an den Hochschulen oder Volkshochschulen – sowie das Verbot von

Leiharbeit im Bildungswesen. Die Vergabe öffentlicher Mittel und Aufträge muss an diese Mindeststandards gekoppelt werden.

- » die institutionelle Verankerung der Demokratisierung der Bildungseinrichtungen sowie Mitbestimmungsrechte der Lernenden, Lehrenden und anderen Beschäftigten.
- » Geschlechtergerechtigkeit und eine aktive Gleichstellungspolitik durch die Förderung von geschlechtssensiblen Unterricht und Mentoring-Programmen, durch die bessere Vereinbarkeit von Elternschaft und Studium, durch eine verbindliche, mit Sanktionen verknüpfte Quotierung für ein ausgeglichenes Verhältnis zwischen den Geschlechtern auf allen Karrierestufen sowie Schaffung regulärer, unbefristeter Beschäftigungsverhältnisse.
- » die Förderung offener Lehrmaterialien (Open Educational Resources) zur freien Nutzung in Kitas, Schulen und Hochschulen. Die Möglichkeiten digitaler und interaktiver Medien sollen stärker entfaltet und im Sinne eines sozial gerechten Lernens für alle eingesetzt werden. Lehr- und Lernmaterialien sollen stärker unter Einbeziehung von Lehrenden sowie von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern gestaltet werden.

### **3.1. Eine Schule für alle**

Nirgends ist das Bildungssystem sozial selektiver als in Bayern, in keinem anderen Bundesland werden Bildungschancen so stark vererbt. Selbst von den Kindern, die es auf das Gymnasium schaffen, erreichen nur zwei Drittel das Abitur. Die bayerische LINKE setzt auf eine zehnjährige gemeinsame Schule für alle. Alle Kinder und Jugendliche – insbesondere aus finanziell benachteiligten Familien und Kinder mit Migrationshintergrund – müssen umfassend Zugang zu höherer Bildung erhalten.

„Eine Schule für alle“ beschreibt Wege zu einer gemeinsamen Schule für alle Kinder, unabhängig von sozialer, kultureller oder ethnischer Herkunft, unabhängig von Alter und Geschlecht, unabhängig von der Religionszugehörigkeit und unabhängig von Behinderungen. Diese Schule ist von einer Lehr- und Lernkultur gekennzeichnet, in der gegenseitige Achtung und Akzeptanz wie auch das Lernen mit- und voneinander selbstverständlich sind. Sie fördert kollektives und regt individuelles Lernen an. Sie vermittelt den Umgang mit Verschiedenheit und somit interkulturelle Kompetenz; sie sensibilisiert für Geschlechtergerechtigkeit. Dadurch wird ermöglicht, dass alle Schülerinnen und Schüler erfolgreich einen Schulabschluss erreichen können.

DIE LINKE in Bayern setzt sich für Maßnahmen ein, die das Wiederholen von Jahrgangsstufen unnötig machen. Flächen- und bedarfsdeckend sind Ganztagschulen anzubieten, die nicht lediglich „Verwahrnstanalten am Nachmittag“ sind. Ganztagschulen sind so einzurichten, dass den Schülerinnen und Schülern auch nachmittags Bildungs- und Betreuungsangebote zur Verfügung stehen, insbesondere für kreatives und experimentelles Lernen. Bei der Erledigung der Übungs- und Wiederholungsaufgaben werden die Schülerinnen und Schüler von voll qualifizierten Lehrkräften unterstützt. Diese Ganztagschulen müssen gemeinsam mit der freien Jugendhilfe, mit Vereinen und der örtlichen Sozialarbeit entwickelt und gestaltet werden. Sie sind auch eine wichtige Entlastung von alleinerziehenden und/oder berufstätigen Eltern. Besonders in Ballungszentren braucht es hier mehr Plätze.

Die Ausbildung der Lehrerinnen und Lehrer an bayerischen Universitäten muss künftig den Erfordernissen inklusiver Bildung und der inneren Schulentwicklung besser Rechnung tragen. Daher müssen in der Lehrer- und Lehrerinnenbildung Schwerpunkte auf die Herausbildung psychologischer sowie pädagogischer Kompetenzen und zur Gestaltung inklusiver Lernprozesse gesetzt werden. Dazu gehört der professionelle Umgang mit heterogenen Lerngruppen genauso wie mit einer zunehmend interkulturell zusammengesetzten Schülerinnen- und Schülerschaft.

Wir wollen den Lehrerberuf vom laufbahnrechtlichen Ballast befreien: Gleichwertige Ausbildungen sollen auch zu gleichwertigen Berufsperspektiven führen. Deshalb setzt sich DIE LINKE insbesondere für eine Abkehr vom schulartenbezogenen und der Hinwendung zu einem schulstufenbezogenen Lehramtsstudium ein – inklusive gleicher Studienzeiten und Besoldung für sämtliche Lehramtsstudiengänge.

Inklusion statt Exklusion: Um eine inklusive Schule herzustellen, müssen Nachteile abgebaut werden. DIE LINKE wird sich dafür einsetzen, die UN-Behindertenrechtskonvention an Schulen konsequent durchzusetzen. Ebenso soll an Schulen verstärkt Schulsozialarbeit stattfinden sowie ein von pädagogisch ausgebildetem Personal durchgeführtes Nachmittagsprogramm. Länder und Kommunen müssen dafür ein Investitionsprogramm „Inklusive Bildung“ auflegen, um Bildungseinrichtungen umfassend barrierefrei umzubauen und auszustatten

Lebensgestaltung als Ziel – Ethikunterricht für alle: Wir wollen den Ethikunterricht so reformieren, dass alle Schülerinnen und Schüler mit ihren unterschiedlichen weltanschaulichen, kulturellen und religiösen Hintergründen gemeinsam über ethische Fragen diskutieren können. Der bekenntnisorientierte

Religionsunterricht an Schulen soll als Wahlfach angeboten werden, an dem sich alle Religionsgemeinschaften beteiligen können.

Der Kruzifix-Beschluss des Bundesverfassungsgerichts von 1995 muss in Bayern endlich umgesetzt werden. Religiöse Symbole haben an staatlichen Einrichtungen nichts zu suchen; diese müssen religiös und weltanschaulich neutral sein.

Das Menschenrecht auf freie Religionsausübung schließt das Recht auf öffentliches Bekenntnis zu einer Religion ein. DIE LINKE spricht sich gegen Verbote von religiös motivierter Bekleidung aus und lehnt eine Einschränkung von Beschäftigtenrechten auf dieser Grundlage ab.

Der rechtswirksame Eintritt und Austritt aus einer Religionsgemeinschaft bzw. Kirche oder weltanschaulichen Gemeinschaft muss für die Bürgerinnen und Bürger kostenfrei sein und darf nicht behindert werden.

Andere Notengebung: Eine rein auf Zahlen basierende Bewertung von Leistung bildet weder den Lernfortschritt der Schülerinnen und Schüler adäquat ab, noch hilft sie ihnen, ihre Fehler besser zu erkennen und zu korrigieren. DIE LINKE wird sich dafür einsetzen, das bisherige Notensystem zu reformieren. Dazu gehört eine Abschaffung von Schulnoten bis einschließlich der 6. Klasse.

Gleiche Teilhabe für alle: Eine Schule für alle muss auch allen die gleichen Chancen bieten. DIE LINKE wird sich dafür einsetzen, dass kein Aspekt der Teilhabe am Schulleben – ob Nachmittagsangebot, ob Klassenfahrt, ob Mittagessen – kostenpflichtig ist. Darum wollen wir mehr Schullandheime in öffentlicher Trägerschaft einrichten um Klassenfahrten zu ermöglichen und treten für eine umfassende Lehr- und Lernmittelfreiheit ein. Zudem fordern wir ein kostenfreies Schülerticket für alle bayerischen Schülerinnen und Schüler unabhängig vom Wohnort und der Entfernung zur Schule.

Förderung: Wenn Eltern auf private Nachhilfe für ihre Kinder angewiesen sind, schlägt die soziale Spaltung zu. Wir setzen uns für einen Sozialindex ein, nach dem Schulen in Stadtteilen mit einkommensschwacher Bevölkerung besonders unterstützt werden, damit sie Förderung anbieten können. Die Gemeinschaftsschule fördert die Kinder individuell und umfassend. Private Nachhilfe und Hausaufgaben werden überflüssig.

Wir treten für eine umfassende Berufs- und Studiengangsberatung an Schulen ein, die sich Zeit für die einzelnen Schülerinnen und Schüler nimmt und ihre individuellen Stärken und Schwächen berücksichtigt. Zugleich wenden wir uns strikt gegen Anwerbeveranstaltungen der Bundeswehr an Schulen.

Schulsozialarbeit wollen wir an jeder Schule und Berufsschule verankern. Hat eine Schule mehrere Schulteile bzw. mehr als 150 Schülerinnen und Schüler, muss mehr als eine Stelle vorhanden sein.

Es müssen ausreichende Mittel für die Qualifizierung der Schulbegleiterinnen und Schulbegleiter bereitgestellt werden. Wir fordern die Finanzierung eines Schulbegleitungspools für die Kreise durch das Land.

### DIE LINKE steht für:

- » die Überwindung des vielgliedrigen Schulsystems durch „eine Schule für alle“ als flächendeckendes Ganztagsangebot.
- » die Rücknahme der Personalkürzungen und Arbeitszeitverlängerungen sowie die Anrechnung mindestens einer Stunde (perspektivisch drei Stunden) im Wochenstundendeputat für Lehrkräfte mit Klassenleitungstätigkeit, Eltern- und Schülersprechstunden.
- » die Reduzierung von Klassengrößen auf höchstens 25 Schülerinnen und Schüler. Mittelfristig sind zwei Lehrkräfte für 16 Schülerinnen und Schüler abzustellen, damit auch diejenigen mit besonderem Förderbedarf angemessen unterrichtet werden können.
- » die Erprobung neuer Lehr- und Lernformen und die Stärkung der pädagogischen Freiheit der Lehrkräfte.
- » die gerechte und gleichwertige Besoldung (mindestens A 13) von Lehrerinnen und Lehrern an allen Schulformen.
- » die Reduzierung des Frontalunterrichts zugunsten beteiligungsorientierter Unterrichtsmethoden. Geschlechtergerechte und geschlechtssensible Unterrichtsmaterialien und -methoden, insbesondere mit Blick auf Homo- und Bisexualität, Transgender und Rassismus.
- » die inklusive Pädagogik in der Lehrerinnen- und Lehrerausbildung und den Ausbau der Studienplätze für Lehramtsstudierende gemeinsam mit dem Bund – zunächst als Kontingent im Rahmen des Hochschulpakts. Studierende, die die Lehramtsausbildung in Form eines Bachelor-/Masterstudiengangs absolvieren, erhalten nach einem Bachelorabschluss, auf Wunsch auch nach einer Praxisphase, einen Rechtsanspruch auf einen Masterstudienplatz um das Studium erfolgreich beenden zu können. Strukturell soll es nur noch eine schulstufenbezogene Ausbildung mit gleichwertigen Berufsperspektiven geben.

- » die Einrichtung von Schulsozialarbeit in allen Schulen und deren Vergabe an tariftreue Träger, die Tarifverträge des öffentlichen Dienstes anwenden.
- » die Wiederherstellung der Ausbildungsförderung von Schülerinnen und Schülern an weiterführenden allgemeinbildenden Schulen in der Oberstufe, Berufsfachschulen sowie Fach- und Fachoberschulklassen auch dann, wenn die Schülerinnen und Schüler bei den Eltern wohnen oder einen eigenen Haushalt gründen.
- » Mitbestimmungsrechte für verfasste Vertretungen von Schülerinnen und Schülern bei Schulverwaltung und Lehrplanerstellung.
- » ein Verbot von Bundeswehrauftritten an Schulen. Militärische Werbung ist im Umfeld von Bildungseinrichtungen zu untersagen. Der Beutelsbacher Konsens ist zu achten.
- » eine Bildungspolitik, die die Schule für alle „im Dorfe“ lässt, die dazu die Funktionen von Grund- und weiterführenden, insbesondere berufsbildenden Schulen zusammenfasst.

### **3.2. Berufliche Bildung verbessern**

Vor allem Handwerk und Kleinbetriebe müssen sich auf breitgefächerte Aus- und Weiterbildungseinrichtungen stützen können, die paritätisch finanziert werden, statt sich staatlicherseits nur auf wenige „Leuchtturmprojekte“ und Exzellenzförderung zu konzentrieren.

Die berufliche Erstausbildung ist der Einstieg in das Berufsleben. Die prekäre Lage auf dem Ausbildungsmarkt hat sich trotz weniger Bewerberinnen und Bewerber aufgrund der demografischen Entwicklung kaum entspannt, viele Auszubildende klagen über eine mangelnde Qualität der Ausbildung und zu geringe Bezahlung. Unternehmen haben die gesellschaftliche Verantwortung für die Finanzierung und für die Bereitstellung von Ausbildungsplätzen wahrzunehmen und dürfen das Ausbildungsangebot nicht von Renditezielen abhängig machen.

DIE LINKE unterstützt überbetriebliche Ausbildungsverbände.

Auch in der beruflichen Bildung sollen integrative Angebote für Menschen mit Behinderungen Vorrang haben. Lernbeeinträchtigte, sozial Benachteiligte und Jugendliche mit Migrationshintergrund sind differenziert und gezielt zu fördern. Ziel ist die soziale Integration und der Zugang zum ersten Arbeitsmarkt. Dazu fordern wir anonymisierte Bewerbungsverfahren.

Wir lehnen die Aufbewahrung von Schulabgängerinnen und -abgängern ohne betrieblichen Ausbildungsplatz im so genannten „Übergangssystem“ ab.

Dass Menschen unter 25 Jahren ohne Ausbildungs- und Arbeitsplatz laut SGB II eine „Bedarfsgemeinschaft“ mit ihren Eltern bilden müssen, ist ein gesellschaftspolitischer Skandal!

Die besondere Qualität der Berufsausbildung im dualen System besteht in der Verzahnung von betrieblicher und schulischer Ausbildung. Die Situation an vielen Berufsschulen ist allerdings verheerend: Stundenausfall, veraltete Lehr- und Lernmittel sowie Schulgebäude, die oft in einem desolaten Zustand sind. Hier muss die Staatsregierung für Abhilfe sorgen. Die finanzielle Benachteiligung vieler Berufs- und Fachoberschulen im Vergleich zu Gymnasien gehört beendet.

Während die Ausbildung in den Betrieben bundeseinheitlich durch das Berufsbildungsgesetz (BBiG) und die Ausbildungsordnungen geregelt ist, unterliegt die Berufsschule der Regelungskompetenz der Länder. Um die Zusammenarbeit der Lernorte Berufsschule und Betrieb zu verbessern, muss die Berufsschule in das BBiG integriert werden. Beide Lernorte, Betrieb und Schule, müssen gleichwertig nebeneinander stehen. Die Berufsschule hat einen eigenständigen Bildungsauftrag, der über das Vermitteln von reinem Fachwissen hinausgeht. Daran muss festgehalten werden.

#### **DIE LINKE steht für:**

- » die Förderung der Aus- und Weiterbildung von Beschäftigten. Insbesondere werden Menschen ohne Abitur mit Berufserfahrung zum Studium an Universitäten und Fachhochschulen zugelassen. Es muss einen Ausbau von Qualifizierungsangeboten statt einen Abbau von Weiterbildungsmaßnahmen geben. Vor allem Geflüchteten bleibt der Zugang oft verwehrt. Ausbildungsbegleitende Maßnahmen müssen an eine Ausbildungserlaubnis und nicht Aufenthaltsstatus und Herkunftsland gekoppelt werden.
- » die finanzielle Verantwortung der Arbeitgeber, denn Weiterbeschäftigungsmöglichkeit und Wiedereinstellungsanspruch müssen ermöglicht werden.
- » die Befreiung von Schulgeldzahlungen für Auszubildende in allen Berufsausbildungen wie Logopädie oder Physiotherapie in Bayern.
- » eine Ausbildungsabgabe für Unternehmen mit mehr als zehn Mitarbeitenden, die nicht mindestens 7 Prozent ihrer Arbeitsplätze als qualifizierte Ausbildungsplätze zur Verfügung stellen. „Berufsfördermaßnahmen“ sind durch Ausbildungswerkstätten und Berufsfachschulen mit

der Möglichkeit auf qualifizierte berufliche Aus- und Weiterbildung im gewünschten Beruf zu ersetzen.

- » berufsorientierende Maßnahmen, Verbesserung und Aufwertung von Berufsberatung und Berufsvorbereitung sowie endlich eine sinnvolle und enge Verzahnung der Lernorte Betrieb und Berufsschule.
- » eine berufliche Bildung, die sich speziell auf die Anforderungen der Arbeit 4.0 einstellt, sodass die nötigen technischen und sozialen Kompetenzen vermittelt werden.
- » die Beendigung der Ausbeutung von Auszubildenden als billige Arbeitskräfte, eine Ausbildungsvergütung, von der Auszubildende gut leben können, sowie die Aufstockung der Berufsausbildungsbeihilfe. DIE LINKE unterstützt die Forderung der Gewerkschaftsjugend nach einer Mindestausbildungsvergütung. Heutzutage lebt die Mehrzahl der Auszubildenden außerhalb des Elternhauses. Ausbildungsvergütungen, die für den Selbstunterhalt und die soziokulturelle Teilhabe nicht ausreichen, sind nicht akzeptabel.
- » die Erhöhung der Stellen für Lehrerinnen und Lehrer an berufsbildenden Schulen um mindestens 13 Unterrichtswochenstunden zu gewährleisten.
- » die gleiche Besoldung (Entlohnung nach A 13 bzw. EG 13 TV-L oder TVöD) aller Lehrkräfte für Fachpraxis an den berufsbildenden Schulen und in Berufsbildungszentren wie Lehrkräfte an allgemeinbildenden Schulen. Lehrkräften mit fehlender Lehramtsausbildung (so genannte Nichterfüller) ist eine ihre Erfahrung berücksichtigende Anpassungsqualifizierung anzubieten mit dem Ziel der Gleichsetzung mit Lehrkräften mit Lehramtsausbildung (so genannte Erfüller). Damit soll die Voraussetzung geschaffen werden, dass alle Lehrkräfte für die gleiche Arbeit den gleichen Lohn erhalten. Lehrkräfte an Privatschulen müssen grundsätzlich mindestens nach den Tarifverträgen im öffentlichen Dienst entlohnt werden. Die Zulassung muss von diesem Kriterium abhängig gemacht werden. DIE LINKE. wird sich für die konsequente Umsetzung der bayerischen Verfassung einsetzen. Darin steht: Art. 134 (1) Privatschulen müssen den an die öffentlichen Schulen gestellten Anforderungen entsprechen. Sie können nur mit Genehmigung des Staates errichtet und betrieben werden.
- » die Kontrolle und Mitbestimmung bei der Ausbildung durch die Auszubildendenvertretungen und ihrer Gewerkschaften sowohl in der betrieblichen als auch in der schulischen Ausbildung sowie eine Rechtsverord-

nung, die die Wahl einer Interessenvertretung auch in außerbetrieblichen Bildungseinrichtungen sicherstellt.

- » eine qualifizierte Ausbildung mit entsprechend geprüften Ausbilderinnen und Ausbildern sowie den Ausbau begleitender Hilfen um auch Auszubildende aus schwierigen Lebens- und Familienverhältnissen durch kompetentes pädagogisches Personal rechtzeitig zu fördern.
- » ein kostenfreies Azubiticket für alle bayerischen Azubis unabhängig vom Wohnort und der Entfernung zur Ausbildungsstätte.
- » die Übernahme nach der Ausbildung in Landesbehörden, landeseigenen Unternehmen und Unternehmen, an denen das Land beteiligt ist.
- » die Senkung der Hürden für die Erteilung einer Pkw-Sondergenehmigung, mit der Jugendliche unter 18 Jahren unter bestimmten Umständen alleine mit dem Pkw zu ihrer Ausbildungsstelle fahren dürfen (zum Beispiel wenn die Ausbildungsstätte nicht oder nur schwer mit dem ÖPNV erreichbar ist).
- » mehr Wohnheime für Azubis; denn es ist nicht realistisch, von Auszubildendenvergütungen die Miete auf dem kommerziellen Wohnungsmarkt zu bezahlen.

### **3.3. Für eine demokratische Hochschule**

Die Hochschulpolitik hat unter dem Postulat der Wettbewerbsförderung, politisch gesetzter Standortkonkurrenz und vermeintlicher Exzellenzförderung den Hochschulalltag radikal verändert. Dies betrifft nicht nur die Zusammensetzung der Studierendenschaft, sondern auch die vermittelten Inhalte sowie den Charakter des Studiums. So hat sich die soziale Auslese an den Hochschulen durch die Einführung der Studiengebühren nachweislich verschärft und die Durchlässigkeit des deutschen Bildungssystems ein weiteres Mal verringert. Zwar sind die Studiengebühren für das Erststudium in Bayern durch ein Volksbegehren erfolgreich gekippt worden, aber durch real schrumpfende BAföG-Sätze steigt der soziale Druck, sodass Studierende aus geringverdienenden Haushalten einer Doppelbelastung durch Studium und Beruf ausgesetzt sind und immer häufiger von einem Studium absehen bzw. ihr Studium abbrechen müssen.

Auch die Umstellung von Diplom- und Magister- auf Bachelor- und Masterabschlüsse im Rahmen der Bologna-Reform hatte verheerende Auswirkung auf die Studiensituation in Deutschland. Mit der Definition des Bachelor zum ersten berufsqualifizierenden Abschluss wurde faktisch eine weitere Stufe der Selektion auf dem Weg zu einem wissenschaftlichen Abschluss eingezogen; die Reform ist

eine weitere Bildungskürzung. Statt der erhofften Förderung von Mobilität der Studierenden vollzieht sich die Einschränkung von selbstbestimmtem und kritischem Lernen und Forschen sowie der permanente Zwang zum Erwerb von Credit Points in strikt regulierten und modularisierten Studiengängen und die unkritische Standardisierung von Lehr- und Lerninhalten.

Verschärft wird diese Krise der Wissenschaften außerdem durch das Leitbild der „unternehmerischen Hochschule“. Anstatt die Autonomie der Hochschulen durch die öffentliche Ausfinanzierung sicherzustellen oder die kritische Wissenschaft zu fördern, werden diese zu einem permanenten Konkurrenzkampf um die Einwerbung von wettbewerblich oder privat vergebenen Drittmitteln gezwungen. Dies führt dazu, dass die Hochschulen sich bei finanzstarken Unternehmen anbiedern, Wissenschaft auf reines Verwertungswissen ausrichten, inhaltliche und methodische Pluralität beschränken und Lehrinhalte unkritisch an die Ideologie des „freien Marktes“ anpassen, wie etwa bei den Wirtschaftswissenschaften zu beobachten ist. Bei Kooperationen der Wissenschaft mit Rüstungsunternehmen beispielweise tritt anstelle des Forschens für ein friedliches Zusammenleben das Forschen für eine optimale Kriegsführung.

Leidtragende dieser Veränderungen sind nicht nur die Studierenden, sondern die Gesellschaft insgesamt. Im Rahmen der Logik der Kostenminimierung und zeitlich begrenzter Forschungsaufträge wurden Arbeitsverhältnisse zunehmend prekariert, vom „Traumjob Wissenschaft“ kann keine Rede mehr sein. Durch die Reformen an den Hochschulen wurde die Mitsprache der Studierenden und der Beschäftigten weiter eingeschränkt. Auf wesentliche Fragen, wie zum Beispiel ihr Arbeitsumfeld oder ihre Forschungsschwerpunkte, haben sie immer weniger Einfluss.

### **DIE LINKE steht für:**

- » die Abkehr vom Konzept der Regelstudienzeit und von Zwangsexmatrikulationen für Langzeitstudierende.
- » unbefristete Stellen für Daueraufgaben in Forschung, Lehre und Verwaltung mit tariflichen Regelungen aller Arbeitsverhältnisse an Hochschulen durch Abschaffung der Tarifsperre im wissenschaftlichen Zeitvertragsgesetz.
- » die Einrichtung von Beschäftigtenpools für wissenschaftsunterstützendes Personal, die unterstützenden Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern an Projekten unbefristete Beschäftigungsverhältnisse ermöglichen.

- » Förderprogramme für die wissenschaftliche Qualifikation von Frauen, Personen mit Migrationshintergrund und Menschen mit Handicap.
- » Open-Access-Pflicht aller wissenschaftlichen Erkenntnisse nach dem Prinzip von Open Data. Wissen, das mit Steuermitteln erarbeitet wurde, muss allen zur Verfügung stehen.
- » ein gesetzliches Verbot von Rüstungsforschung an den Hochschulen im Land und die flächendeckende Einführung von Zivilklauseln in den Satzungen aller Einrichtungen. Militärisch relevante Technologien dürfen nicht länger unter dem Deckmantel „zivile Sicherheitsforschung“ entwickelt werden. Forschungseinrichtungen, Universitäten und Hochschulen des Landes sollen ausschließlich friedliche Zwecke verfolgen.
- » eine Initiative zur Umgestaltung des BAföG. Es soll zu einer bedarfsdeckenden, elternunabhängigen, rückzahlungs- und repressionsfreien Studienfinanzierung werden.
- » die Erweiterung der verfassungsrechtlich garantierten Lehr- und Lernmittelfreiheit auf die Hochschulen.
- » die öffentliche Finanzierung der Hochschulen anstatt der Orientierung auf wettbewerblich und privat vergebene Mittel.
- » den Master als Regelabschluss an allen Hochschulen. Dies bedeutet einen freien Zugang zum Master für Studierende als ersten Schritt zur Überwindung des Bachelor-Master-Systems und einen bedarfsgerechten Ausbau der Masterstudiengänge, die Änderung der Strukturvorgaben, die gewährleistet, dass in allen Studiengängen ein angemessener Anteil der Lehrveranstaltungen frei wählbar ist und so eine eigene Schwerpunktsetzung im Studium ermöglicht, sowie die Aufhebung der Begrenzung der Regelstudienzeit.
- » die Öffnung der Hochschulen für Berufstätige, zum Beispiel durch mehr Angebote für ein- und zweijährige Zusatzausbildungen auf Master-Niveau.
- » eine inklusive und barrierefreie Hochschule.
- » die Abschaffung von Zulassungsbeschränkungen, die Öffnung der Hochschulen auch für Menschen ohne Abitur, den an der realen Nachfrage orientierten Ausbau der Studienplatzkapazitäten sowie die Abschaffung sämtlicher Studien- oder Prüfungsgebühren.
- » den Ausbau der sozialen Infrastruktur und des studentischen Wohnraums durch bessere Finanzierung der Studierendenwerke und die Entkommerzialisierung des Campus.

- » eine Neufassung des Bayerischen Hochschulgesetzes. Wichtig sind insbesondere die innere Demokratisierung der Hochschule mit gesetzlicher Verankerung der Verfassten Studierendenschaft als rechtsfähige Teilkörperschaft mit voller Satzungs- und Finanzautonomie, mit gesicherter Mitgliedschaft aller Studierenden und allgemeinpolemischen Mandat, die Abschaffung der Hochschulräte, die Einführung der Viertelparität, die allen Statusgruppen der Hochschule (Professorinnen und Professoren, Studierenden, wissenschaftlichem und wissenschaftsunterstützendem Personal) die Mitbestimmung sichert sowie die Abschaffung des Einspruchsrechts der katholischen Kirche bei der Besetzung von Lehrstühlen.
- » eine Frauenquote von 50 Prozent auf jeder Karrierestufe und die Weiterentwicklung des Professorinnenprogramms zu einem Programm für die Förderung von Frauen auf allen Karrierestufen.
- » die Wiederherstellung der Tarifautonomie für wissenschaftlich Beschäftigte auch im Bereich Hochschule und Forschung und die Durchsetzung guter Arbeitsbedingungen an den Hochschulen. Dazu gehören die Umwandlung befristeter Arbeitsverhältnisse in unbefristete, insbesondere im Planstellenbereich und für den Mittelbau, und tarifliche Arbeitsverhältnisse auch für studentische Beschäftigte, insbesondere die längst überfällige Erhöhung ihrer Stundenlöhne.
- » die Umwandlung von Lehraufträgen in sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse.
- » die Öffnung der Hochschulen für Geflüchtete. Dafür müssen zusätzliche Studienplätze geschaffen werden und im Ausland erworbene Bildungsabschlüsse schnell und unbürokratisch anerkannt werden. Die Aufnahme eines Studiums muss das Bleiberecht sicherstellen und vor Abschiebung schützen.
- » ein Verbot für studentische Verbindungen mit rassistischem, sexistischem und völkischem Hintergrund, sich an der Hochschule zu betätigen.

### **3.4. Erwachsenenbildung fördern – Weiterbildung ausbauen**

Weiterbildung erhöht die Chancen auf Teilhabe in Gesellschaft und Arbeitswelt. Sie wird durch technische Fortschritte zu einer Notwendigkeit für viele im beruflichen bzw. persönlichen Alltag. Daher ist sie als Rechtsanspruch gesetzlich zu verankern. Ein breit gefächertes, flächendeckendes Weiterbildungsange-

bot ist eine öffentliche Aufgabe. Weiterbildung soll finanzierbar sein und darf nicht vom eigenen Geldbeutel abhängen. Im öffentlich geförderten Teil der beruflichen Weiterbildung müssen Erwerbslose sowie deren Qualifikationsbedürfnisse stärker im Mittelpunkt stehen. Die schnelle Vermittlung in schlecht bezahlte Jobs lehnt DIE LINKE ab. Langzeitarbeitslose dürfen nicht in Maßnahmen gezwungen werden. Qualifizierungsangebote mit Wahlmöglichkeiten sollen eine tatsächliche Verbesserung der persönlichen und beruflichen Qualifikation – im Sinne anerkannter Abschlüsse – bieten.

Gesellschaft, Unternehmen und Freistaat müssen Möglichkeiten schaffen, berufliche Arbeit, Persönlichkeitsentwicklung und Weiterbildung zu verbinden. Daher sollen feste Arbeitsverhältnisse in diesem Bereich wieder zur Regel werden. Beschäftigte in der Weiterbildung haben Anspruch auf eine angemessene Bezahlung. Sie sind entsprechend den tariflichen Regelungen wie in anderen öffentlichen Bildungsbereichen zu bezahlen. Willkürliche Befristungen oder scheinselfständige Beschäftigungsverhältnisse über Werkverträge lehnt DIE LINKE. Bayern ab.

Der Freistaat soll die ausreichende Finanzierung von Personalrätequalifizierungen sicherstellen sowie die Freistellungstunden bei Lehrkräften einplanen, die als Personalrätinnen und Personalräte gewählt worden sind; deren Genehmigung darf nicht von der Kassenlage abhängig sein. Für freiberuflich tätige Lehrkräfte, die mit ihrem Honorar Ausgaben wie Sozialversicherung, Ausfallzeiten wegen Krankheit, Urlaub, Auftragsausfall, Unterrichts- oder Seminarvorbereitung usw. selbst tragen, setzt sich DIE LINKE für ein Mindesthonorar von derzeit 35 Euro pro Unterrichtseinheit zuzüglich des Arbeitgeberanteils zur Sozialversicherung ein. Der Freistaat Bayern soll über den Bundesrat die Initiative ergreifen, für diese Beschäftigtengruppe den Zugang zur Künstlersozialversicherung zu ermöglichen.

Bildungsgebühren in der Erwachsenenweiterbildung (zum Beispiel bei Volkshochschulen) müssen ebenso wie die Studiengebühren entfallen. Die Finanzierung muss dabei vom Land übernommen werden, um die kommunalen Haushalte nicht zu belasten und Angebotsverschlechterungen zu riskieren. Die Beschäftigten in privaten Erwachsenenbildungseinrichtungen müssen mindestens nach Tarifvertrag des öffentlichen Dienstes bezahlt werden. Wir setzen uns für tarifgebundene Arbeitsplätze in der Weiterbildungsbranche ein. DIE LINKE lehnt den Trend zu vermehrter Privatisierung in der beruflichen Bildung und der Erwachsenen- und Weiterbildung ab.

## DIE LINKE steht für:

- » ausreichende finanzielle und personelle Ausstattung aller Bereiche der öffentlich geförderten Weiterbildung.
- » den Erhalt und Ausbau der Volkshochschulen sowie die Anhebung der VHS-Förderung durch den Freistaat von derzeit 0,45 Euro je Unterrichtseinheit und Teilnehmer auf mindestens einen Euro.
- » die Bereitstellung öffentlicher Bibliotheken als Teil des Bildungsauftrags der bayerischen Verfassung und Pflichtaufgabe der Kommunen sowie eine ausreichende Beteiligung des Freistaats an deren Finanzierung.
- » die Einführung eines Weiterbildungsgesetzes auch in Bayern, inklusive des Rechts auf einen mindestens zweiwöchigen gesetzlichen Bildungsurlaub
- » ein Mindesthonorar von derzeit 35 Euro pro Unterrichtseinheit zuzüglich des Arbeitgeberanteils zur Sozialversicherung für freiberuflich tätige Lehrkräfte.
- » einen Weiterbildungsetat, der mindestens 1 Prozent des Bildungsetats des Freistaats Bayern umfasst.
- » die Einführung einer trägerunabhängigen Weiterbildungsberatung, die eine subjektorientierte Bildungsberatung garantiert.

### **3.5. Kita und Elementarbildung, Jugendhilfe und Sozialarbeit**

Bildung ist ein vielschichtiger, lebensbegleitender Prozess, der bereits vor der Einschulung beginnt. Besonders wichtig für die Entwicklung sozialer Fähigkeiten ist die Elementarbildung schon im frühen Kindesalter. Jedes Kind sollte individuell frei und zugleich mit anderen solidarisch aufwachsen.

Kindertagesstätten (Kitas) sind unverzichtbar für den Abbau von Benachteiligungen beim Zugang zu schulischer Bildung sowie für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Das Bayerische Kinderbildungsgesetz (BayKiBiG) schafft keine angemessenen Voraussetzungen, um dieser Herausforderung gerecht zu werden. Der jetzige Anstellungsschlüssel von 1:11,5 (Erziehende zu Kindern) gewährleistet keine gute, pädagogisch wertvolle Kinderbetreuung. Er verschleiernoch dazu die wirkliche Situation, da er alle Personalstunden ins Verhältnis zu den gebuchten Stunden stellt und bis zu 30 Prozent der Zeiten ausklammert, die nicht mit Kindern verbracht werden. Es fehlen außerdem die Zeiten für Urlaub,

Krankheit, Fortbildung, Freistellungen und anderes. Für Kinder unter 3 Jahren gilt pauschal der Faktor zwei, ohne die riesigen Entwicklungsunterschiede des Kindes unter einem Jahr und von Dreijährigen zu berücksichtigen. Bei dem viel zu niedrigen Basiswert, von dem alle anderen Pauschalen abgeleitet sind, kann pädagogische Qualität von den Trägern nicht bezahlt werden. Dies können allenfalls reiche Eltern.

Bayern liegt weit hinter dem in Europa definierten Betreuungsschlüssel von 1:8 (bei unter Dreijährigen von 1:4), der die Voraussetzung für gute Frühbildung ist. Das Modell der „Großtagespflege“ bietet auch den Beschäftigten keine sichere Existenzgrundlage. Bei den hinzukommenden gewerblichen, gewinnorientierten Trägern steht das Wohl der Kinder nicht an erster Stelle.

Wir brauchen in Bayern Kindertageseinrichtungen, in denen Kinder mit unterschiedlichem Förderbedarf mit- und voneinander lernen. Die Einstellung einer heilpädagogischen Fachkraft in jeder Kita ist hierfür eine wichtige Voraussetzung. Eltern sollten sich frühzeitig für eine Förderung in einer Kindertagesstätte entscheiden können. Die Sprachenvielfalt in einer Gruppe ist kein Handicap; sie sollte als Vorteil wertgeschätzt werden.

Kinderpflegerinnen und Kinderpfleger, Erzieherinnen und Erzieher sowie Sozialpädagoginnen und -pädagogen tragen im Umgang mit Kindern und Jugendlichen große Verantwortung. Sie brauchen eine qualifizierte Ausbildung, so zum Beispiel im Bereich der Diagnostik und der Sprachförderung sowie in der Zusammenarbeit mit Eltern. Dazu bedarf es ausreichender Weiterbildungsangebote und genügend Zeit, um alle Kinder individuell fördern zu können. In Bayern ist insbesondere die Fachkraftquote von 50 Prozent zugunsten einer von 66 Prozent zu verbessern, wobei den Pflegerinnen und Pflegern sowie den Eltern eine großzügige Weiterbildung zu gewähren ist. DIE LINKE setzt sich dafür ein, dass alle Beschäftigten im Sozial- und Erziehungsdienst (SuE) mehr verdienen. Daher tritt DIE LINKE dafür ein, dass die Förderrichtlinien für die Träger der Einrichtungen im SuE-Bereich so geändert werden, dass eine Anhebung um mindestens eine Gehaltsstufe in den Tarifverträgen des öffentlichen Dienstes für alle Beschäftigten zur Grundlage der Förderrichtlinien gemacht wird.

Die Zusammenarbeit von Eltern, Kinder- und Jugendarbeit, von Jugendhilfe und Schule, von Fachkräften der Schul-, Heil- und Sozialpädagogik sowie therapeutischen Kräften ist notwendiger Bestandteil inklusiver Bildung und Erziehung. Dazu brauchen wir personelle und rechtliche Voraussetzungen, aber auch ein generelles Umdenken.

## DIE LINKE steht für:

- » qualitativ hochwertige und flächendeckende Angebote zur Einlösung des Rechtsanspruchs auf Betreuung von Kindern unter drei Jahren.
- » flexible Betreuungszeiten in Krippe und Kita von mindestens zehn Stunden täglich.
- » die Schaffung von Betreuungsangeboten am Wochenende und in den Nachtstunden für erwerbstätige Eltern.
- » barrierefreie Kitas, damit Inklusion zeitnah umgesetzt wird, individuelle, inklusive Betreuung für Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf – das heißt Kinder mit und ohne Behinderungen sollen gemeinsam betreut und gefördert werden. Dazu braucht man auch sonderpädagogische Begleitung und Beratung im Gruppenalltag, für die Erzieherinnen und Erzieher und Eltern. Bei Bedarf werden dem Kind mit Behinderungen speziell ausgebildete Erzieherinnen und Erzieher zur Seite gestellt.
- » gutes und umfassendes Weiterbildungsangebot für Erzieherinnen und Erzieher sowie bezahlte Vor- und Nachbereitungs- und Dokumentationszeit für pädagogische Fachkräfte im frühkindlichen Bereich.
- » gesunde und kostenfreie Mahlzeiten für die Kinder in allen Einrichtungen, denn wer Hunger hat, spielt und lernt nicht mit.
- » flächendeckend inklusive gebührenfreie Tageseinrichtungen mit dem dafür erforderlichen Personal und die Abschaffung des derzeitigen auf Personaleinsparung ausgerichteten Systems der Buchungszeiten (BayKi-BiG) zugunsten eines pädagogisch sinnvollen Gesamtbildungskonzepts; in einem ersten Schritt soll für das erste Kita-Jahr ein Rechtsanspruch auf kostenfreien Zugang geschaffen werden.
- » die Eingruppierung von Kinderpflegerinnen und -pflegern in S 6 statt S 4 und von Erzieherinnen und Erziehern in S 8 statt S 6.
- » die sofortige Erhöhung des Grundbetreuungsschlüssels auf 1:10 (eine Erziehungsperson für maximal zehn Kinder), mittelfristig auf 1:8, bei bis zu Dreijährigen auf 1:3 sowie die Entbürokratisierung der pädagogischen Arbeit, unter anderem durch Wegfall von Beobachtungsbögen und anderer einseitig geforderter statistischer Leistungen ohne Personalausgleich.
- » ein angemessenes Verhältnis für Kinder mit Migrationshintergrund und für Kinder aus schwierigen sozialen Lagen sowie kompetente interkulturelle Erziehung.

- » den Wegfall staatlicher Förderung gewinnorientierter Kindertagesstätten sowie ein flächendeckendes Angebot nicht religiös gebundener Kindertagesstätten.

### **3.6. Zugang zu Bildung für alle, auch digital**

Die Digitalisierung bietet die Chance, vielen Menschen einen schnellen Zugang zu Informationen zu ermöglichen. Das geschieht aber nicht von selbst, sondern muss durchgesetzt werden. Die Bildung eines kritischen Verstands und die Fähigkeit, Wirklichkeit und Erfindung zu unterscheiden, sind Ziele einer modernen Medienpädagogik und schützen zum Beispiel auch vor zum Beispiel Cybermobbing. Die natürlichen Lernorte dafür sind Kindergärten, Horte und Schulen.

Wir wollen stärker Kompetenzen im Bereich Medien und Information vermitteln. Ein selbstbestimmter und kritischer Umgang mit digitalen Technologien und dem Internet sind mit Bildung verbunden.

**Für diese Ziele steht DIE LINKE:**

- » Der Ausbau der IT muss einhergehen mit der Ausbildung und mit Fortbildungsangeboten für Lehramtsstudierende und die aktiven Lehrkräfte.
- » Digitale Medien dürfen nicht zum Einfallstor für Privatisierung der Bildung durch private kommerzielle Anbieter, Unternehmen oder Verlage sein. In Bildungseinrichtungen eingesetzte Software sollte Freie Software sein, die Hardware sollte nach Möglichkeit offen spezifiziert sein.
- » Wir wollen, dass jedes Kind ein mobiles Endgerät als Teil der Bildungsausstattung zur Verfügung hat und frühzeitig und regelmäßig mit den Prinzipien der digitalen Technologien (etwa Funktionsweise von Speichern, Sensoren, Programmierkenntnissen) vertraut gemacht wird. Deshalb brauchen Schulen kostenlose Leihgeräte für alle, die sich selbst keines leisten können.
- » Medienkompetenz soll fächerübergreifend Teil des Lehrplans werden. Kinder sollen den sicheren Umgang mit journalistischen Quellen lernen und Nachrichten in einen Kontext einordnen können. Ihnen soll gezeigt werden, wie Inhalte in verschiedenen Medien erstellt werden und wie diese zum Beispiel bei Werbung versuchen, die Konsumenten zu beeinflussen.

- » Unterrichtsmaterialien und Schulbücher sollen zusätzlich in digitaler Form für Schülerinnen und Schüler bereitgestellt werden.
- » Die IT-Infrastruktur an Schulen muss durch Fachpersonal betreut werden. Entsprechende Planstellen sollen kurz- und mittelfristig geschaffen werden.
- » Die IT-Infrastruktur aller Schulen und Hochschulen muss mit schnellen und leistungsfähigen Breitbandanschlüssen, WLAN für alle und einer zeitgemäßen Hard- und Software-Ausstattung ausgebaut werden.

## **4. Demokratie statt Repression und Obrigkeitsstaat**

Die bayerische Innen- und Rechtspolitik ist seit Jahren dadurch gekennzeichnet, dass sie vorwiegend repressiv vorgeht, anstatt selbstbewusst und verantwortungsvoll handelnde Menschen aktiv einzubinden und so gemeinsam mit der Bevölkerung das gesellschaftliche Zusammenleben zu gestalten. Wir sind Verfechter des Rechtsstaats. Rechtsstaat heißt zum Beispiel, dass es ein bestimmtes Verfahren braucht, wenn jemand inhaftiert werden soll. Das heißt auch, dass bei einem Streit alle, also auch die wirtschaftlich Schwächeren, ihre Meinung vortragen dürfen. Der Zugang zu den Gerichten darf nicht nur denen vorbehalten sein, die es sich leisten können. Wir wollen, dass sich der Freistaat Bayern für eine Erleichterung der Bestimmungen für Prozesskostenhilfe auch bundesweit einsetzt.

Die Alternative zur Gewalt sind Dialog und Diskussion. Hierbei ist es Aufgabe der Politik, Angebote zu schaffen. Hierzu brauchen wir Jugendzentren, die für Jugendliche und Heranwachsende unentgeltlich sind. Wir brauchen Stellen für Streetworkerinnen und Streetworker. Sicherheit gibt es durch soziale Integration und Einbindung aller Menschen. Demokratie, soziale Gerechtigkeit und Sicherheit sind unmittelbar miteinander verknüpft.

### **4.1. Mehr Mitsprache in einem demokratischen Bayern ermöglichen**

„Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus“. So bestimmen es Artikel 20 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes und Artikel 2 der bayerischen Verfassung. Nur noch eine Minderheit der Bevölkerung empfindet diese Rechtsnorm jedoch als Realität. Die immer weiter zurückgehende Wahlbeteiligung macht deutlich, wie gering die Erwartungen der Bürgerinnen und Bürger an positive politische Veränderungen sind. Das ändert sich nur, wenn alle Menschen an den Entscheidungsprozessen teilnehmen können. Zu hoch sind die Hürden für Mitsprachemöglichkeiten bei Volksentscheiden und Bürgerbegehren.

## DIE LINKE steht für:

- » die Senkung der rechtlichen Hürden für kommunale und landesweite Volksabstimmungen. Für ein Volksbegehren soll die Eintragung von nur 5 Prozent der Personen nötig sein, die Frist dafür soll zumindest auf vier Wochen ausgedehnt werden.
- » die Streichung des Artikels 73 der bayerischen Verfassung („Über den Staatshaushalt findet kein Volksentscheid statt.“). Bürgerhaushalte müssen möglich werden.
- » die Ausweitung des allgemeinen Wahlrechts auf alle Bürgerinnen und Bürger, die in Bayern leben und mindestens 16 Jahre alt sind.
- » bei Wahlen die generelle Anwendung des demokratischen Hare-Niemeyer-Auszählverfahrens.
- » die Stärkung politischer Vielfalt in den kommunalen Parlamenten durch eine Vereinfachung der Möglichkeit, bei Kommunalwahlen antreten zu können.
- » die Förderung des Demokratieverständnisses aller und im Besonderen der jungen Menschen sowie der Initiativen und Einrichtungen für selbst verwaltete Jugend- und Kulturarbeit durch den bayerischen Landtag.

## 4.2. Öffentliche Verwaltung demokratisieren

Verwaltungsreform darf nicht wie in der Vergangenheit Personalabbau, Arbeitsverdichtung und Beschneidung der Mitbestimmung der Beschäftigten im öffentlichen Dienst heißen. DIE LINKE fordert auf jeder Verwaltungsebene Bürgerbeauftragte (Ombudsleute) mit aufschiebendem Vetorecht, die als neutrale Schlichtungsinstanzen auf vorgerichtlicher Ebene zwischen Bürgerinnen und Bürgern und den einzelnen Ämtern und Behörden auftreten. Hierzu ist Personal erforderlich.

## DIE LINKE steht für:

- » einen öffentlichen Dienst, in dem bei allen Beschäftigungsverhältnissen die einschlägigen Tarifbestimmungen gelten und eingehalten werden.
- » die Demokratisierung öffentlicher Betriebe und Dienststellen in Bayern.
- » den Ausbau und die Stärkung der Beteiligungsrechte von Bürgerinnen und Bürgern.

- » die Erweiterung des Wahlrechts bei den Wahlen zu Personal-, Jugend- und Auszubildendenvertretungen.
- » die Bildung eines Landespersonalrats und einer Landes-, Jugend- und Auszubildendenvertretung auf der Ebene des Ministerrats, die mit den vollen Rechten des Bayerischen Personalvertretungsgesetzes (BayPVG) ausgestattet sind.
- » die verstärkte Einstellung von Bürgerinnen und Bürgern mit Migrationshintergrund.
- » die Abschaffung des Fragebogens zur Verfassungstreue.
- » mehr Einstellungen von Streetworkerinnen und Streetworkern im öffentlichen Dienst.
- » die Einbeziehung von Bürgerinnen und Bürgern und Bürgerinitiativen bei Großprojekten sowie beim Siedlungs- und Wohnungsbau.
- » die Stärkung der demokratischen Entscheidungs- und Gestaltungsmöglichkeiten der Regionen. DIE LINKE fordert die Dezentralisierung möglichst vieler Kompetenzen, damit mehr Entscheidungen vor Ort getroffen werden können. Dafür müssen die kommunalen Körperschaften mit den erforderlichen Finanzen ausgestattet werden.
- » die Verwendung einheitlicher Open-Source-Software in der öffentlichen Verwaltung. Die Weiterentwicklung und Pflege der Software wird mit Steuermitteln aus dem Landes- und Bundeshaushalt finanziert.

### **4.3. Innere Sicherheit, Überwachung, Kriminalität**

CSU und AfD führen bei dieser Landtagswahl eine Debatte über die „Innere Sicherheit“, die uns zornig macht, denn unter dem Vorwand der Sicherheit werden den Menschen Grund- und Freiheitsrechte entzogen. Der Kampf um Rechtsaußen hat schon Früchte getragen: Zusätzlich zum Bayerischen Integrationsgesetz sind es vor allem die Veränderungen durch die sogenannte Unendlichkeitshaft und die Ausweitungen des Polizeiaufgabengesetzes, die der Polizei die Macht von Geheimdiensten gibt. Wir brauchen eine demokratisch strukturierte Polizei, die sich wieder auf ihre wesentlichen Aufgaben konzentriert: Verhinderung von Gewalt, Ermittlung von Straftäterinnen und Straftätern und die Ordnung des Verkehrs. Wir brauchen dagegen keine Verfolgung von Rauschmittelkonsumentinnen und -konsumenten und auch keine Abschiebungen. Auch für die Polizei gilt: Umdenken, damit es für alle besser und gerechter wird. Wir wollen die Grundrechte stärken, statt sie immer weiter abzubauen.

Das Recht auf Privatsphäre und informationelle Selbstbestimmung ist für uns unverzichtbar.

Die meisten Menschen im Land wünschen sich anstelle von Kontrolle und Bevormundung deutlich mehr direkte Demokratie und Möglichkeiten der Mitbestimmung. Wir unterstützen diese Anliegen. Die Hürden für kommunale Bürgerentscheide müssen gesenkt und die Wahlen selbst wieder demokratischer gestaltet werden.

Seit Jahren werden demokratische Rechte durch immer neue Überwachungsmaßnahmen eingeschränkt. Wer die Eingriffsbefugnisse des Staates noch mehr ausweiten will, schleift die Grundrechte bis sie nur noch Ruinen sind. Bereits jetzt ist Kameraüberwachung allgegenwärtig. Polizei und Geheimdienste verfügen über gigantische Datenbanken. Die davon Betroffenen wissen zumeist nicht einmal, dass ihre Daten dort gespeichert sind. Mit der Vorratsdatenspeicherung stehen alle unter Generalverdacht, während der Staat mit Onlinedurchsuchungen heimlich in Computersysteme eindringt. Wir wollen Grundrechte schützen und den Überwachungsstaat eindämmen.

Wir wollen eine bürgernahe und demokratisch strukturierte Polizei. Demokratie bedeutet Gewaltenteilung, Verantwortung und Kontrolle. Polizistinnen und Polizisten üben staatliche Gewalt aus. Im Dienst sind sie nicht nur Bürgerinnen und Bürger wie jede und jeder andere. Als Beamtinnen und Beamte haben sie eine enge Bindung an Recht und Gesetz. Der Staat ist gehalten, die Polizei wirksam zu kontrollieren, Fehlverhalten zu ahnden und Bürgerinnen und Bürger vor Übergriffen seitens der Exekutive zu schützen. In der Öffentlichkeit wird viel über Gewalt gegen Polizistinnen und Polizisten gesprochen. Gewalt durch die Polizei aber ist ein Tabuthema! Nach wie vor bestehen strukturelle Defizite bei der Aufarbeitung polizeilichen Fehlverhaltens.

### Dafür steht DIE LINKE:

- » die Abschaffung des verfassungswidrigen Bayerischen Integrationsgesetzes.
- » Das verfassungswidrige Polizeiaufgabengesetz lehnen wir ab.
- » Wir wollen nicht mehr, sondern weniger Kameraüberwachung.
- » Die Verwendung biometrischer Daten zur automatischen Erfassung wollen wir verbieten.
- » Persönliche Daten dürfen nur in Ausnahmefälle bei der Polizei gespeichert werden.

- » Stille SMS, Funkzellenauswertungen und IMSI-Catcher wollen wir verbieten.
- » Allen Geheimdiensten und anderen Organen muss das Kaufen oder Verwenden von Sicherheitslücken verboten sein. Insbesondere die Nutzung des Staatstrojaners darf nicht erlaubt sein.
- » Geheimdienste wollen wir schrittweise abbauen. Wir stehen für mehr parlamentarische Kontrolle geheimdienstlichen Handelns und langfristig für die Abschaffung aller Geheimdienste.
- » Den Einsatz von „Predictive Policing“ wollen wir gesetzlich zu verbieten.
- » Wir fordern unabhängige Ermittlungen zu polizeilichem Fehlverhalten.
- » Bürgerrechtsorganisationen sollen in die Polizeiausbildung einbezogen werden.
- » Den Einsatz von „Agents Provocateurs“ sowie von V-Leuten wollen wir verbieten.
- » Diskriminierende polizeiliche Maßnahmen (z. B. „Racial Profiling“) müssen beendet werden.
- » Wir wollen eine individuelle Kennzeichnungspflicht für Polizeibeamtinnen und -beamten einführen.
- » Die Sicherheitswacht muss abgeschafft werden.

#### **4.4. Versammlungsfreiheit verteidigen**

Der Versuch, das bayerische Versammlungsgesetz massiv zu verschärfen, ist aufgrund breiten gesellschaftlichen Protests und einer Eilentscheidung des Bundesverfassungsgerichts vom 17. September 2009 gescheitert. Dennoch wurden mehrere Verschärfungen im Vergleich zum alten Versammlungsgesetz durchgeführt. Wir stehen für eine Liberalisierung des Versammlungsgesetzes, vor allem für soziales und antifaschistisches Engagement.

Wir wollen, dass die Bevölkerung ohne Angst vor Registrierung, Beobachtung und Videoaufzeichnungen durch den Staat ihr grundgesetzlich garantiertes Demonstrationsrecht wahrnehmen und an der politischen Willensbildung teilnehmen kann. Die Teilnahme an einer Demonstration darf kein Hinderungsgrund sein, in den öffentlichen Dienst aufgenommen zu werden. Dies ist vor den geschichtlichen Hintergründen unseres Landes wichtig.

Das berechtigte und notwendige Verbot neonazistischer Aufmärsche darf nicht gegen soziales und antifaschistisches Engagement ins Gegenteil verkehrt werden.

## DIE LINKE will:

- » die Regelung, dass bereits zwei Personen eine Versammlung darstellen können, zurücknehmen.
- » „Kleiderordnungen“ bei Versammlungen wollen wir verbieten.
- » Persönlich Daten der Ordnerinnen und Ordner müssen geschützt sein.
- » Die Anmeldung von Versammlungen wollen wir vereinfachen.
- » Wir wollen, dass die gerichtliche Überprüfung im Falle eines Verbots oder von Auflagen durch zu kurzfristige Bekanntmachung des Bescheids durch Behörde oder Polizei uneingeschränkt ermöglicht wird.
- » Polizeikessel und Bedrängung von Demonstrierenden wollen wir untersagen.
- » Antifaschistische Demonstrationen müssen vor neonazistischen Übergriffen und Provokationen geschützt werden.
- » Daten der Demonstrierenden dürfen nicht gespeichert werden.

## 4.5. Datenschutz ernst nehmen – Nein zum „gläsernen Menschen“

Grundlage des Datenschutzes ist das Recht auf informationelle Selbstbestimmung. Jeder Mensch muss selbst frei entscheiden können, was mit seinen personenbezogenen Daten geschieht. Angesichts der wachsenden Bedeutung von Informationstechnologien und elektronischer Datenverarbeitung gewinnt der Datenschutz immer mehr an Bedeutung. Die gegenwärtige Rechtslage setzt zwar der Datensammelwut Grenzen, aber längst nicht im notwendigen Umfang. Wie bereits in sehr vielen Kommunen in Bayern und anderen Bundesländern vorhanden, benötigen wir auch auf Landesebene die Möglichkeit für die Bürgerinnen und Bürger, sich über Behördenvorgänge zu informieren.

## DIE LINKE will:

- » Den Datenschutz in der Landesverfassung verankern.
- » Ein von der Regierung unabhängiges Landeszentrum für Datenschutz.
- » Das Datenschutzgesetz soll auf alle Bereiche der öffentlichen Verwaltung ausgedehnt werden.
- » Alle Bürgerinnen und Bürger sollen Anspruch auf kostenlose Auskunft, Korrektur und Löschung von Daten in zentralen Datenbanken haben.

- » Datenschutzbeauftragte und ihrer Arbeitsmöglichkeiten wollen wir personell und finanziell aufwerten.
- » Alle über den gesetzlichen Rahmen hinausgehenden, über ein Jahr alten Daten von Schülerinnen und Schülern sollen gelöscht werden.
- » Wir wollen ein Informationsfreiheitsgesetz auch in Bayern.
- » Ein Transparenzgesetz soll Behörden, Ämter und andere öffentliche Einrichtungen dazu verpflichten, möglichst alle nicht sensiblen Daten öffentlich zugänglich zu machen.
- » Anlasslose und unverhältnismäßige Sicherung personenbezogener Daten (Vorratsdatenspeicherung) wollen wir abschaffen.

## 4.6. Drogenpolitik – Hilfe statt Repression

Im Bereich der Drogenpolitik muss ein Umdenken erfolgen. Die Erfahrungen zeigen, dass Drogenkonsum durch Verbote nicht eingeschränkt werden kann. Kriminalisierung und Ausgrenzung tragen weder zur Sicherheit der Bevölkerung bei, noch sind sie eine Hilfe für die Abhängigen. Wir wollen keine Angst verbreiten, sondern über die Gefahren und Risiken des Drogenkonsums informieren. Frühestmögliche und umfassende Aufklärung ist das beste Mittel, um dem Missbrauch von Drogen und Medikamenten sinnvoll entgegenzutreten.

DIE LINKE steht für eine Drogenpolitik, die sich am aktuellen wissenschaftlichen Stand und am Wohl der Allgemeinheit orientiert. Wir wollen politische Maßnahmen, Angebote und Prävention, anstatt diese Problematik allein als polizeiliche Aufgabe zu betrachten.

DIE LINKE setzt auf eine akzeptierende Drogenpolitik, bei der nicht die Entwöhnung der Süchtigen im Vordergrund steht, sondern die Verbesserung ihrer Lebenssituation bei gleichzeitiger Akzeptanz des Drogenkonsums. Dieser Ansatz resultiert auch aus der Erfahrung des Misserfolgs von Zwangstherapien, dem Elend und der Kriminalisierungsspirale, in welchen viele Konsumenten von sogenannten „harten“ Drogen stecken: Beschaffungskriminalität, (Zwangs-)Prostitution, Gefängnis, Ansteckung mit Hepatitis, HIV und anderen schlimmen Erkrankungen und Todesfälle durch Streckmittel oder falsche Dosierung.

### **DIE LINKE. Bayern fordert:**

- » objektive Aufklärung im Rahmen des Schulunterrichts über mögliche Folgen des Drogen- und Medikamentenmissbrauchs.

- » Konsum, Besitz, Erwerb, Einfuhr und Anbau sollen entkriminalisiert werden; kontrollierter Handel mit Cannabis soll unter Berücksichtigung des Jugendschutzes zugelassen werden.
- » Wir wollen mehr Hilfe für Suchtkranke und deren Angehörige sowie psychosoziale Beratungs- und Betreuungsstellen und Streetworkerinnen und Streetworker.
- » Wir wollen Drogenkonsumräume zulassen und einrichten.
- » Für Schwer- und Suchtkranke soll die rezeptfreie Abgabe von Cannabismedikamenten vereinfacht werden.

## 4.7. Kampf gegen Faschismus

Antifaschismus ist eine Grundhaltung für DIE LINKE. Wir wollen ohne Nazis leben und bekämpfen Neofaschismus, Rechtspopulismus, Rassismus, Antisemitismus, Antiziganismus, Islamfeindlichkeit, Reichsbürgerideologien, Homophobie und andere Formen der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit gemeinsam mit anderen demokratischen Kräften. Allen Ungleichheitsideologien tritt DIE LINKE entschieden entgegen. Durch die Gleichsetzung von Antifaschismus mit Rechtsextremismus sollen antifaschistisch engagierte Organisationen politisch und gesellschaftlich ausgegrenzt und ihr finanzieller Handlungsspielraum massiv beschnitten werden. Antifaschistische Initiativen in Bayern leisten wertvolle Arbeit beim Kampf gegen rechte Ideologien und Einstellungen. Sie müssen öffentlich gefördert werden. DIE LINKE unterstützt antifaschistische Bündnisse und versteht sich als Bestandteil der antifaschistischen Bewegung. Wir protestieren gegen Naziaufmärsche und beteiligen uns an der Verhinderung solcher Aufmärsche, beispielsweise durch Blockaden. Eine demokratische und antifaschistische Erinnerungskultur ist notwendig für die Gestaltung von Gegenwart und Zukunft. Museen und Gedenkstätten bedürfen unserer besonderen Aufmerksamkeit. Auseinandersetzung mit dem deutschen Faschismus und Gedenken an die Millionen Opfer sind dabei zentrale Punkte.

DIE LINKE fordert die Abschaltung der Internetplattform „Bayern gegen Linksextremismus“. Die aus Steuermitteln finanzierte Plattform diffamiert offen DIE LINKE, Organisationen wie die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten (VVN-BdA) und regionale Aktionsbündnisse gegen rechtsradikale Aktivitäten.

Der Rechtsruck insbesondere der CSU, verbunden mit marktradikalen Positionen der anderen Parteien, hat zum Einzug einer neuen rechten Partei in den Bundestag geführt. Sie bietet keine Alternative, weder für die Wirtschafts-

und Finanzkrise, noch für die vielfältigen Probleme einer modernen und pluralen Gesellschaft. Stattdessen propagiert sie die Verschärfung von Austeritätspolitik, Neoliberalismus, Ausgrenzung sowie antiegalitäre und rückwärtsgewandte Vorstellungen der Gesellschaft. Sie ist frauenfeindlich, nicht mehr nur in Teilen rassistisch und unterstützt Angriffe auf die Pressefreiheit. Kurz: Sie ist mittlerweile eine rechtsextreme und zutiefst unsoziale Partei. Die politischen Forderungen und die Argumentation der AfD fördern Entsolidarisierung und die Spaltung der Gesellschaft. Soziale, rassistische, kulturelle und religiöse Ressentiments und Vorurteile werden von ihr bedient und gezielt mobilisiert, um Menschen in schwieriger sozialer Lage oder mit Lebensvorstellungen, die nicht denen der AfD entsprechen, zu stigmatisieren und auszugrenzen. In den Debatten um die gestiegene Zahl von Asylsuchenden und Geflüchteten in Deutschland und Europa setzt die AfD bis in die Spitze der Partei offen auf Hetze. Aus den Brandreden auf Plätzen und in den Parlamenten – gehalten von AfD, NPD oder Pegida – wurden zunehmend Brandsätze. Das Agieren der Partei verschärft und radikalisiert maßgeblich die öffentliche Debatte um Asyl, Einwanderung, Flüchtlings- und Innenpolitik.

DIE LINKE war und wird innerhalb und außerhalb des Parlaments auf der Seite derjenigen sein, die sich gegen Menschenhass und gegen die neue und alte Rechte aussprechen.

### DIE LINKE. Bayern will:

- » zivilgesellschaftliche Aktivitäten gegen Rechtsextremismus und Ausländerfeindlichkeit fördern und unterstützen.
- » Antifaschistische und antirassistische Projekte und Initiativen politisch und finanziell unterstützen.
- » Rassistische, antisemitische und neonazistische Straftaten müssen konsequent strafrechtlich verfolgt werden.
- » Alle V-Leute müssen aus NPD und anderen Parteien und Organisationen abgezogen werden.
- » Die NPD, III. Weg und weitere neonazistische Organisationen müssen verboten werden.
- » Wir wollen mehr Streetworkerinnen und Streetworker, die das Umfeld der Neonazis ausdünnen und den Zulauf junger Menschen in die Neonazi-Szene verhindern.
- » Erinnerungskultur an den Nationalsozialismus wollen wir durch Ausstellungen, Informationsveranstaltungen und Gedenkstätten fördern.

- » Die Überwachung antifaschistischer Strukturen durch den Verfassungsschutz muss beendet werden. Wir wollen den Abzug von V-Leuten und letztlich die Abschaffung des Verfassungsschutzes.
- » Wir fordern ein flächendeckendes Netz von Beratungsstellen für Opfer neofaschistischer Gewalt. Nach dem Vorbild von „Exit“ werden wir uns für Ausstiegsprogramme für Rechte in Bayern einsetzen.
- » Die bayerischen Nebenaußenpolitik und der Schulterchluss mit rechtsradikalen europäischen Regierungen wie der Regierung von Ungarn müssen beendet werden!
- » Wir wollen den 8. Mai – Tag der Befreiung – als gesetzlichen und arbeitsfreien Feiertag in Bayern.

## **4.8. Religionsfreiheit**

DIE LINKE bekennt sich zu einer Trennung von Staat und Religion. Die Religionsfreiheit muss dabei gewährleistet sein. Religionsfreiheit heißt, dass Menschen ihren Glauben im Rahmen des Grundgesetzes leben dürfen, ohne dadurch Nachteile zu haben. Religionsfreiheit heißt aber auch, dass Menschen konfessionslos oder Atheisten sein dürfen, ohne dadurch Nachteile zu haben.

## **4.9. Freiheit für Kunst und Kultur**

Für DIE LINKE steht der Mensch im Mittelpunkt der Politik. Damit ist DIE LINKE, ist die von uns vertretene Politik, selbst ein kulturelles Projekt.

Kulturelle Bildung und künstlerische Tätigkeiten sind kein Luxus oder gar nutzloser Zeitvertreib, sondern ein wesentlicher Bestandteil der Persönlichkeitsentwicklung und Grundbedürfnis aller Menschen. Alle sollen daran teilhaben können, nicht nur als Konsumentinnen und Konsumenten, sondern als selbst tätige, schöpferische Gestalterinnen und Gestalter.

Kunst ist ein Spiegel der Gesellschaft. In ihm erkennen wir Strömungen und Probleme der Gesellschaft als kreative Abbildung der Realität. Orte, an denen Kunst und Kultur stattfindet, sind außerdem Orte der Begegnung und des Dialogs unterschiedlicher Kulturen. Hier werden Verständnis und Toleranz für das Andere und für das Eigene gefördert. Kultursponsoring durch finanzkräftige Geldgeber birgt die Gefahr der Instrumentalisierung von Kunst und kann durch „Event“-Orientierung zu einer Verflachung führen. Öffentliche Mittel und öffentliche kreative Freiräume fördern die Vielfaltigkeit kultureller Äußerungsmöglichkeiten.

## DIE LINKE. Bayern steht für:

- » eine Kulturpolitik, die ein vielgestaltiges und ausgewogenes kulturelles Angebot schafft, das für die Allgemeinheit zugänglich bleibt.
- » die Verbesserung der Situation von Kunst und Kulturschaffenden. Dafür wollen wir Arbeitsplätze, Projekte und Regelungen schaffen, die Kunst und Kultur im Alltag der Gesellschaft verankern.
- » die Unterstützung der kulturellen Infrastruktur bayerischer Kommunen im ländlichen Bereich.
- » den bezahlbaren Besuch von Theatern, Museen und anderen Kunstinstituten, die Teilnahme an musischer Weiterbildung – z. B. an der Volkshochschule – für alle und den Ausbau kultureller und musischer Bildung in den Schulen gleichberechtigt zu anderen Fächern.
- » die Einführung eines Sozialtickets, das einen vergünstigten Eintritt bei Kultur, Bildung, Sport und Freizeit sichert und dadurch eine Teilhabe am sozialen und kulturellen Leben erleichtert. Dieser Bayernpass sollte Menschen angeboten werden, die Hartz IV, Sozialhilfe, Grundsicherung, Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz, Wohngeld und Opferrenten erhalten sowie Menschen mit geringen Einkommen und Bezieherinnen und Bezieher von Renten bis zur Pfändungsfreigrenze (zur Zeit 1.139,99 Euro). Der Eintritt in vom Bund geförderte Museen und Sammlungen muss perspektivisch kostenfrei sein.
- » eine Kulturpolitik, die darauf hinwirkt, ein vielgestaltiges und ausgewogenes kulturelles Angebot zu schaffen, das für die Allgemeinheit zugänglich bleibt.
- » eine Kulturpolitik, die kulturellen Genuss für alle gewährleistet statt sich auf spätfeudal-höfische „Residenzen“ zu konzentrieren, wie weitere Konzertsäle oder weitere Museen für die Metropole München.
- » die strikte Ablehnung des „Leitkultur“-Gedankens, der nichts anderes ist, als der Versuch, Kultur völkisch und nationalistisch zu vereinnahmen. Kultur ist vielfältig und bunt.
- » das Ziel, dass Kulturschaffende von ihrer Arbeit leben können und Kulturinteressierte unabhängig von ihrem Einkommen einen barrierefreien Zugang zu Kultur haben.

## 4.10. Breitensport fördern

Sport bringt Menschen zusammen und bietet Raum für gemeinsame Erfahrungen. Sportvereine sind auch Orte erfolgreicher Integration. Hier geht es auch um die Vermittlung von Werten wie Toleranz, Respekt und Fairness. Viele Sporthallen und Sportplätze sind sanierungsbedürftig, weil den Kommunen das notwendige Geld fehlt. Es ist Aufgabe des Landes, die Kommunen und die Sportvereine ausreichend finanziell zu unterstützen, damit die notwendigen Investitionen vorgenommen werden können. Die Sportstätten sollen zeitgemäß, barrierefrei und ökologisch sinnvoll saniert werden. Deshalb muss Sport eine kommunale Pflichtaufgabe werden. Wir fördern und unterstützen vor allem den Breitensport mit seiner positiven sozialen und gesundheitlichen Wirkung. Die Sportvereine müssen deshalb bei der Zusammenarbeit mit den Schulen stärker unterstützt werden.

### DIE LINKE will:

- » bessere Unterstützung der Sportvereine vor Ort, insbesondere bei der Zusammenarbeit mit den Schulen.
- » Unterstützung zum Ausbau von Integrationsprojekten in den Sportvereinen.
- » ein Sportstättensanierungsprogramm des Landes, eingeschlossen die Sanierung von Frei- und Hallenbädern, mit jährlich mindestens 60 Millionen Euro.

## 4.11. Medienvielfalt statt kommerzieller Verflachung

Medien filtern die Informationen für die Bevölkerung und prägen die Kultur. Wer Medien besitzt oder kontrolliert, kann gesellschaftliche Entwicklungen beeinflussen. Die einflussreichsten Medien in Bayern festigen oft die von der CSU geschaffenen herrschenden Verhältnisse und mythisieren einseitig ein Geschichtsbild, das in Deutschland seinesgleichen sucht. Die Versuche der CSU, auf die Berichterstattung verschiedener Presseorgane und des Bayerischen Rundfunks Einfluss zu nehmen, sind ein Skandal und verdeutlichen den politischen Handlungsbedarf.

In Presse, Fernsehen, Internet und Radio werden kommerzielle Interessen immer bestimmender. Konzentrationsprozesse und Renditedruck führen zur Verflachung der Berichterstattung. Der Einfluss von PR-Agenturen auf Redaktionen

hat beängstigend zugenommen. Die Arbeitsbedingungen für Journalistinnen und Journalisten haben sich stetig verschlechtert und fördern die Neigung zu einer freiwilligen Selbstzensur und zu mangelnder Recherche aus Zeitgründen. Dies alles geht zu Lasten verlässlicher Information und berührt die demokratische Substanz unserer Gesellschaft. Besonders beunruhigend ist, dass sich Finanzinvestoren, denen es vor allem um ihre Rendite geht, in immer größerem Ausmaß des Mediensektors bemächtigen. In einer solcherart deformierten Medienlandschaft wird der öffentlich-rechtliche Rundfunk seinem eigentlichen Auftrag immer weniger gerecht.

DIE LINKE verteidigt in Bayern die Pressefreiheit, unterstützt unabhängige Medienmacherinnen und Medienmacher und trägt selbst zur Herstellung von demokratischer Gegenöffentlichkeit bei. Die Pressefreiheit muss gegen kriminelle Angriffe verteidigt werden. Morde, Verhaftungen und Einschüchterungen von Journalisten verurteilen wir aufs Schärfste.

DIE LINKE setzt sich für Medienvielfalt ein, die eine unabhängige Information der Bevölkerung im Sinne gesellschaftlicher und individueller Emanzipation ermöglicht. Sie setzt sich für Redaktionsstatuten ein, die den Redaktionen unabhängigeres Arbeiten garantieren. Dies könnte im Landtag durch ein Landespressegesetz verbindlich festgelegt werden.

Mit der Verbreitung des digitalen Netzes entstehen spezifische soziale und räumliche Mechanismen der Ausgrenzung, denn in Bayern ist der Zugang zu digitalen Informations- und Kommunikationstechnologien nach Einkommen und Region ungleich verteilt. Dies spaltet die Gesellschaft und steht im Widerspruch zu demokratischen Grundideen.

### DIE LINKE steht für:

- » die Stärkung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks und die Unabhängigkeit des Bayerischen Rundfunks bei der Programmgestaltung. Dafür sind die Aufsichtsgremien des Senders entsprechend den vielfältigen Interessen der Gesellschaft zu besetzen und die Regeln gemäß Landesmediengesetz (Art. 4) im Sinne der Ausgewogenheit des Gesamtangebots und der Meinungsvielfalt einzuhalten.
- » den Stopp weiterer Kommerzialisierung des öffentlich-rechtlichen Programmangebots.
- » die Rücknahme der überhöhten Förderung privater Fernsehsender aus dem bayerischen Staatshaushalt.

- » die schnelle Beendigung der Depublizierungspflicht der Öffentlich-Rechtlichen.
- » die Schaffung einer gemeinsamen Archivinfrastruktur von öffentlich-rechtlich produzierten Inhalten, um bessere Zugänglichkeit und Weiterverwertbarkeit des Materials zu garantieren.
- » die Verwendung von Freie-Kultur-Lizenzen (Creative Commons) oder vollständige Gemeinfreiheit (Public Domain) für öffentlich-rechtlich produzierte Inhalte.
- » das Verbot von Netzfiltern, Uploadfiltern und der Vorratsdatenspeicherung sowie eine klare Absage zum Leistungsschutzrecht und dem Netzwerkdurchsetzungsgesetz.
- » eine Förderung der Community-Medien und die Anerkennung ihrer wichtigen Rolle für die Medienlandschaft in Bayern. Die Förderung und Entwicklung nichtkommerzieller lokaler und regionaler Medien ist für eine gute und ausgewogenere Berichterstattung in Bayern unentbehrlich. Demgegenüber waren die Kürzungen der letzten Jahre vollkommen falsch.

## 4.12. Linke Politik – von und für Frauen

*Frauen und Männer sind gleichberechtigt. Der Staat fördert die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern und wirkt auf die Beseitigung bestehender Nachteile hin. (Art. 118 (2), Verfassung des Freistaats Bayern)*

Jahrzehnte konservativer Politik in Bayern haben das Bild der bayerischen Familie geprägt: Der Mann ist als Ernährer das Familienoberhaupt. Die Frau – wenn überhaupt – verdient ein wenig zum Familieneinkommen dazu, sozusagen um ihr Haushaltsgeld aufzubessern. Dabei ist die Gleichberechtigung zwischen den Geschlechtern verfassungsrechtlich garantiert. Wie so oft bleibt die Wirklichkeit weit hinter dem Grundgesetz zurück. Zwar wurde in den vergangenen Jahrzehnten auch in Bayern so mancher Fortschritt erkämpft und die tradierte Trennung zwischen Mann und Frau zurückgedrängt, doch von einer tatsächlichen Gleichstellung der Geschlechter sind wir weit entfernt. Geschlechtergerechtigkeit heißt für DIE LINKE Emanzipation der ganzen Gesellschaft. Dabei kämpft DIE LINKE für eine Gesellschaft ohne Existenzangst und ohne Diskriminierung. DIE LINKE fordert die Aufnahme des Internationalen Frauentags am 8. März in das bayerische Gesetz über den Schutz der Sonn- und Feiertage als gesetzlichen Feiertag für die Frauenbewegung und als besondere Würdigung der Frauenrechte.

Gleichstellung von Frauen und Männer erfordert eine zentrale Verankerung auf Landes- und Bundesebene. Dafür setzt sich DIE LINKE auf allen Ebenen ein. Die Strategie des Gender-Mainstreaming ist es, unterschiedliche Lebens- und Interessenschwerpunkte zu bündeln und bei allen gesellschaftlichen Entscheidungen zu berücksichtigen. Dabei handelt es sich nicht ausschließlich um gezielte Frauenförderung, sondern um den Ausgleich zwischen Männer und Frauen als Querschnittsaufgabe, die in alle Politikbereiche zwingend einfließen muss. Das statistische Landesamt muss künftig alle Statistiken geschlechtergerecht erheben und veröffentlichen. Nur so lässt sich die Gleichberechtigung zwischen Frauen und Männern, auch die zwischen Mädchen und Jungen, verwirklichen und organisieren. DIE LINKE setzt sich weiterhin für Gleichstellungsbeauftragte in allen Kommunen und gesellschaftlichen Lebensbereichen ein. Insbesondere in den Gebieten auf dem Land muss diese Struktur weiter ausgebaut und gezielte Frauenförderung betrieben werden.

Eine gleichberechtigte gesellschaftliche Teilhabe von Jungen und Mädchen, von Frauen und Männern, ist der Schlüssel zu Lebenszufriedenheit und Lebensqualität der Menschen in unserem Freistaat.

Heute sind mehr Frauen erwerbstätig als je zuvor: In Bayern sind 73,8 Prozent der Frauen berufstätig. Jedoch verdienen Frauen nach wie vor weniger als Männer: Während in Europa Frauen 16 Prozent weniger verdienen als ihre männlichen Kollegen, liegt der Einkommensunterschied in Deutschland bei 21 Prozent. In Bayern ist der Unterschied zwischen Männern und Frauen noch gravierender: Bayerische Frauen verdienen im Schnitt 24 Prozent weniger als ihre männlichen Kollegen. Wir brauchen ein verbindliches Entgeltgleichheitsgesetz samt Verbandsklagerecht, damit Frauen nicht mehr allein vor Gericht ziehen müssen. Es geht uns nicht darum, dass Männer weniger verdienen und sich wie Frauen im Hamsterrad bis zum Zusammenbruch abstrampeln, sondern wir wollen eine Gesellschaft, in der Frauen ihre Arbeit gut und gerne erledigen können und in der sie mit den Männern gemeinsam für ein besseres Leben kämpfen.

Frauen übernehmen immer noch zu großen Teilen die Sorge- und Pflegearbeit in den Familien. Die typischen „Frauenberufe“ im Care-Sektor, also die Pflege- und Erziehungsberufe, sind in der Regel deutlich schlechter bezahlt, während die Führungsetagen der Firmen und des öffentlichen Dienstes immer noch deutlich öfter von Männern besetzt sind. Die Sorge um sich und andere bildet für DIE LINKE das Zentrum einer solidarischen Gesellschaft. Wer sich professionell um andere sorgt, sei es um Kinder, Kranke oder Alte, verdient einerseits ein hohes Maß an gesellschaftlicher Anerkennung, aber auch eine gerechte Entlohnung. Die

systematische Unterbewertung von Sorgearbeit ist nicht hinnehmbar! Auch eine finanzielle Aufwertung der Arbeit im Pflegebereich ist dringend nötig und kann auf Landesebene durch eine bessere finanzielle Ausstattung der Kommunen unmittelbar beeinflusst werden. So könnte das Bundesland Bayern durch eine höhere Eingruppierung von Beschäftigten Vorbild für die Aufwertung der Pflege- und Sorgeberufe sein.

Nach wie vor stoßen Frauen im Berufsleben gegen die sogenannte „gläserne Decke“ und können diese nicht durchbrechen. Vorherrschende Geschlechterbilder prägen noch immer unseren Alltag. In vielen Köpfen schließen sich Frausein und berufliche Karriere nach wie vor aus. Sexistische Klischees, Chancenungleichheit und Kindererziehung, die meistens Frauen übernehmen müssen, stehen Frauen bei ihrer beruflichen Entwicklung im Weg. Durch flexible Arbeitsmodelle und Jobsharing wäre jedoch selbst Führungsverantwortung in Teilzeit auch mit Kindern möglich.

Seit 1. Mai 2015 ist das Gesetz für die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern an Führungspositionen (FüPoG) in Kraft. Es sieht eine feste Quote von mindestens 30 Prozent für das unterrepräsentierte Geschlecht bei börsennotierten Unternehmen vor. Dies ist jedoch nur ein Grundstein. In Bayern liegt der Frauenanteil deutlich darunter. Wir sehen also Handlungs- und Verbesserungsbedarf. Diesem Anspruch will sich DIE LINKE stellen und fordert daher eine paritätische Besetzung im öffentlichen Dienst und in der Privatwirtschaft, mit einer strikten Kontrolle, ohne Ausnahmen. Dafür soll ein Paritätsgesetz geschaffen werden, welches die verbindliche Gleichstellung von Frauen und Männern im Erwerbsleben fordert. Bis dahin setzt sich DIE LINKE für eine Frauenquote von 50 Prozent in allen Entscheidungspositionen im Einflussbereich des Freistaats, in den landeseigenen Unternehmen, der Wissenschaft, Politik und Verwaltung in Bayern ein.

DIE LINKE setzt sich für die Abkehr von tradierten gesellschaftlichen Rollenbildern ein. Dazu gehört das Aufbrechen der geschlechtsspezifischen Berufswahl genauso wie die Möglichkeit zur Teilzeit und Sorgearbeit auch für Männer. Erwerbstätigen Eltern soll, genauso wie pflegenden (Familien-)Angehörigen, ihr Engagement ermöglicht werden. Sorgearbeit ist in der modernen Zeit längst zu einem gesamtgesellschaftlichen Thema geworden. Die Anerkennung von Eltern-, Erziehungs- oder Pflegezeiten muss für die Arbeitgeber ohne Benachteiligung für Männer und Frauen gleichermaßen verpflichtend sein. Dazu brauchen wir neue Arbeitszeitmodelle für alle! Momentan bestimmt allein die Erwerbsarbeit unseren Tag und nicht unsere Bedürfnisse. Dagegen kämpft DIE LINKE. Für uns geht

es nicht ausschließlich darum, dass Familie und Beruf besser zu vereinbaren ist, sondern um einen Bewusstseinswandel der Gesellschaft. Eine solidarische Gesellschaft muss verschiedene Lebensentwürfe absichern und Selbstbestimmung ermöglichen: Es braucht neue Arbeitszeitmodelle für eine moderne Gesellschaft und eine neue Definition des Normalarbeitsverhältnisses, sodass neben der Erwerbsarbeit auch ausreichend Zeit für Familie und Freundschaften, für gesellschaftliches Engagement, für Bildung und Kultur sowie für Erholung und persönliche Entfaltung ist. Während die einen Überstunden machen, finden die anderen gar keine Arbeit. Bundesweit setzt sich DIE LINKE für eine Arbeitszeitverkürzung ein, die um 30 Wochenstunden oder einen Sechs-Stunden-Tag kreist, bei vollem Lohn- und notwendigem Personalausgleich.

Neben der flächendeckenden Versorgung mit Kinderbetreuung soll dies auch durch die Flexibilisierung der Arbeitszeit, beispielsweise Gleitzeit und Arbeitszeitkonten, sowie durch das Recht, von Zuhause aus zu arbeiten (Home-Office), ermöglicht werden. Im Krankheitsfall des Kindes müssen die Eltern auch über das 12. Lebensjahr des Kindes hinaus zur Pflege des Kindes von der Arbeitsleistung freigestellt werden. Bei Teilzeitbeschäftigung muss das Recht auf Rückkehr zur Vollzeitbeschäftigung, insbesondere auch nach Sorge- und Pflegezeiten, durchgesetzt werden. Nur so enden Erziehungs- und Pflegezeiten nicht in der Sackgasse.

Seit 1. August 2013 besteht der Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz für Kinder ab dem vollendeten ersten Lebensjahr. Dennoch fehlen nach wie vor allorts Betreuungsplätze für Kinder. Auch für Frauen, die nach der Geburt ihres Kindes bald wieder in den Beruf einsteigen wollen, müssen flexible und auf ihren Bedarf angepasste Betreuungsmöglichkeiten flächendeckend und kostenfrei zur Verfügung gestellt werden. Insbesondere die Betreuung von unter Dreijährigen ist in Bayern bisher nicht gesichert, diese Aufgabe kann nicht länger aufgeschoben werden und muss sofort angepackt werden. Die Kindergärten und -tagesstätten müssen kostenlos, ortsnahe und mit flexiblen Zeiten zur Verfügung gestellt werden.

Noch immer ist die Trennung in geschlechtstypische Berufsfelder offensichtlich. Durch den Ausbau von Unterstützungsangeboten für Mädchen und Frauen, die sich für typische „Männerberufe“ qualifizieren wollen, könnte dieses stereotype Rollenverständnis zurückgedrängt werden. Auch Männer, die in sogenannten „Frauenberufen“ tätig sein wollen, müssen Unterstützung finden. Die Beratungsstellen zur Berufswahlorientierung für Mädchen und Jungen müssen flächendeckend im gesamten Freistaat Bayern eingerichtet werden.

Frauen, die sich nach Erziehungs- und Pflegezeiten beruflich neu aufstellen wollen, sollen mithilfe von Beratungs- und Qualifikationsangeboten befähigt werden, wieder in die Erwerbsarbeitswelt zurückzukehren. Dies soll durch die Finanzierung von beruflichen Wiedereinstiegsprogrammen oder Zweitstudiengängen geschehen, aber auch durch den Ausbau der beruflichen Beratung vorangetrieben werden. Weiterhin sollen spezielle Förderprogramme für Frauen mit Flucht- oder Migrationshintergrund eingerichtet werden.

Noch immer sind die Tätigkeiten zwischen den Geschlechtern ungerecht verteilt: Insbesondere Frauen mit familiären Verpflichtungen, sei es durch Kinderbetreuung oder Pflege von Angehörigen, haben oftmals Brüche in ihrer Erwerbsbiographie und häufig bleibt nur Hartz IV als Ausweg. Ein Rechtsanspruch von Beschäftigten auf reguläre und durch den Arbeitgeber bezahlte Freistellung von bis zu sechs Wochen für die akut notwendige Pflegeversorgung für Angehörige in Notfällen muss durchgesetzt werden. Bayern könnte durch einen Vorstoß auf diesem Gebiet im eigenen Einflussbereich, nämlich in den landeseigenen Unternehmen, der Wissenschaft, Politik und Verwaltung zum Vorreiter werden und der freien Wirtschaft als Vorbild dienen.

Insbesondere der Niedriglohnsektor wächst, und viele Frauen arbeiten in prekären Arbeitsverhältnissen. Sie rackern sich für einen Minilohn ab, ohne mit dem Geld tatsächlich über die Runden zu kommen. Verkäuferinnen, Friseurinnen, Gebäudereinigerinnen verdienen „zum Sterben zu viel, aber Leben so wenig“. Insbesondere Frauen, die neben familiären Verpflichtungen zum Haushalt zuverdienen, werden zwischen Sorgeverpflichtung und eigener Erwerbsarbeit zerrieben, besonders häufig werden Alleinerziehende in Teilzeit gezwungen. Das führt dazu, dass vor allem Frauen von Altersarmut betroffen sind. Frauen sollten bei der Wahl ihrer Steuerklasse besser über die Risiken und Folgen aufgeklärt werden. Ziel in Bayern muss es sein, die Praxis der prekären Beschäftigung, insbesondere im eigenen Einflussbereich, sofort abzuschaffen und nach und nach auch in der freien Wirtschaft zurückzudrängen. Es sollten spezifische Qualifizierungs- und Bildungsangebote für Frauen in ihren speziellen Lebensphasen geschaffen werden.

Politische, gesellschaftliche und soziale Rahmenbedingungen müssen so ausgestaltet werden, dass Frauen frei und selbst entscheiden können, ob sie Kinder bekommen wollen oder nicht. Dazu gehört für DIE LINKE einerseits Übernahme von Kosten für Verhütung (auch Pille danach) und andererseits der vereinfachte Zugang zur Schwangerenkonfliktberatung. Insbesondere nach dem Urteil gegen eine Ärztin aus Gießen, welche auf die Möglichkeit hinwies, in ihrer Praxis Schwangerschaftsabbrüche vorzunehmen, müssen die Beratungsstellen

finanziell besser ausgestattet werden. Nur so können diese Stellen größere Bekanntheit erlangen und weiter in den Mittelpunkt der Gesellschaft rücken, um dort Aufklärungsarbeit zu leisten. DIE LINKE folgt der Aussage „Mein Körper, meine Entscheidung“ und steht solidarisch an der Seite der Proteste gegen die rechte Hetze durch selbsternannte „Lebensschützer“ und „Lebensschützerinnen“ bzw. Abtreibungsgegnerinnen und -gegner. DIE LINKE wird sich auch in Zukunft allen rückwärtsgewandten Ideologien entgegenstellen und für das Selbstbestimmungsrecht über den eigenen Körper eintreten.

Auch die Entscheidung, wo und wie eine Frau ihr Baby zur Welt bringt, darf nicht nach Kostenlage fallen: Unzählige Krankenhäuser haben ihre Geburtsabteilung geschlossen, Hebammen haben wegen zu hoher Versicherungskosten ihre Praxen aufgegeben und auch die Zahl der Fachärzte, somit auch der Gynäkologinnen und Gynäkologen, ist in den Ballungsräumen zu gering. Dieser Entwicklung will DIE LINKE entschieden entgegengetreten! Frauengesundheit, aber auch sexualwissenschaftliche und gendersensible Aufklärung dürfen in Forschung, Lehre und Versorgung in moderner Zeit nicht mehr als Luxus- oder Randthema angesehen werden, sondern als gesellschaftliche Notwendigkeit.

Frauenhygieneprodukte müssen von öffentlichen Gesundheitsstellen kostenfrei zur Verfügung gestellt werden.

Noch längst ist der Kampf gegen den alltäglichen Sexismus nicht gewonnen und Frauen sind damit jeden Tag konfrontiert: zu Hause, am Arbeitsplatz und in der Öffentlichkeit. Dabei begegnen den Frauen die Übergriffe auf vielfältige Art und Weise: durch geschlechtsspezifische Diskriminierung, sexistische Darstellungen und Erwartungshaltungen, weiblichen Zuschreibungen oder genormte und tradierte Geschlechterbilder in der Gesellschaft.

Das Bild unserer Gesellschaft ist noch heute geprägt von einem veralteten Bild der heteronormativen Kleinfamilie: in der Bildung, in der Werbung, im Berufsalltag und im öffentlichen Raum.

DIE LINKE will der Starrheit dieses Rollenbilds entgegengetreten und kämpft an der Seite aller Menschen mit Trans- bzw. Interhintergrund und gegen jede Diskriminierung von lesbischen, schwulen, bisexuellen, transsexuellen, intersexuellen, queeren und asexuellen Menschen (LGBTIQ\*). Dazu ist es wichtig, insbesondere im bayerischen Schulwesen die Lehr- und Lernmaterialien entsprechend aufzubereiten und der gesellschaftlichen Wirklichkeit anzupassen, die längst mehr kennt als nur Vater-Mutter-Kind. Die alten Rollenbilder in Bildung und Erziehung sind nicht mehr zeitgemäß und müssen endlich überwunden werden. Dazu müssen Lehr- und Erziehungskräfte entsprechend geschult und ausgebildet werden.

Ein weiterer Schritt muss durch das Zurückdrängen von sexistischer Werbung und Darstellung im öffentlichen Raum geschehen! Bilder und Sprüche, die Frauen herabwürdigen, Gewalt an Frauen verharmlosen und Frauen ohne jeglichen Kontext zum beworbenen Produkt sexualisiert darstellen, haben keinen Platz in unserer Gesellschaft.

Fast jede vierte Frau wird im Laufe ihres Lebens Opfer von sexualisierter, zumeist in Form von häuslicher Gewalt. Frauen erleben Sexismus im Privaten, am Arbeitsplatz und in der Öffentlichkeit. Sexuelle Belästigung und sexualisierte Gewalt gelten immer noch als gesellschaftliche Tabuthemen. Die Gesellschaft sieht weg, Betroffene werden stigmatisiert und suchen noch immer die Schuld bei sich selbst. Dagegen tritt DIE LINKE entschieden ein! Um das System hinter der Gewalt gegen Frauen sichtbar zu machen, soll die bayerische Kriminalstatistik um das Kriterium „Geschlecht“ erweitert werden. Straftaten, die aufgrund von Hass gegen die sexuelle Orientierung, die Hautfarbe oder die Religion des Opfers begangen werden, werden bereits in der Statistik gesondert aufgeführt. Gewalt gegen Frauen, die frauenfeindlich motiviert ist, wird jedoch nicht erhoben und dadurch nicht als gesellschaftliches Problem sichtbar gemacht. Dies will DIE LINKE ändern.

Um Mädchen, Jungen und Frauen vor Übergriffen zu schützen, hilft nicht allein die Sicherheitsverwahrung der Täter, sondern nur eine ernsthafte, gesellschaftliche Auseinandersetzung mit dem Thema Gewalt, mit männlicher Gewaltbereitschaft als Teil des tradierten Rollenverständnisses und mit sexualisierter Gewalt als Form der Machtausübung.

Viele Frauen und Mädchen erleben den Zwang von patriarchaler Gesellschaft und Familienstruktur am eigenen Leib: Die Übergriffe gehen von der ekelhaften Anmache durch verbale Äußerungen bis hin zu sexualisierten Übergriffen und Vergewaltigungen. Den Opfern sexualisierter Gewalt müssen wir Schutz bieten, ein selbstbestimmtes Leben und eine eigene Existenzsicherung gewährleisten. Dazu gehört für DIE LINKE die Verbesserung der Hilfsangebote für Opfer sexueller Gewalt. Es muss landesweit eine Infrastruktur erstellt werden, die Opfern sexueller Gewalt 24 Stunden am Tag zur Seite steht und auch anonym Betreuung und Hilfe bietet. Eine anonyme Spurensicherung und Anzeigemöglichkeit soll für die Betroffenen eingerichtet werden. So wird die medizinische Erstversorgung und der Schutz der Psyche der betroffenen Personen gewährleistet. Belastende Doppeluntersuchungen sollen durch den unkomplizierten Austausch von Befunden und Beweismaterial vermieden werden. Den Opfern sexualisierter Gewalt muss ein Recht auf eine kostenfreie psychosoziale Prozessbegleitung bei Gericht eingeräumt werden.

Oftmals leben Opfer sexueller Gewalt mit ihren Peinigern in Wohngemeinschaft, weshalb auch aus diesem Grund der soziale Wohnungsbau beschleunigt werden muss, um Frauen mit Gewalterfahrung schnell und unkompliziert ein Leben auch jenseits von Frauenhäusern zu ermöglichen. Kurse in Selbstbehauptung und -verteidigung müssen kostenfrei für alle Frauen und Mädchen zur Verfügung gestellt werden. Bereits in der Schule muss der Fokus auf antisexistische Erziehung und gewaltfreie Kommunikation gelegt werden. Für Mädchen sollen pädagogische Angebote geschaffen werden, die sie selbstbewusst und selbstständig machen und die junge Frauen dazu befähigen, sexistischen Rollenklischees und Sexismen jeder Art entgegen zu treten. Für Jungen wollen wir pädagogische Angebote schaffen, um auch ihnen zu zeigen, was Sexismus bedeutet. Da sexualisierte Gewalt leider nach wie vor für viele Frauen und Mädchen eine alltägliche Bedrohung ist, wollen wir Jungen und Mädchen auch für diesen Themenbereich sensibilisieren.

Auch den Sexarbeiterinnen, die nicht länger als solche tätig sein wollen, müssen Ausstiegsberatungen und langfristige Hilfsangebote an die Hand gegeben werden. Zwangsprostitution und Menschenhandel muss konsequent verfolgt werden.

In Bayern gibt es nur 28 staatlich geförderte Schutzräume für Gewaltopfer („Frauenhäuser“) mit einer Gesamtkapazität von 340 Plätzen. Im Jahr 2014 mussten 2 845 Frauen aus Kapazitätsgründen abgewiesen werden und nur rund 1 500 kamen in den Frauenhäusern unter. Es braucht also einen dringenden Ausbau von Frauenhäusern, das Angebot einer nachfolgenden Unterstützung von Personen, die von Gewalt betroffen waren (Nachbetreuung und Traumatherapie) und die Sicherstellung einer zeitnahen persönlichen Beratung durch Notruf und Beratungsstellen, insbesondere im ländlichen Raum, ist zwingend erforderlich. DIE LINKE fordert einen landesweiten bedarfsgerechten Ausbau von Frauenhäusern um mindestens 190 Prozent. Es darf keine schutzsuchende Frau mehr abgewiesen werden. Flankierend dazu soll der Freistaat im Einvernehmen mit den kommunalen Spitzenverbänden und den Trägern der Frauenhäuser ein Programm für den gezielten Ausbau des Angebots an ambulant betreuten Übergangswohnungen und Wohnprojekten für gewaltbetroffene Menschen erarbeiten.

Auch für Menschen mit Behinderungen, Kinder, Frauen mit Flucht- oder Migrationshintergrund und für Opfer von Gewalt gegen Angehörige sexueller Minderheiten sollen diese Notruf- und Beratungsangebote sowie die Schutzräume gleichermaßen kosten- und barrierefrei zugänglich sein.

In Bayern ist noch viel zu tun, was die Frauen- und Gleichstellungspolitik betrifft. Um dieser Arbeit gerecht zu werden, braucht es personelle, aber auch

finanzielle Ressourcen. Selbstverwaltete Frauenprojekte leisten insbesondere in Form autonomer Frauenhäuser einen wichtigen sozialen Beitrag, sie sind aber auch durch die vielseitigen Angebote an Frauen als Orte der Selbstorganisation und aufgrund ihrer langjährigen Tätigkeiten und Infrastrukturen für Frauen unverzichtbar. DIE LINKE fordert die unverzügliche finanzielle Sicherung dieser selbstverwalteten Frauenhäuser und anderer Frauenprojekte. Sie müssen weiterhin ein funktionierendes Netz von Hilfe- und Schutzleistungen bieten, denn nur so kann eine unbürokratische, ortsungebundene und zuzahlungsfreie Aufnahme von Frauen und Kindern in Not erfolgen. Für obdachlose oder drogenabhängige Frauen und Mädchen müssen unverzüglich geeignete Unterkünfte als Schutzräume zur Verfügung gestellt werden, da insbesondere diese Gruppen von Frauen häufig sexualisierter Gewalt ausgesetzt sind.

Von rechts wird das Bild der heteronormativen Kleinfamilie propagiert und neue Rechte machen Stimmung gegen Menschen, die anders leben wollen. Sie hetzen gegen Menschen, die für Emanzipation kämpfen, denn tatsächliche Gleichstellung passt nicht in das reaktionäre Weltbild. Feministische Kritik wird schnell für rassistische Propaganda instrumentalisiert und zum Gegenteil verkehrt. Dabei beinhaltet Feminismus seit Anbeginn die Forderung nach Freiheit und Gleichberechtigung für alle Menschen. Für uns ist Vielfalt kein Lippenbekenntnis, sondern eine Selbstverständlichkeit. DIE LINKE tritt für eine solidarische und freiheitliche Gesellschaftsordnung ein, in der alle Menschen selbstbestimmt und frei leben können, ohne Existenzangst und Angst vor Diskriminierung. Dabei streitet der linke Feminismus für die Gleichwertigkeit aller Lebensentwürfe, aller sexuellen Orientierungen und aller geschlechtlichen und ethnischen Identitäten! Für DIE LINKE geht es um soziale Gerechtigkeit, Solidarität und Emanzipation der gesamten Gesellschaft! Die Anerkennung aller Familienformen und Lebensentwürfe ist für uns leitendes Prinzip.

Insbesondere Migrantinnen und ihre Kinder werden durch Rassismus mehrfach diskriminiert und ausgebeutet. Oft flüchten Frauen vor Zwangsheirat oder Genitalverstümmelung aus ihrer Heimat, werden auf den Fluchtrouten zur Prostitution gezwungen oder vergewaltigt und kommen letztlich traumatisiert bei uns an. In den Aufnahmeeinrichtungen für Geflüchtete besteht wiederum eine besondere Gefährdungslage für Frauen, Opfer sexualisierter Gewalt zu werden. Diesen Frauen – ebenso wie anderen verletzlichen Gruppen wie z. B. geflüchteten LGBTIQ\* – müssen unverzüglich eigene Schutzräume in den Aufnahmeeinrichtungen zur Verfügung gestellt werden und eine frühe dezentrale Unterbringung muss unser Ziel sein. Auch benötigen diese Frauen für ihre spezifischen Probleme weib-

liche Ansprechpartner in ihrer Muttersprache. Diese Ansprechpartnerinnen sollen die Frauen auch bei Arzt- oder Behördenbesuchen begleiten oder beim Ausfüllen von Formularen helfen. Die Anzahl der Integrations-, Sprach- und Alphabetisierungskurse für Frauen muss unverzüglich erhöht werden und für alle geflohenen Frauen unabhängig von Fluchtstatus und Herkunftsland zugänglich sein.

Migrantinnen müssen Zugang zu allen gesellschaftlichen Positionen haben, ohne dass ihnen Lebensformen aufgedrängt werden! Sowohl das Verbot von Kopftüchern als auch den Zwang dazu versteht DIE LINKE als Einschränkung der freien Entfaltung von Frauen. Es gilt, allen Menschen die persönliche Entscheidung darüber zu lassen, auch in Bayern!

Inbesondere das bisher vom Ehemann abhängige Aufenthaltsrecht muss aufgehoben und in ein eigenständiges Aufenthaltsrecht umgewandelt werden.

### DIE LINKE fordert:

- » Gleichstellung als Etappenziel und Frauentag als gesetzlicher Feiertag!
- » Gleichstellung als Querschnittsaufgabe aller Politikbereiche.
- » gleichen Lohn für gleiche und gleichwertige Arbeit!
- » eine bessere Entlohnung der Beschäftigten in den Sorgeberufen!
- » die paritätische Besetzung aller Stellen.
- » eine geschlechtergerechte Arbeitswelt für Frauen und Männer!
- » ausreichende Kindergärten- und Kitaplätze statt Herdprämien!
- » den Ausbau der Maßnahmen zur beruflichen Förderung von Frauen.
- » den aktiven Kampf gegen Niedriglöhne und damit Altersarmut von Frauen!
- » eine echte Wahlmöglichkeit in Fragen der Familienplanung und die Übernahme von Kosten für Frauengesundheit.
- » eine Zurückdrängung der tradierten Rollenbilder und mehr Freiraum für individuelle Entfaltung.
- » das Ende der Tabuisierung sexualisierte Gewalt jeder Art.
- » Hilfe für alle Betroffenen sexualisierter Gewalt.
- » mehr Schutzräume und Notruf- und Beratungsangebote für Opfer sexualisierter Gewalt!
- » gewachsene Frauenstrukturen zu finanzieren, zu sichern und auszubauen.
- » einen linken Feminismus, der sich auch immer gegen Rechts richtet!
- » den Schutz für Frauen mit Flucht- oder Migrationshintergrund.
- » die Abschaffung der §§ 218 und 219a StGB.

## 4.13. Gleichberechtigung für alle Lebensweisen!

Sexuelle und geschlechtliche Vielfalt ist gesellschaftliche Realität. Die gesetzliche Realität muss der gesellschaftlichen Realität angepasst werden. Wir unterstützen alle Schritte, die dabei helfen, mit der staatlichen und gesellschaftlichen Heteronormativität, Cis-Normativität (d. h. die unterdrückende Ausrichtung einer Gesellschaft nur auf Menschen, bei denen das äußere Geschlecht mit dem inneren übereinstimmt) und der Zweigeschlechtlichkeit als Norm zu brechen. Auch sind unterschiedliche Formen des Zusammenlebens anzuerkennen. Dies kann eine mehr als zwei Personen umfassende Beziehung meinen. Diesen Menschen ist ein umfangreiches Besuchsrecht im Krankheitsfall, Adoptionsrecht und Aussageverweigerungsrecht einzuräumen. Gleichzeitig werden besondere Zuwendungen fällig, wenn ein Angehöriger (nach dem Wahlverwandtschaftsrecht) gepflegt werden muss oder sich Kinder in einer Wahlverwandtschaft befinden. Lebensweisen in allen Formen verdienen Akzeptanz und gesellschaftliche Gleichstellung.

Queere Menschen sind überproportional von Übergriffen und Gewalttaten betroffen. Dies betrifft sowohl das private bzw. familiäre Umfeld als auch den öffentlichen Raum. Homo- und transfeindliche Übergriffe nehmen seit dem Aufschwung von rechtspopulistischen und anderen radikalen Gruppen sogar zu. DIE LINKE setzt sich für die umfassende Unterstützung von Präventionsprojekten und Organisationen ein, die sich mit der Hilfe für Gewaltopfer beschäftigen.

Die Ordnung der Zweigeschlechtlichkeit grenzt aus. Eine geschlechtergerechte Politik muss darauf hinwirken, dass Frauen, Männer, Menschen mit Transhintergrund und Menschen mit Interhintergrund gleich zu behandeln und rechtlich gleichzustellen sind, ohne dass ein Geschlecht oder eine Lebensweise als Norm gesetzt wird. Geschlechtergerechtigkeit muss schon im Kindesalter gefördert und dabei Raum für persönliche Entfaltung und geschlechtliche Vielfalt gesichert werden. Wir wollen mit Angeboten und Maßnahmen einen Wandel im gesellschaftlichen Bewusstsein anstoßen. In den Lehrplänen der Bildungseinrichtungen muss sich die real existierende Vielfalt an Lebensentwürfen und Identitäten ganzheitlich abbilden, statt Klischees und alte Rollenmuster zu bedienen.

DIE LINKE setzt sich für die Förderung des Dialogs mit dem Ziel der Verständigung und der Bekämpfung von Vorurteilen ein. Dies betrifft auch den Diskurs mit christlichen Kirchen, jüdischen Gemeinden und nicht-jüdisch-christlichen Glaubensgemeinschaften. Insbesondere von einem Dialog mit den vielfältigen muslimischen Gemeinschaften erhoffen wir uns emanzipatorische Fortschritte auf beiden Seiten sowie ein konfliktärmeres Zusammenleben.

Dieser Dialog ist auch deshalb dringend notwendig, weil rechte Gruppen und Parteien Kapital daraus schlagen wollen, dass sie die queere und die muslimische Community gegeneinander aufhetzen und spalten wollen. Für DIE LINKE ist die Bekämpfung von Rechtsradikalismus, antimuslimischem Rassismus und anderen Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit ebenso wichtig wie die von queerfeindlichen Übergriffen.

Wir unterstützen Menschen mit Transhintergrund in ihrem Bestreben für das Recht auf Selbstbestimmung und Selbstverwirklichung. Menschen mit Transhintergrund sollen bei ihren eigenen Veränderungen unterstützt werden. Die Eingriffe sollen abgesichert und nicht mehr als Krankheit angesehen werden.

### DIE LINKE fordert:

- » Begutachtungspflicht, Therapiezwang und das gerichtliche Verfahren müssen abgeschafft werden, wenn es darum geht, Vornamen und Personenstand zu ändern. Stattdessen muss dieses Verfahren in einen Verwaltungsakt überführt und auf Antrag ohne Vorbedingung diskriminierungsfrei geregelt werden.
- » Medizinisch nicht notwendige Operationen an Menschen zum Zwecke der Geschlechtsangleichung dürfen nur durchgeführt werden, wenn diese selbst einwilligungsfähig sind und Betroffene ihre Zustimmung selbst gegeben haben.
- » Im Sinne einer bedürfnisorientierten und präventiven Gesundheitsversorgung brauchen Menschen mit Trans- und Interhintergrund (auch Geflüchtete) Zugang zu allen spezifischen medizinischen, therapeutischen und beratenden Leistungen (und die damit verbundenen Medikamenten) und eine unbürokratische Kostenübernahme durch die Krankenkassen. Alle benötigten Leistungen müssen im Katalog der Kostenträger enthalten sein. Wir setzen uns für den flächendeckenden Ausbau von Beratungsangeboten in Zusammenarbeit mit Transinitiativen ein.
- » Beratungs- und Aufklärungszentren für Betroffene und deren Angehörige sowie einen Entschädigungsfonds für Menschen mit Interhintergrund, denen durch geschlechtsangleichende Operationen erhebliches Leid widerfahren ist.
- » Menschen mit Transhintergrund müssen Reproduktionsmöglichkeiten haben. Krankenhäuser sind verpflichtet, diese Behandlungen und Operationen durchzuführen. Das soll in den Leistungskatalog der Krankenkassen

aufgenommen werden. Wem im Zuge der Transition ohne Zustimmung Reproduktionsmöglichkeiten genommen wurden, hat Anspruch auf Entschädigung.

- » Die Unrechtsurteile gegen und die Verfolgung von Menschen mit Trans- und Interhintergrund im Nationalsozialismus müssen aufgearbeitet werden! Die Betroffenen müssen vollständig rehabilitiert und gewürdigt, wertgeschätzt und entschädigt werden.

#### **4.14. Geflüchtete schützen**

Solange es Kriege, Ausbeutung, soziale Ungleichheit und Ungerechtigkeit gibt, wird es Flucht geben. Es ist daher falsch, mit einer repressiven Asylpolitik gegen Flüchtlinge und nicht gegen die Ursachen der Flucht zu kämpfen. Das Asylrecht ist Teil der Menschenrechte und Ausdruck unserer politischen, humanitären und geschichtlichen Verantwortung. Die auf Landesebene erlassenen Verwaltungsvorschriften sind von dem falschen Leitgedanken getragen, Ausländerinnen und Ausländer zur Ausreise zu bewegen, außer Landes zu befördern und Integration, Einwanderung und Aufenthaltsverfestigung zu erschweren. Das europäische Asylsystem hat versagt. Flüchtlingen wird eine legale und sichere Einreise verweigert, weshalb sie zu lebensgefährlichen Fluchtwegen gezwungen sind. Zehntausende Menschen haben diese rücksichtslose Abschottungspolitik bereits mit dem Leben bezahlt. DIE LINKE setzt sich für einen grundlegenden Kurswechsel in der europäischen und deutschen Asylpolitik ein: Statt Abschreckung von Geflüchteten und Aufrüstung an den EU-Außengrenzen wollen wir eine an Menschenrechten orientierten Aufnahmepolitik, die Menschen Perspektiven bietet. Menschen in Not müssen legal und sicher einreisen können und unter menschenwürdigen Bedingungen aufgenommen werden. Eine solche Asylpolitik muss begleitet werden von einer Außen-, Wirtschafts- und Entwicklungspolitik, die Fluchtursachen nachhaltig bekämpft.

Wir fordern ein Bleiberecht für alle Menschen mit unsicherem Aufenthaltsstatus und Geduldete, spätestens, wenn sie seit fünf Jahren in Deutschland leben. Die Abschiebehaft wollen wir abschaffen. Errichtete Abschiebegefängnisse sind zu schließen. Stattdessen wollen wir in eine menschenwürdige Aufnahmestruktur investieren. Das Aufenthaltsrecht darf nicht vom Familienstatus, von Deutschkenntnissen, einem Job oder dem Kontostand abhängig gemacht werden. DIE LINKE. Bayern lehnt Abschiebungen generell ab. Insbesondere die Vorgehensweise der Staatsregierung, Geflüchtete aus Schulen heraus zu verhaf-

ten, verurteilen wir aufs Schärfste. Wir fordern, dass die Schulen als besondere Schutzräume für Kinder und Jugendliche gewahrt bleiben.

Derzeit werden geflüchtete Kinder in Bayern erst beschult, wenn sie einer Kommune endgültig zugewiesen wurden und dort ihren Wohnsitz haben. Diese Praxis widerspricht der von Deutschland unterschriebenen UN-Erklärung über die Menschenrechte der Kinder und ist damit rechtswidrig. Besonders integrationsfeindlich ist der neue Erlass zur Beschulung von geflüchteten Jugendlichen: Mit ihrem 18. Lebensjahr endet derzeit ihre Beschulung – falls sie bis dahin nicht bereits eine duale Ausbildung oder eine Fachschulausbildung aufgenommen haben. Das hindert sie vielfach daran, ihre Deutschkenntnisse in den Seiteneinsteigerklassen zu vervollständigen.

Auch eine Integration in Regelklassen gemäß dem erreichten Wissensstand ist oft nur eingeschränkt möglich, da die geflüchteten Kinder dann viel älter als ihre Mitschülerinnen und Mitschüler sind. Für diese Gruppen müssen andere, altersadäquate Lernangebote gefunden werden, die ihrem Lernstand, aber vor allem ihrem Reifeprozess und ihren Fähigkeiten und beruflichen Interessen entsprechend gestaltet werden.

#### **DIE LINKE fordert:**

- » die Wiederherstellung des alten Asylrechts (vor 1993) statt einer Obergrenze. Das Asylrecht ist nicht verhandelbar!
- » die Unwiderruflichkeit des Asylrechts bei anerkannten Flüchtlingen.
- » die Anerkennung des Aufenthalts auch von abgelehnten Asylbewerberinnen und Asylbewerbern oder Migrantinnen und Migranten ohne Papiere.
- » die Anerkennung laufender Asylanträge.
- » den sofortigen Stopp von Ausreiseaufforderungen und Abschiebungen, insbesondere Abschiebungen in Kriegsgebiete und in existenzielle Not wie Obdachlosigkeit, mangelhafte medizinische Versorgung und Diskriminierung. Das Bleiberecht muss gerade für Erwerbslose, Kranke, Alte und Menschen mit Behinderung gewährt werden. Abschiebungen lehnen wir ab.
- » dass Menschen in Not eine legale und sichere Einreise ermöglicht wird. Kommunen, die mehr Asylsuchende aufnehmen möchten, sollen bei der direkten Aufnahme aus dem Ausland unterstützt werden.
- » dass der Familiennachzug ermöglicht wird. Das Syrien-Aufnahmeprogramm muss wiederbelebt und auf andere Länder ausgeweitet werden,

um den Familiennachzug zu Geflüchteten zu erleichtern. Flüchtlinge und insbesondere unbegleitete minderjährige Flüchtlinge sollen nicht dauerhaft von ihren Familien getrennt leben müssen.

- » Flüchtlinge menschenwürdig und dezentral unterzubringen. Die Zwangsunterbringung von Flüchtlingen in Massenunterkünften muss beendet werden und stattdessen eine dezentrale Unterbringung in Wohnungen vorangebracht werden. Wir wollen menschenwürdige Mindeststandards für bestehende Gemeinschaftsunterkünfte einführen und für deren Einhaltung durch regelmäßige Kontrollen sorgen. Kranke, Schwangere, Menschen mit Behinderungen und andere Flüchtlinge mit besonderem Schutzbedarf (z. B. LGBTIQ\*) müssen angemessen versorgt und untergebracht werden. Wohnsitzauflagen und Residenzpflicht lehnen wir ab und wollen sie wieder abschaffen.
- » einen diskriminierungsfreien Zugang von Flüchtlingen zu einer sicheren Gesundheitsversorgung, wofür wir eine Gesundheitskarte einführen wollen.
- » ein größeres Angebot an Deutschkursen und einen besseren Zugang zu Bildung. Allen Geflüchteten sollen gebührenfreie Deutschkurse unabhängig von ihrem Aufenthaltsstatus und ihrer „Bleibeperspektive“ angeboten werden. Die Rahmenbedingungen für Intensivklassen für Seiteneinsteiger ohne Deutschkenntnisse an den Schulen wollen wir verbessern: Die starren Altersgrenzen müssen beseitigt, Klassengrößen gesenkt und damit Lehrerinnen und Lehrer entlastet sowie bessere Abschlussmöglichkeiten geschaffen werden. Kinder brauchen auch in den Erstaufnahmeeinrichtungen Zugang zu schulischer Bildung. Schulbesuch für geflüchtete Jugendliche soll bis zum Ende eines ersten Schulabschlusses gewährleistet sein.
- » dass der Zugang von Geflüchteten zum Arbeitsmarkt vom ersten Tag an und unabhängig von Aufenthaltsstatus und Herkunftsland gewährleistet wird. Zudem wollen wir ein Bleiberecht für Flüchtlinge in der Ausbildung. Die Ausbildungsduldung („3+2-Regelung“) wird teilweise praktiziert. Diese Regelung soll für alle Ausbildungen, also auch für berufsvorbereitende Ausbildungen gelten. Sie darf allerdings nicht von wohlwollenden Bearbeiterinnen und Bearbeitern abhängen. Geflüchtete haben Anspruch auf Mindestlohn auf der gleichen gesetzlichen Basis wie alle anderen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.
- » verbesserte Beratung und Betreuung. Die Asylverfahrensberatung für Asylsuchende in der Erstaufnahmeeinrichtung und ihren Außenstellen

soll ausgebaut und ein Rechtshilfefonds eingerichtet werden. Zudem wollen wir unabhängige Flüchtlingsberatung, Ehrenamtskoordination und die psychosoziale Versorgung verbessern.

- » keine Behinderung des Familiennachzugs. Diskriminierende Deutschtests beim Ehegattennachzug und im Aufenthaltsrecht wollen wir abschaffen; der Familiennachzug darf nicht nur auf engste Angehörige beschränkt werden.
- » die Auszahlung von Sozialleistungen in Geld und nicht in Form von Essenspaketen oder Gutscheinen.
- » den erleichterten Zugang von Fällen zur Härtefallkommission und die gesetzliche Garantie, dass während des Härtefallverfahrens keine aufenthaltsbeendenden Maßnahmen vorgenommen werden dürfen.
- » die Einrichtung einer flächendeckenden und kostenlosen Beratungsstruktur für Migrantinnen und Migranten und Aufstockung der Mittel für Beratungsstellen.
- » eine Initiative Bayerns beim Bund zur Aufhebung der Abschiebehaft; in Bayern darf es ab sofort keine Abschiebehaftanträge mehr geben!
- » dass das Kirchenasyl unantastbar bleiben muss. Staatliche Institutionen dürfen Vertreterinnen und Vertreter von Kirchen und Religion weder an der Umsetzung des Kirchenasyls hindern, noch sie deshalb bestrafen. (Keine staatliche Institution darf Mitarbeiter von Kirchen oder Religionsgemeinschaften an der Ausübung des Kirchenasyls hindern.)

## **4.15. Integration heißt Partizipation**

DIE LINKE setzt sich für die Einbeziehung aller dauerhaft in Bayern lebenden Menschen ein. Das Demokratieprinzip gebietet, dass Menschen, die gemeinsam in einer Gemeinde und in einem Land leben, auch gemeinsam die Entscheidungen treffen, die ihre gemeinsame Zukunft betreffen. Bayern braucht eine bessere Integrationspolitik und kein sogenanntes „Bayerisches Integrationsgesetz“ der CSU, das die Menschen ausgrenzt. Durch gezielte Maßnahmen müssen bessere Arbeits- und Lebensbedingungen für Migrantinnen und Migranten eröffnet werden. Ausgrenzung muss entgegengetreten werden, damit alle Menschen am kulturellen, politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Leben in einer solidarischen und demokratischen Gesellschaft teilhaben können.

## DIE LINKE. Bayern fordert daher:

- » die Abschaffung des Bayerischen Integrationsgesetzes.
- » gleichberechtigte Partizipation von Eingewanderten.
- » das aktive und passive Wahlrecht für dauerhaft in Deutschland lebende Migrantinnen und Migranten auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene, damit sie gleichberechtigt die Gesellschaft mitgestalten können. Wer hier lebt, soll hier wählen dürfen!
- » die Stärkung kommunaler Strukturen und Netzwerke, die bürgerschaftliches Engagement von Menschen mit Migrationsgeschichte unterstützen, ebenso wie Selbstorganisationen von Migrantinnen und Migranten – auch finanziell. Darüber hinaus wollen wir die kommunalen Ausländerbeiräte weiterentwickeln und Mitwirkungsmöglichkeiten ihres Dachverbandes AGABY auf Landesebene ausbauen.
- » dass das menschenwürdige Existenzminimum für alle Menschen in Deutschland gilt. Es darf nicht, wie es das SPD-geführte Arbeitsministerium getan hat, zur Abschreckung oder um Migrantinnen und Migranten aus dem Land zu treiben, gekürzt werden.
- » ein flächendeckendes Angebot an unabhängigen Beratungsstellen, um Diskriminierungen entschieden entgegenzutreten. Ein Rechtshilfefonds soll eingerichtet werden, damit Betroffene ihre Rechte auch durchsetzen können. Um bestehende Lücken im rechtlichen Diskriminierungsschutz zu schließen, wollen wir ein Landes-Antidiskriminierungsgesetz einführen. Wir wollen eine aktive Antidiskriminierungspolitik. In Verwaltung und Wirtschaft sollen Migrantinnen und Migranten gefördert werden. Eine interkulturelle Öffnung der Verwaltungen und Unternehmen ist erforderlich. Menschen dürfen nicht wegen ihrer Hautfarbe im Fokus polizeilicher Kontrollen stehen (Racial Profiling).
- » aktive Maßnahmen gegen Bildungsbenachteiligungen. Die Chancengleichheit muss durch frühkindliche Bildungsangebote, gute schulische Förderung und gezielte Unterstützung bei der Ausbildungsplatzsuche erhöht werden. Wir wollen die monokulturelle und monolinguale Bildungstradition überwinden. Schulen müssen besser auf sprachlich vielfältige Schulklassen und eine Schülerinnen- und Schülerschaft mit zahlreichen Migrationsbiographien ausgerichtet werden.
- » die Förderung und Aufwertung der Herkunftssprachen. Der herkunftssprachliche Schulunterricht muss aufgewertet und als gleichwertiges

- Schulfach angeboten werden. Den Unterricht durch Konsulatslehrkräfte wollen wir beenden. Migrationsbedingte Mehrsprachigkeit muss als gesellschaftliche und individuelle Ressource anerkannt und gefördert werden.
- » den Abbau der Hürden für Migrantinnen und Migranten beim Zugang zum Arbeitsmarkt. Ausländische Berufsqualifikationen müssen leichter anerkannt und ein ausreichendes Angebot für Nachqualifizierungen und an berufsspezifischen Deutschkursen geschaffen werden. Wir wollen wirksame Strategien gegen die Diskriminierung bei Auswahlprozessen entwickeln und die Öffentlichkeit besser für bestehende Benachteiligungen sensibilisieren.
  - » die interkulturelle Öffnung der Landesverwaltung. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung müssen sich interkulturell weiterbilden können, zugleich ist der Anteil an Bediensteten mit Migrationsgeschichte zu erhöhen. Die Behördenkultur muss den Bedürfnissen einer kulturell vielfältigen Gesellschaft Rechnung tragen. Wir wollen, dass alle Einwohnerinnen und Einwohner in Bayern gleichberechtigt und ungehindert öffentliche Dienstleistungen in Anspruch nehmen können.
  - » einen besseren Zugang zu Gesundheitsleistungen und Pflege. Gebührenfreie Dolmetscherdienste, die Übersetzung relevanter Schriftstücke und interkulturelle Fortbildungsangebote für das Gesundheitspersonal sollen zum chancengleichen Zugang zur Gesundheitsversorgung beitragen. Eingewanderte Seniorinnen und Senioren brauchen eine kultursensible Altenpflege. Auch Menschen ohne geregelten Aufenthaltsstatus sollen alle Gesundheitsleistungen in Anspruch nehmen können.
  - » mehr Personal für Jugendmigrationsdienste.
  - » dass bekenntnisorientierter Religionsunterricht, sofern er an Schulen angeboten wird, für alle Religionsgemeinschaften ermöglicht wird. Der weit verbreiteten Stigmatisierung von Menschen muslimischen Glaubens stellen wir uns entschieden entgegen.

## **5. Unser Bayern funktioniert miteinander, nicht gegeneinander**

Markt und Kapital leben von Bedingungen, die sie selbst nicht schaffen oder dauerhaft erhalten können. Bund, Länder und Gemeinden, immer mehr auch europäische und weltumspannende öffentliche Institutionen setzen die politischen Rahmenbedingungen. Städte, Gemeinden, Landkreise und auch die Bundesländer stellen die Versorgung mit technischen, sozialen und kulturellen Einrichtungen sicher. Die stetige Weiterentwicklung dieser Infrastruktur stellt die Weichen für Lebensqualität und wirtschaftliche Chancen auf Jahre und Jahrzehnte im Voraus. Linke Politik interveniert in diese Planungsprozesse, um ein Gegengewicht zu den Ungerechtigkeiten des Marktes zu schaffen. Uns geht es um verbesserte Lebensbedingungen für die Menschen und um Teilhabe aller Gemeinden und Regionen an der wirtschaftlichen Entwicklung. Unser Ansatz einer solidarisch-ausgleichenden Strukturpolitik ist gerade heute wichtig, wo wir erleben, dass das Ziel gleichwertiger Lebensverhältnisse für Frauen und Männer, Kinder, Jugendliche und Studierende, Erwerbstätige, Rentnerinnen und Rentner und Menschen mit körperlichen und/oder geistigen Einschränkungen allzu oft nur ein Lippenbekenntnis ist: Öffentliche Mittel wandern in die Regionen mit boomender Wirtschaft, während in peripheren, strukturschwachen Regionen der Zugang zu öffentlichen Gütern und Einrichtungen denen schwermgemacht wird, die sie am dringendsten brauchen.

Über Jahrzehnte haben CSU, FDP, SPD und Grüne durch Steuererleichterungen für Reiche dafür gesorgt, dass die Einnahmen im Staatshaushalt niedriger als die Ausgaben lagen. Die Staatsverschuldung in Deutschland ist bei gleichbleibender Staatsquote kontinuierlich gestiegen. Auch wenn die Staatseinnahmen aktuell steigen, kann die in der Bayerischen Verfassung verankerte „Schuldenbremse“ dazu führen, dass Investitionen in Bildung, Umweltschutz oder Sozialleistungen gekürzt werden. Für DIE LINKE muss der Staat auch und gerade in Zeiten konjunktureller Schwäche dafür sorgen, soziale Sicherungssysteme, Bildungsangebote und Investitionen in den sozial-ökologischen Wandel aufrechtzuerhalten. DIE LINKE lehnt deshalb die Schuldenbremse weiterhin ab.

## **5.1. Bayern schafft es nicht alleine!**

Das Bundesland Bayern ist seit Jahrzehnten ein Land im Umbruch. In der Zeit nach dem 2. Weltkrieg ergriff die industrielle Entwicklung auch sämtliche ländlichen Gebiete des Flächenstaats. Im Wirtschaftsleben ging der Anteil der bäuerlichen und handwerklichen Familienbetriebe und der kleinen Geschäfte zurück. Regionale Wirtschaftskreisläufe brachen zusammen. Die industrielle Produktion für den Weltmarkt und die Versorgung mit Gütern aus aller Welt bestimmen inzwischen das Bild. Bayern konnte diese Umwälzung nicht aus eigener Kraft bewältigen und schon gar nicht im Selbstlauf marktwirtschaftlicher Kräfte. Politische Entscheidungen von Bund und Freistaat beförderten die Entwicklung. Jahrzehntlang beanspruchte der Freistaat Zuweisungen aus dem Länderfinanzausgleich. Gezielte und politisch motivierte Investitionsentscheidungen großer Konzerne trugen zur Entwicklung der Industrie in Bayern bei.

Das Land wurde als „Ordnungszelle Bayern“ bevorzugter Standort von Atom- und Rüstungsindustrie. Die von einem breiten Bündnis letztlich verhinderte Wiederaufbereitungsanlage in Wackersdorf sollte Bayern zum Zentrum der Atom- und Reaktorwirtschaft machen.

## **5.2. Wir streiten für ein kooperatives und solidarisches Bayern**

Entwicklung scheidet, wenn sie auf Ballung in Zentren setzt. Sie kann gelingen, wenn sie Arbeits- und Lebensbedingungen im ländlichen Raum und in den Zentren zusammen denkt und plant. Statt Standortkonkurrenz muss eine kooperative Entwicklung gefördert werden.

Die Voraussetzungen für eine nachhaltige Entwicklung sind in ganz Bayern gut. Fast überall gibt es eine entwickelte Gewerbe- und Industriekultur und die dazugehörige Infrastruktur. Überall wissen die Bürgerinnen und Bürger die Lebensbedingungen zu schätzen. Überall sind die Menschen an besten und wohnortnahen Bildungseinrichtungen für ihre Kinder und für das eigene Lernen interessiert. Sie wollen in einer sozial und kulturell vielseitigen Umgebung leben.

Eine Politik des „Mia san mia“ verstellt den Blick auf die Chancen, die sich aus intensiver Kooperation zwischen Städten und Regionen, in den ländlichen Gebieten, mit den angrenzenden Nachbarstaaten Europas und den Nachbarländern in der Bundesrepublik ergeben. Bayern ist im Weltmaßstab eine bestenfalls mittelgroße Wirtschaftsregion, die ihre Stärke heute in der Zusammenarbeit mit den Nachbarn suchen und entwickeln muss. Eine Schlüsselrolle spielen dabei die

Kommunikationswege, Internet, Medien, Bildungs- und Kulturaustausch, Individual- und öffentlicher Verkehr. Ein Europa ohne Grenzen, ohne Nationalismus und Kleinstaaterei muss heute verteidigt und neu erkämpft werden.

### **5.3. Ballung und Schrumpfung – zwei alarmierende Entwicklungen**

In den letzten Jahrzehnten ist weltweit ein Wandel der Industriegesellschaften in Gang gekommen. Man spricht von der wissensbasierten und digitalisierten Industriegesellschaft, einer überall wirksamen Tendenz zur Verstädterung, ja sogar von der „Metropolisierung der Erde“. Unbestritten ist, dass wirtschaftliche Entwicklung heute eine sinnvolle Kombination von Industrie, Wissenschaft, Kultur, von Einrichtungen der sozialen Daseinsvorsorge und der technischen Infrastruktur voraussetzt. Wenn die Politik nicht oder ungenügend steuert, kommt es zu überhitzten Ballungsprozessen; daneben können ganze Regionen veröden. Dieses Problem zeigt sich in den letzten Jahren gerade im Freistaat Bayern.

Die wirtschaftliche Entwicklung konzentriert sich hier auf zwei Ballungsräume. Der Norden ist gespalten – während weite Teile Frankens nicht an das Industrie- und Handelswachstum des 20. Jahrhunderts anschließen können, bildet sich in Form einer Metropolregion ein Zentrum um die Städte Nürnberg, Erlangen, Fürth und Schwabach heraus, in dem sich vermehrt kreative und wissensintensive Ökonomien ballen. Im Süden hat sich im Großraum München eine Ballung entwickelt, die den Großteil der bayerischen Ressourcen an sich zieht. Daneben boomen zurzeit noch unter anderem die vom Automobilbau und ihren Zulieferern geprägten Zentren wie Regensburg und Ingolstadt. Abseits der Zentren kommt die Entwicklung nicht mit, es sind Rückschritte und Schrumpfungsprozesse zu spüren. Ganze Landstriche drohen zu veröden, weil über Jahrzehnte v. a. der jüngere Teil der Bevölkerung nur anderswo Arbeit fand. Diese Entwicklung ist auch Folge einer Politik, die sich an die marktgetriebenen Ballungsprozesse und wirtschaftlichen Konzentrationstendenzen dranhängt, anstatt gezielt gegenzusteuern.

Das aktuelle Landesentwicklungsprogramm Bayern (LEP) vom 01.09.2013 zeigt exemplarisch das Vorgehen der Staatsregierung. Dieses Manifest der Deregulierung verabschiedet sich von jeder landesplanerischen Wirkung. Insbesondere die Festlegung, dass Einzelhandelsgroßprojekte künftig erst ab 1.200 m<sup>2</sup> Verkaufsfläche beginnen – statt wie bisher ab 800 m<sup>2</sup> – wird dramatische Auswirkungen auf eine ausgewogene Nahversorgung haben. Die Verödung der Innenstädte, insbesondere in kleineren Städten und Gemeinden, wird sich weiter beschleunigen.

## 5.4. Gleichzeitige Entwicklung statt Leuchtturmpolitik

Die bayerische Landespolitik der Ära Stoiber wollte aus München eine „Global City“ machen: Hochhaus-Skyline für München, Transrapid zum Flughafen, Flughafen als globales Drehkreuz, München als Finanzplatz für den Alpen-Adria-Raum und schließlich München als Veranstalter der Olympischen Winterspiele. Alle diese Pläne sind gescheitert. Geblieben ist eine Überhitzung im Großraum München, die gerade nicht die anderen Regionen mitzieht, sondern ihnen schadet.

Die Folgen für die Menschen: Wildwüchsige Ballung führt zu explodierenden Lebenshaltungskosten, vor allem bei den Mieten, die eine große und wachsende Zahl von Menschen nicht mehr aufbringen kann. Die Kultur des sozialen Ausgleichs, in den großen Städten des Landes mit Nachdruck von den Gewerkschaften und den Sozialverbänden vertreten, verfällt. Luxus macht sich neben Armut breit. Viele haben Arbeit und sind trotzdem arm. Außerhalb der Ballung, in den weiten ländlichen Räumen des Flächenstaats, kommt es in einer großen Zahl von Landkreisen, ja sogar in ganzen Regierungsbezirken, zum Rückgang an Arbeitsplätzen und zur Abwanderung besonders jüngerer Menschen. Dazu trägt auch die verfehlte Arbeitsmarktpolitik bei, die Erwerbslose zwingt, zugewiesene Arbeitsplätze fern des Wohnorts anzunehmen.

Dort wird es für die Gemeinden immer schwieriger, angemessene Einrichtungen für Erziehung, Bildung, Gesundheit und das Leben im Alter zu unterhalten.

Die Politik, die im Freistaat mit Unterstützung vor allem aus der Münchner Politik auf die Entwicklung von „Greater Munich“ zur „Global City“ gesetzt hat, führte in eine Sackgasse. Aus dieser gibt es einen Ausweg, wenn Politik und Wirtschaft von den Menschen zum Umdenken gezwungen werden. Dass dies möglich ist, haben zahlreiche erfolgreiche Bürgerinitiativen gezeigt, von der Verhinderung der atomaren Wiederaufbereitung bis hin zum Bürgerentscheid gegen die dritte Startbahn am Münchner Flughafen. DIE LINKE lehnt eine dritte Startbahn weiterhin ab.

Wir benötigen eine Landespolitik, die auf Ausgleich und Kooperation zwischen den Städten und den jeweiligen Nachbarregionen setzt. Ziel muss es sein, Ballungsprozesse ausgleichend zu steuern und weitere Zersiedelung zu verhindern. Durch eine Ausweitung direkt-demokratischer Entscheidungen kann es zudem gelingen, reine Prestigeprojekte der Politik zu verhindern.

## **5.5. Nachhaltige Entwicklung braucht demokratische, kooperative und transparente Verfahren**

Eine nachhaltige Entwicklung in allen Regionen Bayerns ist das Ziel linker Strukturpolitik. Wir stehen für eine Entwicklung, die den Bedürfnissen der Menschen bei möglichst kleinem ökologischem Fußabdruck dient. Sie darf die Möglichkeiten künftiger Generationen nicht gefährden und muss ihre Bedürfnisse befriedigen. Die regionalen Bedingungen sind entscheidend dafür, aus welchen Elementen eine solch nachhaltige Entwicklung bestehen kann.

In all den Fragen der Regional- und Strukturplanung setzt DIE LINKE auf die demokratische Beteiligung der Öffentlichkeit. Gerade für Großprojekte wie Flughafenausbau, Autobahnbau oder auch eine Bewerbung für sportliche Großereignisse ist sie unerlässlich. Überdimensionierte und undurchsichtige Projekte werden von den Bürgerinnen und Bürgern meist abgelehnt. Das Mitwirken Vieler und Rücksicht auf Einwände aller Art ist nötig und wichtig. Denn die Entwicklungsmöglichkeiten der Einzelnen müssen respektiert werden, wenn die Entwicklung aller gut gehen soll. Vor Ort und in Kooperation mit den Nachbarn kann am besten beurteilt werden, welche sozialen, kulturellen, wirtschaftlichen und ökologischen Mindeststandards gelten müssen, um ein gutes Leben im ländlichen Raum in allen Lebenslagen zu ermöglichen.

Kontinuierliche Berichterstattung und Veröffentlichung aktueller Planungen sind im Rahmen von Open Government unverzichtbar. Die Beteiligung und Vernetzung in grenzübergreifenden Open-Government-Initiativen und die Einführung von Informationsfreiheit und Transparenzgesetzen sind Bestandteil dieses Plans. Wir wollen Bürgerräte auf Bundes-, regionaler und kommunaler Ebene einführen, um Planungsprozesse zu demokratisieren.

## **5.6. Dezentralisierung als Grundlinie linker Struktur- und Regionalpolitik**

Zur Vermeidung von zusätzlichem Zeit- und Verkehrsaufwand aufgrund zunehmender Zentralisierung setzen wir uns für die Förderung von dezentralen Nachbarschaftszentren in ländlichen Regionen ein. Das fängt an bei Einkaufsmöglichkeiten für den täglichen Bedarf (Nachbarschafts- oder Dorfläden), Päckchenannahme- und -abgabestellen, Internetcafés, zeitweise besetzten Arztpraxen sowie mobilen Ärztinnen und Ärzten, Büchereien, und geht bis zu Mobilitätszentralen mit einem umfassenden Beratungs- und Serviceangebot.

Zur Stützung des ländlichen Raums und für eine solidarische Landespolitik ist es erforderlich, der gegenwärtigen Entwicklung im Raum München entgegenzuwirken. Dies kann geschehen durch eine gezielte dezentrale Ansiedlung standortunabhängiger Behörden, aber auch durch Förderung von Kultur-, Bildungs- und Forschungseinrichtungen. Zum Schutz örtlicher Kleinzentren gilt jedoch: Innenentwicklung und Umnutzung hat Priorität, eine weitere Zersiedelung lehnen wir ab.

Monostrukturen sind wenig anpassungsfähig an wechselnde Bedingungen. Nur eine breite Mischung von Industrie, Wissenschaft, Dienstleistung, Forschung, Kultur, Bildung, Landwirtschaft und Landschaftspflege sowie Tourismus kann eine stabile Basis für eine nachhaltige und solidarische Entwicklung in Bayern sein.

## **5.7. Die Kommunen stärken – kommunale Selbstverwaltung braucht verlässliche Finanzierung statt Gnadenerweise!**

Entscheidend für eine erfolgreiche Strukturpolitik ist eine bessere finanzielle Ausstattung von Städten und Gemeinden. Zur Umsetzung regional erarbeiteter Entwicklungskonzepte ist ausreichend eigenes Geld erforderlich.

Eigene Steuerquellen, insbesondere Gewerbe- und Grundsteuer, sind von zentraler Bedeutung. Darüber hinaus fordern wir vom Freistaat Bayern, mehr Landesmittel für den kommunalen Finanzausgleich zur Verfügung zu stellen, damit die kommunale Selbstverwaltung auch in wirtschaftsschwächeren Regionen handlungsfähig bleibt. Sparkassen und regionale Genossenschaftsbanken als ein Instrument örtlicher Wirtschaftsförderung müssen erhalten bleiben.

Den strukturell abgehängten Regionen sind zusätzliche Finanzmittel zur Förderung noch bestehender Wirtschaftskerne und Unterstützung bei der Entwicklung und Ansiedelung neuer Wirtschaftsbereiche mit Arbeitsplätzen und Wertschöpfung vor Ort zur Verfügung zu stellen. Die Energiewende mit den Möglichkeiten von Energiegenossenschaften bietet sich hier als eine besonders zu fördernde Möglichkeit an, die eine regionale Energieversorgung in Bürgerhand ermöglicht.

Wir gehen von der Abschaffung der Straßenausbaubeiträge (Strabs) aus. Der dadurch entstehende Einnahmeausfall in den kommunalen Haushalten sollte/könnte durch eine Umlage aus der Kfz-Steuer und/oder eine höhere Grundsteuer kompensiert werden, die dann aber nicht mehr auf die Wohnungsmieten umgelegt werden darf.

Die kommunale Selbstverwaltung von Gemeinden, Landkreisen und Städten gilt als hohes Gut. Sie ist sowohl im Grundgesetz der Bundesrepublik – Art. 28 – als auch in der Verfassung des Freistaats Bayern – Art. 10/11 – verankert. Das Grundgesetz konkretisiert sogar die finanzielle Ausstattung der Gemeinden: „Die Gewährleistung der Selbstverwaltung umfasst auch die Grundlagen der finanziellen Eigenverantwortung; zu diesen Grundlagen gehört eine den Gemeinden mit Heberecht zustehende wirtschaftsbezogene Steuerquelle.“

Zwei Drittel aller öffentlichen Investitionen werden von den Kommunen ausgegeben, für Schulen, Kindergärten, Bäder, Straßen und Verkehrsmittel. Allerdings werden die Kommunen bei den Finanzen, genauer gesagt den kommunalen Einnahmequellen, „an der kurzen Leine“ gehalten.

Die Steuereinnahmen der Kommunen stehen auf wackeligen Beinen. Nur bei der („wirtschaftsbezogenen“) Gewerbesteuer gibt es ein wirkliches „Heberecht“, allein es steht auf höchst schwankender Basis. Denn wenn eine Kommune – also Landkreis mit seinen Gemeinden – überhaupt ein veranlagtes Gewerbe hat, so weiß eigentlich niemand so recht, wie sich die Grundlagen berechnen. Selbst eine Großstadt wie die Landeshauptstadt muss zugeben, dass sie sich regelmäßig verschätzt. So gibt es mal eine überraschende Nachzahlung, mal aber auch eine Rückzahlung. Verlässlichkeit geht anders!

Die Kommunen nehmen neben der Gewerbesteuer noch weitere Steuern ein, vor allem über ihre Anteile an der Einkommensteuer, der Körperschaftsteuer, der Umsatzsteuer und der Grunderwerbsteuer. Diese Anteile jedoch sind von den Kommunen nicht beeinflussbar. Die Länder geben ihre Anteile nur sehr zögerlich weiter – Wir indes fordern: Die kommunalen Steuereinnahmen müssen auf eine auskömmliche und verlässliche Höhe angehoben werden!

Der Freistaat kaschiert diese systematische Unterfinanzierung der kommunalen Ebene durch ein kompliziertes System des „kommunalen Finanzausgleichs“. Über die Zusammenschlüsse der kommunalen Ebene, den Gemeindetag, den Landkreistag und den Städtetag, wird darüber vor jedem Haushaltsjahr zäh verhandelt: Wie groß wird der Gesamttopf „Kommunaler Finanzausgleich“, wie werden die einzelnen Untertöpfe dotiert?

Bezeichnenderweise ist dieses Füllhorn im Wahljahr 2018 sehr viel üppiger gefüllt als in den Vorjahren. Markus Söder brüstet sich entsprechend: 9,5 Mrd. Euro – mehr als eine halbe Milliarde mehr als im Jahr 2017 – sind es 2018. Sie werden den Kommunen vom Land „gewährt“ – ganz nach Gutsherrenart!

Die überall notleidenden Krankenhäuser erhalten auf einmal fast ein Drittel mehr Mittel (643 Mio. Euro). Für Verkehrsinfrastruktur, vor allem für Straßen,

versteht sich, gibt es auf einmal 10 % mehr (446 Mio. Euro). Der ÖPNV (öffentlicher Personennahverkehr) krebst dabei mit 74 Mio. Euro vor sich hin, was im Autostaat Bayern kaum verwunderlich, für viele Menschen aber höchst unerfreulich ist.

Worauf die Gemeinden besonders angewiesen sind, sind die sogenannten Schlüsselzuweisungen. Auch sie stiegen in diesem Jahr um wundersame 10 % auf insgesamt 3,7 Mrd. Euro. Viel Geld, sollte man meinen. Aber zum Vergleich: Alleine 10 Mrd. Euro musste der Freistaat zur Rettung einer einzelnen Bank aufbringen, nämlich der damals im Spekulationssumpf fast dahingeschiedenen BayernLB – wir erinnern uns an die abenteuerlichen Deals mit Kärntens FPÖ-Landeshauptmann Haider rund um die Hypo-Alpe-Adria! Also auch der wahlkampfgemäß aufgehübschte kommunale Finanzausgleich 2018 erreicht nicht mal die Höhe der „stillen Hilfe Landesbank“!

Für die Kommunen muss ihr Haushalt auf soliden Beinen stehen und langfristig planbar sein.

**Daher fordert DIE LINKE. Bayern:**

- » die Anhebung der Steueranteile insbesondere der Umsatzsteuer, da diese die breiteste und damit verlässlichste Basis darstellt.
- » die Erfüllung des Verfassungsauftrags des Grundgesetzes: Die Gemeinden brauchen eine Wirtschaftssteuer, die auf nachvollziehbarer Grundlage von den Gemeinden erhoben werden kann und deren Höhe (Hebesatz) von den Gemeinden bestimmt wird.
- » dass der kommunale Finanzausgleich zuallererst dem Ausgleich struktureller Ungleichheiten zwischen den Gemeinden dient, wozu seine Mittel von einer gemeinsamen Körperschaft aus kommunaler und Landesebene nach festen Regeln vergeben werden.
- » ferner den Erhalt des Länderfinanzausgleichs, der Grundlage gleicher Entwicklungschancen in allen Bundesländern ist, denn „Bayern zuerst“ ist keine tragfähige Politik – weder in Bayern noch in Europa.

## **5.8. Bayern vernetzen**

Eine starke und gut ausgebaute digitale Infrastruktur ist der Grundstein einer modernen Gesellschaft. Sie ermöglicht soziale Teilhabe und eine leistungsfähige und zukunftssichere Wirtschaft. Durch den flächendeckenden Ausbau eines dezentralen Glasfasernetzes wird zudem der ländliche Raum gestärkt und

gewinnt wieder an Lebensqualität. Ausbauinitiativen und Genossenschaften sollen verstärkt gefördert werden. Mittelfristig schwebt uns ein flächendeckendes Glasfasernetz bis in jedes Gebäude vor, das der öffentlichen Hand gehört (bspw. rekommunalisierte Stadtwerke, Landkreisinitiativen oder eine wiedervergesellschaftete Telekom). Gewinnerorientierten Großkonzernen erteilen wir eine Absage. Freie WLAN-Angebote wollen wir weiter ausbauen.

Diese notwendige Entwicklung wurde in den letzten Jahren extrem vernachlässigt. DIE LINKE. Bayern möchte deshalb die „weißen Flecken“ nicht mit der Übergangslösung Vectoring versorgen, die weiterhin auf die völlig veralteten Kupferkabel setzt. Glasfaser bis in jedes Haus ist die einzige Technologie, die auch zukünftigen Anforderungen genügen wird. Ziel soll sein, allen Menschen in Bayern einen freien, gesicherten Zugang zu Wissen und digitalen Informationen zu ermöglichen. Den Zugang zu digitalen Technologien und zum Internet wollen wir unabhängig vom Einkommen und sozialen Hintergrund ermöglichen. Darüber hinaus setzen wir uns gemeinsam mit immer mehr Menschen für ein freies Internet ohne Zensur ein.

#### **DIE LINKE fordert deshalb:**

- » einen kommunalen und dezentralen Ausbau des Glasfasernetzes bis in jedes Gebäude.
- » den Ausbau der öffentlichen WLAN-Hotspots ohne Authentifizierung und die vollständige Abschaffung der Betreiberhaftung.
- » den offenen Zugang zum Internet, ohne Netzsperrungen und Eingriffe in die Kommunikation von Seiten der Internetanbieter.
- » die sofortige Beendigung des Vectoring-Ausbaus, der letztlich doppelte Investitionen in Vectoring- und Glasfaserausbau bedeutet. Stattdessen muss die Telekom unter demokratischer Kontrolle der Gewerkschaften, der Beschäftigten in der Telekom und der Öffentlichkeit wieder vergesellschaftet werden. Mit dem Monopol der öffentlichen Hand muss das Glasfasernetz flächendeckend ausgebaut werden.
- » den flächendeckenden Ausbau der mobilen Netze vor allem im ländlichen Bereich und entlang von Bahnstrecken und Autobahnen.

## **6. Mobil in Bayern – umweltfreundlich und sozial**

Unter dem Begriff „Mobilität“ verstehen die Fachleute – völlig unabhängig vom Verkehrsmittel – die Häufigkeit von außerhäuslichen Ortsveränderungen pro Person und Zeiteinheit; dabei wird jede einzelne Ortsveränderung durch einen Tätigkeitswechsel der betreffenden Person gekennzeichnet (zum Beispiel vom Wohnen zum Arbeiten, vom Arbeiten zum Einkaufen, vom Einkaufen ins Kino und vom Kino wieder zum Wohnen nach Hause). Mobilität ist somit ein Maßstab für die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben und damit für die Chancengleichheit der Bürgerinnen und Bürger. Kurze Wege vom Wohnen zur Arbeit oder zum Einkauf sind die Voraussetzung für deren Erreichbarkeit auch ohne Kraftfahrzeug (d. h. vor allem zu Fuß und per Rad).

Mobilitätsbedürfnisse sind abhängig von der Lebenssituation einer Person und den sich daraus ergebenden Alltagsanforderungen. Die wesentliche Kenngröße der Mobilität ist die Mobilitätsrate, das heißt die personenbezogene Anzahl aller zurückgelegten Wege pro Tag. Diese Mobilitätsrate liegt im Bundesdurchschnitt bei knapp vier Wegen pro Einwohner (über sechs Jahre) und hat sich über die letzten Jahrzehnte so gut wie nicht verändert. Die Mobilität hat also – im Gegensatz zur landläufigen Meinung – keineswegs zugenommen. Zugenommen – wenn auch nur geringfügig – hat der tägliche Reisezeitaufwand für die genannten vier Wege. Deutlich angewachsen sind allerdings die zurückgelegten Entfernungen (zum Beispiel zum Arbeitsplatz und/oder zum Supermarkt), die bei annähernd gleichem Zeitaufwand und insbesondere im Umland nur noch mit schnelleren Verkehrsmitteln – vorzugsweise dem Auto – bewältigt werden können. Für diejenigen, die weiterhin auf langsamere Verkehrsmittel, zum Beispiel die eigenen Füße, angewiesen sind, steigt dagegen der Reisezeitaufwand und mindert ihre Chance, in derselben Zeit noch andere Ortsveränderungen vornehmen zu können: ihre Mobilität sinkt.

### **6.1. Für wen und für was wir uns stark machen**

Im Mittelpunkt unseres kommunal- und landespolitischen Engagements im Arbeitsfeld „Mobilität“ stehen die sozial und körperlich schwächeren – das heißt verletzlicheren – Verkehrsteilnehmer, die Fußgänger und Radfahrer, die Fahrgäste im öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) sowie – nicht zuletzt – die

Bürgerinnen und Bürger als Straßenanwohner und ihre spezifischen Forderungen nach möglichst geringen verkehrsbedingten Beeinträchtigungen durch Lärm, Feinstaub und Stickstoffdioxid. Der Kampf gegen zunehmende Belastungen von Mensch und Umwelt – für einen wirksamen Schutz der Gesundheit und höchstmögliche Verkehrssicherheit – verbindet sich mit der drängenden Forderung nach insgesamt hoher Aufenthaltsqualität in unseren Wohnquartieren, Orts- und Stadt(teil)zentren. Die uneingeschränkte Mobilität aller Menschen in Bayern muss sichergestellt sein – in den Groß-, Mittel- und Kleinstädten ebenso wie in den ländlichen Regionen. Dies gilt für Arme wie für Reiche, für Menschen ohne eigenes Auto und insbesondere für Menschen mit Behinderung (Barrierefreiheit).

Nachrangig, jedoch nicht ohne Belang sind für uns demgegenüber die Interessen der motorisierten Verkehrsteilnehmerinnen und -teilnehmer an raschem, staufreiem Fortkommen bzw. möglichst geringen Reisezeiten und ausreichendem Parkraum ebenso wie der Güter- und Lieferverkehr auf der Straße. Ein Aus- oder Neubau von Straßen kommt für uns nur dann in Betracht, wenn von unabhängigen Gutachtern nachgewiesen werden kann, dass die Umfeld- und Umweltbelastungen und die Unfallrisiken in der Gesamtbilanz abnehmen, und wenn die erforderliche Umweltverträglichkeitsprüfung zu einem positiven Ergebnis führt!

Für nachrangig halten wir schließlich auch die Forderungen von Flugreisenden – insbesondere von Vielfliegern – nach schnelleren Verkehrsverbindungen zu den bayerischen Flughäfen, insbesondere in München und Nürnberg.

## **6.2. Verkehrswende einleiten – umweltverträgliche Mobilität stärken!**

Die Förderung der verletzlicheren Verkehrsteilnehmer und der Fahrgäste im ÖPNV erfolgt – wenn nötig – auch zu Lasten des motorisierten Individualverkehrs (MIV), insbesondere des Kfz-Berufs-, aber auch des Einkaufs- und Freizeitverkehrs im Umland der acht bayerischen Großstädte (Städte mit mehr als 100.000 Einwohnern). Unser zentrales Anliegen ist dabei, diesen Teil des Kfz-Verkehrs spürbar zu reduzieren. Im Visier haben wir insbesondere den Ziel- und Quellverkehr der jeweiligen Umlandbewohner, denen ein leistungsfähiges und attraktives System von schienengebundenen Verkehrsmitteln (aus S- und Stadt-Umlandbahnen bzw. Regio-Tram-Netzen) zur Verfügung gestellt werden muss. Ein solches System, attraktive Lebensbedingungen in der Stadt und günstige Mieten sind zugleich ein probates Mittel gegen die Abwanderung junger Familien ins „billigere“ Umland („Stadtflucht“) und das daraus resultierende Einpendeln

zum Arbeitsplatz in die Kernstadt (vor allem München, Nürnberg, Augsburg, Regensburg, Würzburg, Ingolstadt, Erlangen und Fürth) mit dem Auto, das durch die Entfernungs- bzw. Pendlerpauschale („Zersiedelungsprämie“) gefördert wird. Der Binnenverkehr innerhalb der Städte – auch der kleineren – sollte grundsätzlich mit öffentlichen Verkehrsmitteln, per Rad und zu Fuß abgewickelt werden. Die Verlagerung von möglichst großen Anteilen des unnötigen Kfz-Verkehrs auf die stadt- und ortsverträglicheren Verkehrsmittel des Umweltverbundes (VUV) ist zugleich auch eine unabdingbare Voraussetzung für eine Verbesserung der Verkehrsbedingungen im notwendigen Wirtschaftsverkehr.

Eine erfolgreiche Strategie der Verkehrsverminderung bzw. Verkehrsverlagerung weg vom Auto und hin zu umweltfreundlicheren Verkehrsmitteln setzt ein entsprechend attraktives Angebot im „Umweltverbund“ aus ÖPNV, Radfahren und Zu-Fuß-Gehen voraus und muss – gleichzeitig – durch weniger attraktive Rahmenbedingungen im motorisierten Individualverkehr gefördert werden, etwa durch Parkraumbeschränkung, restriktives Parkraum-Management bzw. eine City-Maut in den Großstädten. Dieses notwendige Zusammenwirken von sogenannten „Push-and-Pull“-Effekten wollen wir – wo auch immer – stärker akzentuieren. Grundsätzlich muss gelten: Fußgänger vor Radfahrer, ÖPNV vor MIV, Mensch vor Maschine! Eine „gleichgewichtige“ (konkurrierende) Entwicklung von ÖPNV und MIV kommt für uns nicht in Betracht!

### **6.3. Radwegenetze und öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) ausbauen!**

Die eigenen Füße und das Fahrrad sind optimale Verkehrsmittel für die Mobilität im Nahbereich und im weiteren Wohnumfeld, ebenso Pedelec und E-Bike. Sie verursachen so gut wie keine Emissionen und fördern die Gesundheit. Dies gilt für ländliche Gemeinden ebenso wie für Klein-, Mittel- und Großstädte. Wir wollen den Radverkehr als umweltfreundliche Alternative zum Auto im Nahverkehr deutlich stärken und die Radverkehrsinfrastruktur ausbauen. In den Städten und Ballungsgebieten müssen Radschnellwege mit grüner Welle geschaffen werden. Dafür müssen der Freistaat und der Bund ausreichend zweckgebundene Mittel bereitstellen. Wir wollen die Straßenverkehrsordnung fußgänger- und fahrradfreundlicher gestalten.

Wir treten ein für einen flächendeckenden, netzartigen und barrierefreien Ausbau des ÖPNV mit Bus, Tram, U- und S-Bahnen nicht nur in den Großstädten und ihrem jeweiligen Umland, sondern auch in den Mittel- und Kleinstädten

bis hinein in den ländlichen Raum; dies beinhaltet nicht nur eine Erhöhung des Platzangebots durch längere Züge und größere Busse bzw. Gelenkbusse, sondern auch eine kontinuierliche Verbesserung des Fahrtenangebots durch eine höhere Bedienungshäufigkeit bzw. eine kürzere Taktfolge auch in den Abend- und Nachtstunden, eine Verdichtung des Nachtliniennetzes, weitere Beschleunigungsprogramme für Bus- und Trambahnlinien, auch zu Lasten des Kfz-Verkehrs, und möglichst zahlreiche umsteigefreie Direktverbindungen.

Anzustreben ist ein Bayern-Takt für Bus und Bahn nach dem Vorbild der Schweiz. Im Mittelpunkt unserer Verkehrspolitik steht die Reisekette von Tür zu Tür anstatt Höchstgeschwindigkeiten zwischen Oberzentren. In einem ersten Schritt wollen wir Bus- und Bahnanschlüsse optimal aufeinander abstimmen. Wir wollen eine Mobilitätsgarantie für den ländlichen Raum; als Mindestangebot ist ein ganztägiger Stundentakt zwischen allen Grund- und Mittelzentren sicherzustellen. In Gebieten mit schwacher Verkehrsnachfrage können Rufbusse, Bürgerbusse und Anrufsammeltaxis (AST-Systeme) ein Grundangebot gewährleisten.

Wir kämpfen für verbindliche Fahrgastrechte im ganzen Land. Bei den derzeitigen freiwilligen Vereinbarungen haben die Fahrgäste nur in 5 Prozent der Fälle überhaupt einen Anspruch auf Entschädigung bei Verspätungen oder Totalausfall von Verbindungen.

Die bayerische LINKE tritt für eine Entkriminalisierung von Fahrgästen ohne gültigen Fahrschein und für die Einführung eines gebührenfreien öffentlichen Nahverkehrs (Nulltarif) ein, sofort für Kinder und Jugendliche bis zum Ende ihrer Ausbildung (kostenlose Beförderung zur Schule und zurück nach Hause) und für alle durch die Umgestaltung des Tarifsystems nach sozialen und umweltbezogenen Gesichtspunkten, und zwar über eine konsequente, zunehmende Absenkung der Preise für Monatskarten. Wir wollen einen einheitlichen Bayern-Tarif statt ÖPNV-Kleinstaaterei und bundesweit einheitliche Standards beim Angebot und den Tarifbedingungen um den Flickenteppich der Verkehrsverbünde zu überwinden. Wir treten für kommunale, demokratisch kontrollierte Nahverkehrsunternehmen ein. Der Vorrang eigenwirtschaftlicher Betriebe muss abgeschafft werden. Statt Profite für Uber und Co. wollen wir den regulierten Taxibetrieb als Teil des öffentlichen Verkehrs. Dafür wollen wir mehr Mittel vom Land und auch vom Bund sowie eine Nahverkehrsabgabe für Unternehmen. Zur Finanzierung beitragen können Umlagen auf die Nutznießer eines effizienten ÖPNV: Arbeitgeber, Einzelhandel, Gastronomie und Vermieter, aber auch eine City-Maut, Abgaben auf Stellplätze für Kunden und Beschäftigte. Ermäßigte Job-Tickets für Arbeitgeber, die Monatskarten für die gesamte Belegschaft erwerben, können ebenfalls zur Kostendeckung beitragen.

## 6.4. Schieneninfrastruktur ausbauen und erhalten!

Wir plädieren für eine polyzentrische Stadt-, Regional- und Landesentwicklung. Die Schieneninfrastruktur im Großraum München sollte dementsprechend zur verkehrlichen Entlastung der Landeshauptstadt beitragen und sich daher nicht länger monozentrisch auf den Münchner Marienplatz ausrichten, sondern sowohl auf die Münchner Stadtteilzentren und Umlandgemeinden als auch auf die derzeit noch weniger attraktiven Zentren der „Metropolregion“, wie zum Beispiel Ingolstadt, Landshut, Rosenheim, Kaufbeuren und Augsburg, die jeweils auch untereinander gut erreichbar sein müssen.

Den zweiten S-Bahn-Tieftunnel durch das Münchner Stadtzentrum lehnen wir weiterhin entschieden ab. Wir kritisieren vor allem die extrem hohen Bau- und Betriebskosten des Neubauprojekts und sehen erhebliche Sicherheitsrisiken bei zweifelhaftem Mehrwert für die Fahrgäste und die Allgemeinheit. Auch nach dem bereits erfolgten Baubeginn kämpfen wir auch vor Gericht für einen Baustopp und für die Realisierung besserer Lösungen, insbesondere für den Ausbau des Süd- und Nordrings und die Ertüchtigung der Außenäste. Bereits heute ist absehbar, dass für wichtige Verkehrsprojekte in den anderen Regionen Bayerns auf Jahre hinaus keine oder nur unzureichende Mittel zur Verfügung stehen werden.

Wir treten ein für die Modernisierung und den flächenhaften Ausbau des Schienennetzes, um Engpässe zu beseitigen, Lücken zu schließen und neue Anschlüsse zu schaffen. Dies gilt für Verbindungen im Fernverkehr ebenso wie für solche im Regional- und Güterverkehr. Zur Modernisierung gehört auch der zweigleisige Ausbau eingleisiger Strecken; in Bayern sind das etwa 50 Prozent aller Strecken (ca. 3.000 km). Dazu gehört beispielsweise die Strecke zwischen Ingolstadt und Augsburg, die Lechfeld- und die Ammerseebahn, die Strecke von Günzburg nach Mindelheim sowie die Linie von Ulm nach Kempten.

Wir sagen Nein zum Abbau von Eisenbahninfrastruktur. Die Reaktivierung stillgelegter Strecken ist uns ein besonderes Anliegen. Güterverkehr muss auch unter 300 km wieder auf die Schiene. Kein Stellenabbau bei DB-Cargo! Daher setzen wir uns für ein bundesweites Investitionsprogramm zur zügigen Elektrifizierung der bisher nur von Dieselfahrzeugen genutzten Bahnstrecken ein; vorrangig sind hierbei die Strecken Geltendorf – Memmingen – Lindau, Grafing – Mühldorf – Freilassing, Rosenheim – Landshut, Nürnberg – Schwandorf – Cham – Furth i.W., Nürnberg – Marktredwitz und Hof – Marktredwitz – Regensburg.

Die weitaus beste und sinnvollste Form von Elektromobilität ist und bleibt der Schienenverkehr.

Wir setzen uns für ein europäisches Nachtzugnetz ein, damit Reisen in Europa wieder bequem und ökologisch möglich ist. Wir fordern die Halbierung der Trassenpreise, damit mehr Verkehr auf die Schiene kommt.

Ein besonderes Anliegen ist uns darüber hinaus nach wie vor auch die Verlagerung des Güterverkehrs von der Straße auf die Schiene und eine stärkere Finanzierung des Gleisanschlussprogramms. Neue Gewerbe- und Industriegebiete müssen durch die Schiene erschlossen werden und dürfen deshalb nur noch in der Nähe von Bahnstrecken entstehen.

Wir fordern barrierefreie und nutzerfreundliche Bahnhöfe mit Servicepersonal, verlässliche, getaktete Fahrpläne und setzen uns für eine Änderung der Geschäftspolitik der Deutschen Bahn AG ein: Diese muss sich am Gemeinwohl ausrichten und nicht am Bilanzgewinn. Der Schienenverkehr muss öffentlich organisiert und bedarfsgerecht finanziert werden. Notwendig ist Kooperation statt Konkurrenz. Alle weiteren Schritte in Richtung Liberalisierung und Privatisierung im Schienenverkehr müssen gestoppt werden. Alle erfolgten Privatisierungen, Ausgliederungen und Aufspaltungen bestehender Eisenbahngesellschaften müssen rückgängig gemacht werden. Wir wollen eine Reform der Bahnreform, mit der die DB auf Privatisierungskurs gesetzt wurde. Wir wollen eine demokratische Bürgerbahn, bei der auch die Kompetenz und Erfahrung der Beschäftigten zum Tragen kommt.

## **6.5. Schluss mit der Subventionierung des Kfz-Verkehrs – keine Privatisierung des ÖPNV und der DB!**

Wir halten es für unabdingbar, nicht nur die Verkehrsplanung in den Kommunen, sondern auch die regionale und überregionale Verkehrspolitik konsequent auf den Umweltverbund auszurichten und zu diesem Zweck auch auf Landes- und Bundesebene neue Finanzierungsquellen zu erschließen. Deshalb plädieren wir für „Kostenwahrheit im Verkehr“ und damit für eine Abkehr von der bislang üblichen Subventionierung des Kfz-Verkehrs (wie zum Beispiel beim Diesel- und „Biokraftstoff“) zugunsten des ÖPNV.

Die Bereitstellung eines attraktiven Mobilitätsangebotes im umweltfreundlichen ÖPNV halten wir für eine Kernaufgabe staatlicher Daseinsvorsorge, die – ähnlich wie das Erziehungs-, Bildungs- und Gesundheitswesen – vom Freistaat und dem Bund kurzfristig deutlich stärker gefördert und langfristig vollständig aus Steuermitteln finanziert werden muss. Jede Privatisierung öffentlicher Verkehrsinfrastruktur – auch der Bahn – lehnen wir strikt ab.

Anstelle einer Kaufprämie für Elektroautos wollen wir Elektromobilität im öffentlichen Verkehr fördern. Zuschüsse für elektrisch angetriebene Lastenfahräder und E-Autos sind sinnvoll für Handwerker, soziale Dienste und Taxis. Das steuerliche Dienstwagenprivileg muss nach ökologischen Kriterien umgestaltet werden, damit nicht weiterhin vor allem Gutverdienende, Arbeitgeber und die Automobilindustrie auf Kosten der Allgemeinheit und der Umwelt profitieren. Die Pendlerpauschale wollen wir in eine sozial gerechte Mobilitätszulage umwandeln und damit zusätzlich einen Anreiz zum Benutzen des Umweltverbunds bieten. Die hier freiwerdenden Mittel werden in den Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs investiert.

DIE LINKE will den Import von „Biokraftstoffen“ unterbinden, weil damit Nahrungsmittelproduktion in Ländern des globalen Südens verdrängt und Biotop zerstört werden. Regionale Pflanzenölkraftstoffe sollten nur im Agrarbereich und beim ÖPNV eingesetzt werden.

Die massive Beeinflussung der Verkehrspolitik durch die Automobilkonzerne muss gerade in Bayern thematisiert werden. Die CSU-Landesregierung scheint eher Sachwalter der Interessen der Aktieninhaber der Automobilkonzerne als verantwortlich für die Zukunftsinteressen der Bevölkerung zu sein.

## **6.6. Landesmobilitätsplan entwickeln – Bundesverkehrswegeplan überarbeiten!**

Wir fordern einen verbindlichen Landesmobilitätsplan, der auf eine bessere Verknüpfung aller Verkehrsträger abzielt und alle Siedlungsgebiete Bayerns netzartig verbindet. Darin ist darzustellen, wie wir zukünftig uneingeschränkte Mobilität für alle Menschen sicherstellen können und dabei weniger motorisierten Kfz-Verkehr verursachen.

DIE LINKE tritt in Bayern wie auf Bundesebene für eine grundlegende Überarbeitung des Bundesverkehrswegeplans 2030 ein. Dabei sind soziale, raumordnerische und ökologische Belange mindestens gleichwertig zu betrachten. Modernisierung und Sanierung vorhandener Infrastruktur müssen Vorrang vor Neubau haben. Wir wollen einen Bundesmobilitätsplan, mit dem die sozial-ökologische Mobilitätswende vollzogen wird und bei dem der schienengebundene Personen- und Güterverkehr im Mittelpunkt steht. Statt Straßenbau- und Prestigeprojekten bei der Bahn und bei den Flughäfen wollen wir den Ausbau des ÖPNV sowie des Rad- und Fußverkehrs in den Kommunen und Regionen finanzieren.

Bei der Planung von Verkehrsprojekten wollen wir Bürgerinnen und Bürger und Interessenvertretungen von Anfang an voll einbeziehen und wirkliche Alternativen zur Diskussion stellen. Wir wollen Bürgerräte auf Bundes-, regionaler und kommunaler Ebene einführen, um die Verkehrsplanung zu demokratisieren.

Die geplante Infrastruktur-GmbH lehnen wir ab. Sie ist der Kontrolle des Bundestags entzogen und ermöglicht Privatisierung durch die Hintertür. Autobahnen und Bundesstraßen sind aber wesentlicher Teil der öffentlichen Infrastruktur. Wir lehnen alle direkten oder indirekten Privatisierungen von Verkehrsinfrastruktur ab. Auch öffentlich-private Partnerschaften (ÖPP) verursachen langfristig Mehrkosten, sind ein Risiko für die öffentliche Hand und schränken die Demokratie ein. Wir beteiligen uns aktiv an außerparlamentarischen Protesten gegen die drohende Privatisierung der Bundesfernstraßen und stellen uns dieser verhängnisvollen Entwicklung konsequent entgegen.

Eine Pkw-Maut für die Nutzung der Bundesfernstraßen lehnen wir ab, und zwar sowohl für Aus- als auch für Inländer. Sie schafft den gläsernen Bürger und ist der Einstieg in die Privatisierung des Autobahnnetzes.

## 7. Ökologischer Umbau – für ein lebenswertes Bayern

Intakte Lebensgrundlagen sowie eine ökologische, nachhaltige und gerechte Nutzung der Ressourcen sind für DIE LINKE untrennbar mit der sozialen Gestaltung unserer Gesellschaft verknüpft. Deshalb sind für uns Ökologie, Natur-, Klima- und Umweltschutz Teil einer sozialen und solidarischen Gesellschaft. Darüber hinaus achtet DIE LINKE den Eigenwert der Natur. Denn Pflanzen und Tiere sowie Biotope oder Landschaften sind auch dann schutzbedürftig, wenn sie keinen erkennbaren Nutzen für die Menschen haben. Unsere Partei tritt zudem für einen konsequenten Tierschutz und Tierrechte ein. Die wichtigsten Bedrohungen für die Umwelt weltweit sind der fortschreitende Klimawandel und die Zerstörung der natürlichen Lebensräume.

Seit über 60 Jahren wird der Agrarsektor bei uns – genau wie die anderen Wirtschaftsbereiche – nach dem kapitalistischen Prinzip „Wachsen oder Weichen“ getrimmt. Das bewirkt nicht nur, dass immer mehr kleine bis mittlere Höfe aufgeben und ihre Flächen an Größere abgeben müssen, sondern auch, dass ganze dörfliche Strukturen in Bayern zerstört werden. Felder, Wälder und Hofstellen werden zu Agrarfabriken und Gewerbegebieten. DIE LINKE in Bayern hängt zwar keinem nostalgischen Heimatbegriff an, sie kämpft aber mit den Menschen in der Region für ihr gesichertes Auskommen und den Zusammenhalt in ihren Wohnorten, ohne dass sie in die Ballungsräume pendeln müssen. DIE LINKE will kleinere bäuerliche Betriebe bei Zusammenschlüssen und Bildung von Genossenschaften finanziell fördern und unterstützen.

Bayern, das die CSU gern „mit Laptop und Lederhose“ sieht und als Vorstufe zum Paradies betrachtet, ist Bundesland eines der größten Industriestaaten der Erde. Als solches muss es einen spürbaren Anteil für die Verantwortung für die Zukunft unseres Planeten übernehmen. Der ökologische Fußabdruck unserer wachstums- und profitorientierten Wirtschafts- und Konsumweise ist unakzeptabel hoch. Denn sowohl der Pro-Kopf-Ausstoß von Treibhausgasen als auch der Verbrauch von Ressourcen liegt hierzulande um ein Vielfaches höher als in Entwicklungsländern. Für den Verbrauch von Rohstoffen und Energie muss gleichermaßen gelten: vermeiden, Effizienz erhöhen, nicht erneuerbare durch erneuerbare Ressourcen ersetzen, geplante Schwachstellen verbieten. Eine Diskussion über Sinn und Zweck von Wachstum wie über unsere Konsumgewohnheiten ist deshalb zwingend notwendig.

DIE LINKE wendet sich gegen Scheinlösungen und Hochrisikotechnologien, auf die die Staatsregierung setzt, wie etwa die Atomforschung, die Agrogentechnik oder die Abscheidung und unterirdische Verpressung von Kraftwerksemissionen. Ferner gilt es, die ursprüngliche biologische Vielfalt zu bewahren bzw. wiederherzustellen und eine weitere Zerstörung der bayerischen Landschaften zu verhindern. Ein weiteres Problem sind die vielen frei verkäuflichen Produkte mit Nanoteilchen und Mikroplastik, deren Zahl sich ständig erhöht und deren Gefährdungspotenzial für Mensch und Umwelt bereits belegt ist.

Gerade wenn es um den Ausbau der erneuerbaren Energien geht, melden sich aus den Reihen von CDU/CSU, FDP und AfD vermeintliche Sachwalter des „Kleinen Mannes“ zu Wort, die davor warnen, dass die Energiewende für Geringverdienende zu teuer wird und deshalb nicht stattfinden darf. Das sind genau die Kräfte, die die Armut in Deutschland durch Dumpinglöhne, prekäre Beschäftigungsverhältnisse und Sozialleistungen, die den Namen nicht verdienen, befördern. Eine nachhaltige Umwelt-, Energie- und Verkehrspolitik kann nur gelingen, wenn die Politik insgesamt darauf ausgerichtet ist, Armut zu bekämpfen.

## **7.1. Klima schützen, Energie umbauen – sozial und ökologisch**

DIE LINKE unterstützt die weitere Förderung innovativer und klimaschonender Techniken zur Energieerzeugung in Bayern. Im Unterschied zu anderen Parteien verbinden wir damit die Forderung, dass mit dem verstärkten Einsatz erneuerbarer Energien ein sozialer Fortschritt einhergeht. Für die immer häufiger propagierte „Green Economy“ trifft das keinesfalls zu, denn sie blendet Herrschafts- und Ausbeutungsverhältnisse völlig aus. „Grüner“ Agro-Sprit aus tropischen Palmölplantagen beispielsweise fördert Enteignungen von Bauern („Land-Grabbing“) und Ausbeutung der Landbevölkerung.

Wir lehnen Fracking entschieden ab. Gegen die Wert- und Preislogik des grünen Kapitalismus setzt DIE LINKE auf den sozial-ökologischen Umbau aller Wirtschaftsbereiche. Wir unterstützen daher eine dezentrale Energieerzeugung, an der die Verbraucherinnen und Verbraucher selbst beteiligt sind. Neben Kleinanlagen können es auch größere, genossenschaftlich und kommunal verwaltete Anlagen sein. Mit Windkraft-, Solar- und Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen (KWK und Speicher) schaffen wir so neue regionale Wertschöpfung und befreien uns aus der Feudalherrschaft der Energiekonzerne.

DIE LINKE steht für einen schrittweisen bundesweiten Ausstieg aus der Kohle bis spätestens 2035, der unverzüglich mit der Abschaltung der 20 dreckigsten Kohlemeiler eingeleitet werden muss. Die Staatsregierung soll auf Bundesebene den Kohleausstieg und die Finanzierung des Strukturwandels in den Revieren unterstützen. Dies wäre nicht nur ein Beitrag für den Klimaschutz. Die Abschaltungen würden auch einen Teil jener Höchstspannungstrassen überflüssig machen, welche aus dem Norden nach Bayern führen sollen. Denn diese werden nach gegenwärtigen Planungen zu einem großen Teil auch für Kohlestromlieferungen nach Südeuropa genutzt.

DIE LINKE fordert ein gerechteres Preissystem für Energie. Die EEG-Umlage muss reformiert werden: Viele Ausnahmen, die die Industrie von der Zahlung der Umlage zu Lasten der Verbraucher befreien, müssen entfallen. Verbraucherinnen und Verbraucher, die ihre Rechnung nicht bezahlen können, dürfen nicht vom Netz getrennt werden. Wir wollen die Grundversorgung sicherstellen und Verschwendung eindämmen: Energieversorger sollen dazu verpflichtet werden, einen Sockeltarif für Strom einzuführen, durch den jeder Privathaushalt ein kostenloses, an der Haushaltsgröße orientiertes Grundkontingent an Strom erhält. Dieses soll deutlich niedriger als der durchschnittliche Verbrauch liegen. Über dem kostenlosen Kontingent sollen die Preise über heutiges Niveau steigen. Unter dem Strich soll sich somit bei Durchschnittsverbräuchen nichts ändern, während ein niedrigerer Verbrauch stärker belohnt und ein überdurchschnittlicher Verbrauch stärker belastet werden soll. Für Haushalte mit hohen spezifischen Stromverbräuchen aufgrund von Nachtspeicherheizungen oder einer elektrischen Warmwasserbereitung muss es zusätzliche Grundkontingente geben. Dabei ist eine möglichst rasche Umstellung auf ökologisch und ökonomisch günstigere Heizungen anzustreben.

Überdies ist es erforderlich, Maßnahmen zur Anpassung an den Klimawandel zu ergreifen, der Bayern in besonderer Weise betrifft. In den bayerischen Alpen fiel die Erwärmung, wie im gesamten Alpenraum, doppelt so hoch aus wie im globalen Durchschnitt. Bis Ende des Jahrhunderts wird es kaum noch Alpengletscher geben.

In Bayern ist jetzt schon mit niederschlagsärmeren und heißeren Sommern und deutlich niederschlagreicheren Wintern zu rechnen. Das Land muss sich auf ein Abtauen großer Bereiche des alpinen Dauerfrostbodens und auf Starkregenereignisse einstellen. Die Lebensräume vieler Arten werden sich verschieben.

DIE LINKE fordert den vollständigen Ausstieg aus der Atomkraft auch in Bayern bis Ende 2020. Für die Kosten der Atomenergienutzung müssen die

Atomkonzerne in die Verantwortung genommen werden. Die Suche nach einem atomaren Endlager muss transparent und ergebnisoffen erfolgen. Im Standortauswahlgesetz sind ausreichende Beteiligungs- und Klagerechte zu verankern.

Auch wenn die erneuerbaren Energien im Freistaat künftig deutlich schneller wachsen als bislang, wird in Bayern der Bau einiger flexibler Gaskraftwerke als Ausgleich für wegfallende AKW-Kapazitäten unvermeidbar sein.

Der beschleunigte Ausstieg aus der Atomenergie ist für Bayern eine große Chance. Das Land muss sich als Innovationsmotor für Energieeffizienz, regenerative Energien und moderne Energiemanagementsysteme profilieren. Ein Neubau von Kohlekraftwerken als Ersatzkapazitäten wäre dagegen ein Weg in die Vergangenheit und ein Schlag gegen den Klimaschutz. DIE LINKE in Bayern lehnt ihn deshalb ab. Gleiches gilt für Beteiligungen von bayerischen Stadtwerken und öffentlichen Banken an Atom- und Kohlekraftwerken in anderen Bundesländern.

Dagegen können dezentrale Blockheizkraftwerke auf Gasbasis und Mini-KWK-Anlagen einen Beitrag zur Systemintegration der erneuerbaren Energien leisten, wenn viele von ihnen zusammengeschaltet und stromgeführt zentral gesteuert werden. Sie können so einen Teil der schwankenden Einspeisung von Strom aus Wind und Sonne abfedern.

Wir halten den weit überdimensioniert geplanten Ausbau der Stromübertragungsnetze für technisch nicht notwendig und wenden uns dagegen. Wir lehnen den Ausbau der Stromübertragungsnetze sowohl durch Freileitungen als auch durch Erdkabel ab. Während auf niedriger und mittlerer Spannungsebene die Verlegung von Stromkabeln unter die Erde keine technischen Probleme darstellt, verweisen wir bei den viel leistungsstärkeren und größeren Höchstspannungserdkabeln auf bislang unzureichende Erfahrungen. Die unterirdischen Stromautobahnen werden die Kosten des Netzausbaus um ca. 8 bis 10 Milliarden Euro im Vergleich zu Freileitungen verteuern. Da das auf die Stromtarife umgelegt wird, kommen auf den Durchschnittshaushalt Mehrkosten bis zu 10 Euro im Jahr zu. Ein typischer Industriebetrieb muss demnach bis zu 160.000 und eine Gewerbefirma bis zu 11.000 Euro zusätzlich aufbringen. Da wir die Energiewende sozial verträglich und im Sinne einer regionalen Energieerzeugung gestalten wollen, lehnen wir daher den Ausbau der Stromübertragungsnetze in jeglicher Form ab. Sie widersprechen einer dezentralen und regenerativen Energieversorgung und dienen nur einer weiteren Liberalisierung des Strommarkts in Europa sowie der Durchleitung von Kohlestrom. Da die Renditen der Netzbetreiber gesetzlich garantiert werden, werden Interessen der Bürgerinnen und Bürger in keiner Weise berücksichtigt, sondern die massiven Kosten auf Kleinkunden und den Mittelstand abgewälzt.

DIE LINKE fordert die Rückführung des Übertragungsstromnetzes in die öffentliche Hand sowie die Rekommunalisierung der Erzeugungskapazitäten bei Stadtwerken, sowie eine Stärkung und Beteiligung von Bürgerenergiegenossenschaften. DIE LINKE wird im Landtag dafür eintreten, Rahmenbedingungen zu schaffen, die den Rückkauf von Stadtwerkeanteilen von privaten Energieversorgern befördern. Wir wollen Ökostadtwerke und Bürgerenergie statt Oligopolabsprachen, Preismissbrauch und Strukturkonservatismus der überkommenen fossil-atomaren Energielobby. So lassen sich auch am einfachsten innovative Strategien zur Energieeinsparung und zum Ausbau erneuerbarer Energien entwickeln und umsetzen.

Wir unterstützen das Ziel des Bundes Naturschutz, nach dem künftig mindestens 50 Prozent des bayerischen Stroms von Bürgergesellschaften oder öffentlichen Trägern (Stadtwerke) kommen soll.

DIE LINKE stemmt sich dagegen, ärmere Haushalte von einem angemessenen Wärme- und Stromverbrauch auszuschließen. Deshalb sind wir auch für ein Verbot von Stromabschaltungen.

**Der Staatsregierung bzw. dem bayerischen Landtag kommt dabei die Aufgabe zu:**

- » unverzüglich die 10-H-Regelung abzuschaffen, die das Potenzial zum Windkraftausbau absurd verkleinert und den Ökostromausbau massiv behindert.
- » darauf hinzuwirken, dass Gaskraftwerke nicht mehr ohne Abwärmenutzung und Wärmekonzept gebaut werden dürfen.
- » durch finanzielle Anreize, Aufklärung, Information und Kennzeichnungspflichten die Anschaffung von stromsparenden Haushaltsgeräten (Energieeffizienzklasse A+++ oder neuer) in privaten Haushalten zu befördern.
- » die Energieagentur Bayern („Energie innovativ“) beim Staatsministerium für Wirtschaft und Medien, Energie und Technologie so auszurichten, dass kommunale Energieagenturen unter anderem darin unterstützt werden, Haushalten mit niedrigem Einkommen kostenfreie Energieberatungen anzubieten.
- » das Klimaschutzprogramm „Bayern 2050“ zu forcieren.
- » bei der Beschaffung für die öffentliche Hand und bei öffentlichen Investitionen besonders energiesparende Geräte und Bauweisen vorzuschreiben.

Im Bundesdurchschnitt werden rund 40 Prozent der Treibhausgasemissionen im Gebäudebereich erzeugt, insbesondere bei der Raumheizung und Warmwasserbereitstellung. Darum muss die Wärmedämmung nicht nur bei Neubauten, sondern auch im Gebäudebestand deutlich verbessert werden.

### DIE LINKE hat sich zum Ziel gesetzt:

- » tatsächlich 10.000 Häuser im Jahr mit Förderung des Freistaats energetisch zu sanieren, da das 10.000-Häuser-Programm zur energetischen Gebäudesanierung mit nur 1.300 Fällen in der Förderung im Jahr 2017 ein Etikettenschwindel der CSU ist.
- » energetische Sanierungen sozial abzusichern, sodass sie nicht zu Verdrängungen oder Armut bei Mieterinnen und Mietern führen; nach der energetischen Sanierung dürfen die umgelegten Kosten der Sanierung nicht höher ausfallen als die eingesparten Heizkosten („warmmietenneutral“).
- » den Vollzug der geltenden Energieeinsparverordnung (EnEV) und die dazu gehörenden Baukontrollen deutlich zu verbessern.
- » das Austauschprogramm für ineffiziente Heizkessel („Heizungstausch-Plus“) fortzuführen und nicht einzustellen, da auch hier besonders preiswerte CO<sub>2</sub>-Einsparpotenziale liegen.
- » ein Austauschprogramm für Nachtspeicheröfen aufzulegen, um diese besonders klimaschädliche Art der Wärmebereitstellung zu beenden.
- » den Bau von Niedrigenergie- und Passivhäusern zu fördern.
- » über den Bundesrat tätig zu werden, um das Mieterrecht dahingehend zu ändern, dass zum einen die Modernisierungumlage abgeschafft und durch einen ökologischen Mietspiegel ersetzt wird, und zum anderen Miet- bzw. Nebenkostenabschläge möglich gemacht werden, sofern sich Hauseigentümer einer sinnvollen Wärmesanierung verweigern.
- » sich im Bundesrat dafür einzusetzen, dass eine steuerliche Förderung der energetischen Gebäudesanierung ermöglicht wird. Sie ist als Abzug von der Steuerschuld (also nicht von der Bemessungsgrundlage) zu gestalten, damit Personen mit niedrigerem Einkommen nicht gegenüber Personen mit höherem Einkommen benachteiligt werden.

Energiegewinnung aus Biomasse ist nur sinnvoll, wenn nur Gülle und landwirtschaftliche Reststoffe zur Beschickung der Anlagen verwendet werden oder Reste aus der Holzverarbeitung, nicht als Nutzholz geeignetes Waldholz, Stroh

und Altholz in Biomasseheizkraftwerken (BMHKW) und Pyrolyse-Anlagen. Nachwachsende Rohstoffe zur Biogaserzeugung sind zurückzufahren bzw. durch mehrjährige Kulturen von Blühpflanzen zu ersetzen. DIE LINKE wendet sich gegen die „Vermaisung“ der Landschaft zu Gunsten der Energieerzeugung. Sie wendet sich zudem dagegen, aus tropischen Ländern Agrokraftstoffe oder Palmöl zu importieren, weil diese zum Großteil im Zusammenhang mit Raubbau an Tropenwäldern und Vertreibungen von indigenen Völkern und Kleinbauern produziert werden.

Probleme gibt es bisher noch bei der Speicherung des Stroms aus erneuerbaren Energien. Wenn bis 2040 100 Prozent des Strombedarfs aus erneuerbaren Energien gewonnen werden soll, braucht Deutschland bis dahin eine elektrische Speicherkapazität von 100 Terawattstunden. Pumpspeicherwerke können nur einen geringen Teil des künftig erforderlichen Speichervolumens übernehmen. Bayern sollte als Innovationsland führend bei der Entwicklung und der Marktüberführung von „Power-to-Gas“-Systemen werden. Zeitweise überschüssiger Ökostrom kann so in Wasserstoff umgewandelt und gespeichert oder unter Nutzung von Kohlenstoffdioxid in einer nachgeschalteten Methanisierung in Methan überführt und anschließend in das Erdgasnetz eingespeist werden. Das Gasnetz hat bereits eine Speicherkapazität von 220 Terawattstunden chemischer Energie. Bei Windflauten und Dunkelheit kann durch hocheffiziente Gaskraftwerke mit KWK die Energie rückverstromt und zusätzlich Wärme gewonnen werden. Dies sorgt für eine höhere Versorgungssicherheit als sie durch die verfehlte Trassenpolitik versprochen wird.

### Die Staatsregierung und der Landtag Bayern stehen ferner vor der Aufgabe:

- » Initiativen zu ergreifen, die die Blockierung des Windenergieausbaus durch angebliche Anforderungen militärischer Einrichtungen (Radaranlagen etc.) beenden.
- » die naturverträgliche Gestaltung der bestehenden großen Wasserkraftwerke mit genügend Restwassermengen, Fischwanderhilfen und Schutz von Gewässerorganismen vor der Turbinenpassage zu unterstützen und – entgegen den Planungen der Staatsregierung – aus Naturschutzgründen auf den weiteren Ausbau der kleinen Wasserkraftwerke zu verzichten; die wenigen verbliebenen frei fließenden Gewässerstrecken sind zu erhalten.
- » eine Vorreiterrolle Bayerns in der Tiefengeothermie sowohl bei Wärmenetzen als auch bei der Stromerzeugung anzustreben; das bayerische Programm zum verstärkten Ausbau von Tiefengeothermie-Wärmenetzen

blieb bisher weitgehend wirkungslos, obwohl das süddeutsche Molassebecken gute geologische Bedingungen bietet.

- » die angemessene Nutzung von Biomasse aus Abfällen insbesondere in dezentralen Anlagen zur gemeinsamen Erzeugung und Speicherung von Strom und Wärme in stationären Anlagen zu unterstützen.
- » den Ausbau insbesondere der Stromverteilnetze für die Mittelspannung (bis 20 kV) sowie für Haushaltsstrom (bis 400 V) zu beschleunigen um die Integration von Ökostrom aus dezentralen Erzeugungsanlagen zu ermöglichen.

Um den Umbau des fossil-atomaren auf ein nachhaltiges und versorgungssicheres Energiesystem voranzubringen, sind neue Forschungsleistungen erforderlich.

## **7.2. Gesundheit der Menschen schützen – Grenzwerte strikt einhalten!**

Hohe Schadstoffbelastungen durch Stickoxide (NOx) und Feinstaub sind eine Gefahr für die Gesundheit der Bevölkerung, besonders in den Großstädten. Ursache der Schadstoffbelastung sind vor allem die Autoabgase. Um die Belastungen zu verringern, ist es nötig, dass der Autoverkehr in den Städten minimiert wird und Verbrennungsmotoren durch alternative Antriebe ersetzt werden.

Vor dem Hintergrund des aktuellen Dieselskandals fordern wir die politisch Verantwortlichen in der Kommune, auf Landes- und auf Bundesebene nachdrücklich dazu auf, endlich sicherzustellen, dass die Grenzwerte in Bezug auf die Verkehrsgeschwindigkeiten sowie alle relevanten Emissionen (Lärm, Feinstaub, Stickstoffdioxid und CO<sub>2</sub>) eingehalten werden. Fast alle Autohersteller haben offensichtlich in der Vergangenheit bei den Angaben zum Stickoxidausstoß manipuliert. Tatsächlich wurden und werden die Grenzwerte für Stickstoffdioxid bis zum 8-fachen des Zulässigen überschritten. Wir wollen, dass die Folgekosten dieses Betrugs nach dem Verursacherprinzip von den Herstellern getragen werden. Bloße Software-Updates und selbst die Nachrüstung von Katalysatoren werden dabei keinesfalls ausreichen! Der Einsatz von Agrotreibstoffen ist keine Alternative zur Senkung des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes.

Der CO<sub>2</sub>-Grenzwert für Neuwagen in Europa soll ab 2025 deutlich unter 60 Gramm pro Kilometer betragen. Wir unterstützen den Vorschlag des Bundesrats, ab 2030 nur noch Pkw mit null CO<sub>2</sub>-Emission zuzulassen. Für die Überwa-

chung der Abgasnormen wollen wir eine neue, unabhängige und schlagkräftige Behörde beim Umweltbundesamt ansiedeln.

Die maßgebliche Beeinflussung der Verkehrspolitik durch die Automobilkonzerne muss gerade in Bayern thematisiert werden. Die CSU-Landesregierung scheint eher Sachwalter der Interessen der Aktieninhaber der Automobilkonzerne zu sein als verantwortlich für die Zukunftsinteressen der Bevölkerung. Der ehemalige Verkehrsminister Dobrindt hat maßgeblich eine wesentliche Verschärfung der Abgaswerte bei der EU verhindert und sich auch auf Bundesebene gegen eine Entschädigungsregelung für die betroffenen Autobesitzer gestellt. Die CSU als Lobbyistin blockiert gute Abgas- und CO<sub>2</sub>-Regelungen. Sie blockiert damit umweltverträglichere Antriebs- und Verkehrssysteme.

Dem Trend zu SUVs wollen wir durch eine höhere Besteuerung entgegenwirken. Wir treten für eine allgemeine innerörtliche Geschwindigkeitsbegrenzung von 50 km/h auf 30 km/h ein. Auch höhere Stellplatzgebühren, sozial verträglich gestaltet, für Pkw und Motorräder dürfen kein Tabu sein, wenn wir die Lebensqualität in der Innenstadt nachhaltig verbessern wollen.

Um Mensch und Klima zu schützen, fordern wir ein Tempolimit von 120 km/h auf allen bayerischen Autobahnen und autobahnähnlichen Schnellstraßen sowie eine Beschränkung der zulässigen Verkehrsgeschwindigkeit auf 80 km/h auf allen anderen Straßen außerhalb geschlossener Ortschaften.

Verkehrslärm gehört zu den am stärksten empfundenen Lärmbelästigungen. Die Mobilität in Bayern ist unter dem Gesichtspunkt des Klimaschutzes, der Luftreinhaltung und der Lärmvermeidung zu planen. DIE LINKE will Umgebungs-, Straßen- und Schienenlärm mit einem verbindlichen Lärmschutzgesetz regeln und verringern. Für den Lärmschutz müssen entsprechende Mittel bereitgestellt werden. Lärm macht krank!

### **DIE LINKE fordert:**

- » die Förderung von Fahrzeugen mit niedrigem Kraftstoffverbrauch.
- » das Verbot der Beimischungsquote für Agrotreibstoffe.
- » ein Tempolimit auf allen bayerischen Autobahnen.
- » eine Änderung der Stadtentwicklungspolitik, um unnötigen Verkehr möglichst zu vermeiden
- » die Förderung der gemeinschaftlichen Nutzung von Autos, wie Carsharing oder Pendlernetze.
- » Investitionen in innovative Messgeräte, die flächendeckend die Belastung

durch NOx, Feinstaub und andere Schadstoffe messen können, womit zielgerichtete Maßnahmen zur Verbesserung der Luftqualität besser umgesetzt werden können.

- » die Aufstockung der Mittel für den Lärmschutz.

### **7.3. Personen-, Güter- und Lieferverkehr auf der Straße eindämmen!**

Einen weiteren Neu- und Ausbau von Autobahnen und Bundesstraßen lehnen wir ab. Neue Ortsumfahrungen kommen für uns nur dann in Betracht, wenn in den betreffenden Orten eine deutlich spürbare Verkehrsberuhigung zu erwarten ist und wenn die erforderliche Umweltverträglichkeitsprüfung zu einem positiven Ergebnis führt. Wo immer möglich, ist auch ein Rückbau bestehender Straßen in Betracht zu ziehen.

Die internationalen Konzerne sorgen dafür, dass immer mehr Transportkilometer in den Produkten stecken, weil die profitabelsten Bedingungen in allen Ecken Europas und der Welt genutzt werden. Der Preis ist hoch: Unfälle, Lärm, Abgase, Klimawandel und Umweltzerstörung. Die Kosten werden der Allgemeinheit aufgebürdet (externalisiert) – sie summieren sich auf 77 Milliarden Euro pro Jahr und belasten vor allem die Krankenkassen. Wir wollen diese Entwicklung umkehren, Transporte verteuern und die regionale Wirtschaft stärken.

Die Lkw-Maut wollen wir auf alle Straßen ausweiten und erhöhen. Die externen Kosten wie Luftverschmutzung und Lärmbelästigung müssen einbezogen werden. Wir wollen ein Lkw-Fahrverbot ab Freitagnachmittag und nachts einführen und die Nutzung von Bundes- und Landstraßen untersagen, wenn eine Bundesautobahn parallel vorhanden ist. Die Zulassung von Gigalinern („Monster-Trucks“) lehnen wir ab. Ebenso lehnen wir staatlich geförderte Projekte zur Erprobung und Einführung von Oberleitungen für Hybrid-Lkw mit Stromabnehmern auf Autobahnen und elektronischen Deichseln für Kolonnenfahrten von Lkw und anderen Nutzfahrzeugen ab. Für Lkw-Fahrerinnen und -Fahrer wollen wir längere Ruhezeiten und bessere Arbeitsbedingungen durchsetzen.

### **7.4. Klimaschutz ernst nehmen – Flugverkehr eindämmen!**

Wir sind gegen eine Erweiterung des Nürnberger und des Münchner Flughafens, gegen jeden weiteren Ausbau von Regionalflugplätzen und für einen

Verzicht auf jede Subventionierung von Luftverkehrsinfrastruktur. Die vorhandene Infrastruktur ist für bayerische Verhältnisse mehr als ausreichend; viele innerdeutsche und auch innereuropäische Flüge sind angesichts zahlloser schneller Bahnverbindungen unnötig. Der Ausbau weiterer Flugkapazitäten ist sofort zu beenden! Den sozialen und ökologischen Dumpingwettbewerb im Luftverkehr wollen wir unterbinden. Öffentliche Zuschüsse für Flughäfen sollen gestrichen werden.

Wir sind davon überzeugt, dass selbst die aktuellen, noch unzureichenden Klimaschutzziele durch ein ungebremstes Wachstum des Flugverkehrs konkterkariert werden. Deshalb plädieren wir für höhere Start- und Landegebühren, eine einheitliche Besteuerung von Kerosin, die umgehende Abschaffung der Kerosinzuschüsse für den Münchner Flughafen und für den vollen Mehrwertsteuersatz auf alle Flugtickets! Wir wollen diese Subventionen (4,7 Milliarden Euro) streichen und stattdessen den Mehrwertsteuersatz für Bahntickets halbieren.

Der Flughafen München darf nicht zum fünften globalen Drehkreuz in Mitteleuropa ausgebaut werden. Den Bau einer dritten Start- und Landebahn nach Ablauf der Bindungsfrist des im Jahr 2012 herbeigeführten Bürgerentscheides lehnen wir ebenso entschieden ab wie den Verkauf der Anteile der Landeshauptstadt München an der Flughafen München GmbH (23 Prozent), die den verbleibenden beiden Gesellschaftern – dem Freistaat Bayern (51 Prozent) und der BRD (26 Prozent) – freie Hand geben würde, die dritte Startbahn entgegen dem Bürgerwillen doch noch zu realisieren.

Wir befürchten eine weitere Zunahme des Fluglärms und fordern deshalb ein Nachtflugverbot an allen bayerischen Flughäfen. Dieses Nachtflugverbot ist im Bundesluftverkehrsgesetz zu verankern. Flugrouten müssen in einem transparenten, öffentlichen, demokratischen und bundesländerübergreifenden Verfahren ausgearbeitet werden.

#### **DIE LINKE will:**

- » keine dritte Startbahn am Flughafen München.
- » die Umbenennung des Franz-Josef-Strauß-Flughafens in Kurt-Eisner-Flughafen zur Würdigung des ersten bayerischen Ministerpräsidenten.
- » keine Erweiterung des Nürnberger Flughafens und keinen weiteren Ausbau von Regionalflugplätzen.
- » die umgehende Abschaffung von Vergünstigungen des Münchner Flughafens für Fluggesellschaften.

- » die einheitliche Besteuerung von Kerosin.
- » die Erhebung der Mehrwertsteuer auch auf internationale Flugtickets.

## 7.5. Natur und Landschaft schützen

Der Genuß der Naturschönheiten und die Erholung in der freien Natur, insbesondere das Betreten von Wald und Bergweide, das Befahren der Gewässer und die Aneignung wildwachsender Waldfrüchte in ortsüblichem Umfang ist jedermann gestattet. Dabei ist jedermann verpflichtet, mit Natur und Landschaft pfleglich umzugehen. Staat und Gemeinde sind berechtigt und verpflichtet, der Allgemeinheit die Zugänge zu Bergen, Seen, Flüssen und sonstigen landschaftlichen Schönheiten freizuhalten und allenfalls durch Einschränkungen des Eigentumsrechts freizumachen sowie Wanderwege und Erholungsparks anzulegen. (Art. 141)

Bayern hat eine vielgestaltige, in einigen Regionen auch einzigartige Natur- und Kulturlandschaft. Sie reicht vom Frankenwald über die bayerischen Seen bis hin zu den Alpen. Die übergroße Mehrheit der Menschen in Bayern ist mit diesen Regionen tief verbunden. Dennoch sind sie bedroht. Zunehmende Flächenversiegelung, Intensivlandwirtschaft, Schadstoffeinträge der Industrie, Zerschneidung von Naturräumen, Verkehrsemissionen und Lärm sowie teilweise auch touristische Übernutzung schädigen Landschaften und Biotope. Zunehmend setzt auch der Klimawandel den heimischen Arten zu.

Die völlig unregelte Freisetzung von Nanopartikeln ist eine Gefahr für die Umwelt und die Gesundheit von Mensch und Tier. Die am häufigsten verwendeten Materialien (Siliziumdioxid, Titandioxid, Zinkoxid, Silber, Kohlenstoff) sind in makroskopischer Form nicht toxisch, aber als Nanopartikel haben sie oft veränderte chemische und physikalische Eigenschaften und damit auch einen anderen Einfluss auf Umwelt und Gesundheit. Zum Beispiel hat sich das antibakteriell wirkende Nano-Silber als schädlich für nützliche Wasserbakterien herausgestellt, Nano-Titandioxid verursacht im Tierversuch Lungenkrebs und beim Nachwuchs Schäden des Hirns und des Nervensystems. Über die Umweltgefährdungen, die von den Nanotechnologien ausgehen, ist bisher wenig bekannt.

Die Anzahl der unzerschnittenen verkehrssarmen Landschaftsräume in Bayern ist seit 1975 auf etwa die Hälfte zurückgegangen. Auch hat das Spektrum unterschiedlicher Lebensräume abgenommen. Damit zusammenhängend ist ein deutlicher Rückgang der Artenvielfalt zu verzeichnen. Insbesondere sind Arten der Offenlandschaften betroffen, zum Beispiel Feld- und Wiesenbrüter.

Pro Tag wird in Bayern die Fläche von annähernd 20 Fußballfeldern der Natur entrissen und für immer versiegelt. Der Flächenbedarf pro Einwohner ist in den letzten 15 Jahren um fast 20 Prozent gestiegen – bei gleichzeitig deutlich wachsender Bevölkerung. Dies wurde durch die exzessive Wirtschafts- und Immobilienpolitik der CSU verursacht. Dieser Entwicklung muss unverzüglich Einhalt geboten bzw. sie muss durch Rückbau umgekehrt werden, damit auch in Zukunft für nachfolgende Generationen genügend Flächen für den Naturschutz und eine nachhaltige Landwirtschaft zu Verfügung stehen.

Der sich ständig ausweitende Flächenbedarf ist zu hinterfragen, sowohl für Wohnen, Verkehr als auch für Gewerbe. Sollte eine Ausweitung der zu bebauenden Fläche wirklich unabwendbar sein, sollte möglichst ein Bauen in die Höhe statt in die Fläche verordnet werden.

Die beschlossene Teilfortschreibung des Landesentwicklungsprogramms (LEP) lehnen wir ab. Insbesondere die Lockerungen des Anbindegebots für Einzelhandelsgroßprojekte und die Änderung des Alpenplans müssen verhindert bzw. rückgängig gemacht werden. Der LEP muss genutzt werden, um den ungehemmten Flächenverbrauch in Bayern zu reduzieren. DIE LINKE unterstützt das Volksbegehren „Betonflut eindämmen“.

Gemeinden dürfen sich nicht weiterhin einen Wettbewerb um die günstigsten Gewerbesteuersätze liefern. Sinnvoll ist die Erhebung einer Versiegelungsabgabe. Dabei wollen wir darauf achten, dass nicht die Mechanismen des „freien Markts“ als Steuerungsinstrument eingesetzt werden, denn diese haben bereits völlig versagt. Mit einem Handelssystem für Zertifikate zum Flächenverbrauch sind wir auf dem falschen Weg. Finanziell gut ausgestattete Kommunen könnten dann noch mehr Gewerbebetriebe ansiedeln und die Leuchtturmpolitik in Bayern noch weiter verstärken. Finanzschwächere Kommunen würden durch den Verkauf von Gewerbeflächenzertifikaten ihre zukünftige Planungshoheit aufs Spiel setzen und die kommunale Entscheidungshoheit würde zur handelbaren Ware. Genauso halten wir es nicht für zielführend, Ausgleichsflächen in entfernte Gemeinden zu verlagern und damit die Probleme unverantwortlich von sich weg zu schieben.

Zukünftig müssen alle Bauvorhaben Nachhaltigkeitskriterien unterworfen werden. Wir schlagen dazu eine Grundzuteilung von Verkehrs-, Gewerbe-, Wohn- und Infrastrukturflächen pro Einwohner vor.

Strukturschwache Gebiete können nur durch eine sinnvolle Förderung aufgewertet werden und damit einer weiteren Entvölkerung mit den Konsequenzen für die Zuzugsgebiete entgehen.

## Die bayerische Staatsregierung bzw. der Landtag sind daher aufgefordert:

- » den Anteil von Schutzgebieten an der Landesfläche zu erhöhen.
- » zwei weitere Nationalparks zu gründen.
- » innerhalb der Schutzgebiete auch Rückzugsräume für die Natur zu schaffen, in denen sie sich weitgehend ohne Einfluss des Menschen entwickeln kann.
- » die bestehenden und neu zu schaffenden Schutzgebiete großräumig miteinander zu vernetzen um Tieren und Pflanzen die Möglichkeit zu geben, zu wandern, sich zu paaren bzw. sich genetisch auszutauschen; dies wäre gleichzeitig ein Beitrag zur Anpassung an den Klimawandel.
- » eine Flächenversiegelungsabgabe einzuführen, um den zusätzlichen Flächenverbrauch für Verkehrs- und Siedlungsflächen in Höhe von gegenwärtig rund 20 Hektar am Tag zu stoppen sowie Entsiegelungen an nicht mehr benötigten Flächen vorzuschreiben bzw. attraktiv zu machen.
- » die Einhaltung der guten fachlichen Praxis in der Landwirtschaft und der Düngemittelverordnung besser zu überwachen und den ökologischen Landbau als besonders naturschonende Variante der Landwirtschaft stärker zu fördern.
- » die bestehenden Arten- und Biotopschutzprogramme stärker an den sich vollziehenden Klimawandel auszurichten sowie Programme aufzulegen, die den Schutz vor Bergrutschen infolge des Auftauens des Permafrostbodens in den hochalpinen Gebieten zum Inhalt haben.
- » im Bundesrat einen Gesetzentwurf einzubringen mit dem Ziel, dass der Einsatz synthetischer Nanomaterialien in umweltoffenen und verbrauchernahen Anwendungen solange gestoppt wird, bis wirksame nanospezifische Regelungen in Kraft sind, die mögliche Risiken für Menschen und Umwelt ausschließen sowie eine Kennzeichnungspflicht für Nanomaterialien in Produkten enthalten.

## 7.6. Flüsse müssen frei fließen

Die Flüsse haben in der Vergangenheit an Wasserstraßenprojekten und wasserbaulichen Maßnahmen gelitten. Nur 12,5 Prozent der natürlichen Gewässer Bayerns sind unverbaut oder gering verbaut. Die CSU wird die Ziele der Wasserrahmenrichtlinie und der nationalen Biodiversitätsstrategie krachend verfehlen.

Der Ausbau des letzten Stücks frei fließender Donau zwischen Straubing und Vilshofen ist momentan vom Tisch. Das beharrliche Engagement der Menschen vor Ort für die Donau hat sich bezahlt gemacht. Jetzt gilt es den Fluss weiter aufzuwerten. Die Donau zwischen Regensburg und Passau ist ökologisch schutzwürdig und kulturhistorisch wertvoll. Wir unterstützen daher die Bestrebung, diese Landschaft als UNESCO-Welterbe zu bewahren.

4.250 Wasserkraftanlagen finden sich an Bayerns Fließgewässern. Den wesentlichen Anteil der Stromerzeugung mit 92 Prozent leisten allerdings nur 219 Anlagen, die sich vor allem an den alpinen Flüssen Isar, Inn, Lech und Iller befinden. Über 4.000 Kleinwasserkraftanlagen mit einer Leistung unter 1.000 Kilowatt erbringen insgesamt nur 8 Prozent der Leistung. Sie leisten damit nur einen sehr geringen Beitrag zum Klimaschutz, hindern aber Fische an der Wanderung und zerstören massiv Fließgewässerlebensräume.

Die zahlreichen Hochwasserereignisse, die nicht nur an Bayerns großen Flüssen, sondern auch an kleinen Bächen auftreten, zeigen die zerstörerische Kraft von Extremwetterereignissen. Menschen mit geringem Einkommen werden von solchen Katastrophen in besondere Not gestürzt. Das Hochwasserschutz-Aktionsprogramm „2020plus“ fixiert sich einseitig auf den technischen Hochwasserschutz und vernachlässigt den erforderlichen natürlichen Hochwasserschutz in der Fläche.

### **DIE LINKE fordert daher:**

- » die Erhaltung der wenigen verbliebenen frei fließenden Gewässerstrecken.
- » den Neubau von Wasserkraftwerken in unseren Flüssen zu stoppen.
- » den Einsatz von Strom-Bojen, die in mittleren bis großen Flüssen Strömungsenergie in Elektrizität umwandeln, zu erforschen und auf den Weg zu bringen.
- » die naturverträgliche Gestaltung der bestehenden Wasserkraftwerke mit genügend Restwassermengen, Fischwanderhilfen und Schutz der Gewässerorganismen vor der Turbinenpassage.
- » ökologischen Hochwasserschutz in der Fläche; Deichbau alleine ist keine Lösung, sondern verschärft das Problem.
- » eine solidarische Elementarversicherung und einen Entschädigungsfonds für Hochwasserschäden und andere Naturkatastrophen.

## DIE LINKE will:

- » keine Baumaßnahmen auf hochwassergefährdeten Flächen und angrenzend keine Versiegelung.
- » eine Rückverlegung von Deichen.
- » die Förderung von Bewirtschaftungsformen, die Bodenverdichtung, bewuchsfreie Perioden und Oberflächenabfluss minimieren.
- » den verbindlichen Schutz der Ufer- und Gewässerrandstreifen.
- » die Wiedervernässung von Mooren im Rahmen eines landesweiten Moorschutzplans.
- » ein Landesprogramm zur Förderung von ökologischen Bewirtschaftungsformen von denaturierten Mooren (Paludikultur).
- » Auenschutz als gelebten Klima-, Natur- und Hochwasserschutz; dies beinhaltet einen Nationalpark Donauauen.
- » die Renaturierung von Flussläufen beispielsweise durch das Entfernen von Uferverbauungen.
- » eine Sicherstellung der Durchgängigkeit der Gewässer für wandernde Fischarten.
- » flächendeckende und engmaschige Kontrollen der bayerischen Gewässer auf Schadstoffe, insbesondere auch auf Pflanzenschutzmittel, hormonaktive Substanzen, Mikroplastik, antibiotikaresistente Bakterien und multiresistente Keime.
- » die Erweiterung des Masterplans für die bayerische Donau zu einem Masterplan für ein weiß-blaues Band der Flüsse und Bäche in Bayern.
- » grenzüberschreitende ökologische und soziale Zusammenarbeit durch Belebung und Überarbeitung der EU-Donauraumstrategie.

## 7.7. Für einen ökologisch orientierten Landbau

Die bisherige Landwirtschaftspolitik stört unser Umweltgleichgewicht. Ein ökologisch orientierter Landbau trägt hingegen zum Gewässerschutz bei, erzeugt weniger Treibhausgase und ist in der Lage, diese zu binden, erhält die Artenvielfalt und bewahrt die kleinteilige, reich strukturierte Kulturlandschaft.

Die momentane Ausrichtung nach Profitmaximierung und Export der Agrarwirtschaft hat verheerende Auswirkungen auf die Umwelt sowie auf Kleinbauern und die Kulturlandschaft. Damit die Landwirtschaft auch außerhalb von Agrarfabriken und Monokulturen noch rentabel ist, fordert DIE LINKE einen Min-

destpreis für Agrarprodukte wie beispielsweise Milch. Wir teilen die Forderung der Bauern nach Minimum 42 Cent pro Liter Milch. Die bisherige Subventionspolitik hat hauptsächlich zu stärkeren Exporten geführt.

Fleischprodukte werden häufig ins EU-Ausland exportiert, da die Angestellten in den Schlachthäusern in Deutschland im EU-Vergleich sehr schlecht bezahlt werden. Oftmals werden Produkte exportiert, welche im Zielland ebenfalls angebaut werden könnten. Gleichzeitig werden Lebensmittel importiert, die wiederum hier produziert werden könnten.

Dieser absurde Warenverkehr ist eine massive Belastung für die Umwelt. Gleichzeitig schwächt dies auch die Position der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, da eine Standortkonkurrenz aufgebaut wird. Der Freistaat muss in die Pflicht genommen werden, diese Subventionspolitik grundlegend zu verändern, sodass Produkte, die kurze Strecken transportiert werden, stärker bevorzugt werden. DIE LINKE steht für Wochenmarkt statt Weltmarkt.

Große Tierfabriken lehnen wir ab. DIE LINKE setzt sich für eine Nutztierhaltung ein, die flächengebunden, auf die einheimische Nachfrage bezogen und tiergerecht ist. DIE LINKE setzt sich für eine Mindestfläche von zwei Großvieheinheiten pro Hektar ein. Dazu sind Bestandsobergrenzen für Regionen und Standorte einzuführen. Formen der Nutztierhaltung mit quälenden Produktionsweisen und einem hohen Bedarf an Antibiotika wollen wir verbieten. Der Einsatz von Antibiotika und Wachstumsmitteln in der Tierzucht kann zu gesundheitlichen Risiken führen und belastet die Umwelt. Daher muss der Einsatz von Antibiotika in der Landwirtschaft auf zwingend notwendige Behandlungen begrenzt werden, Kontrollen müssen verschärft und Verstöße härter bestraft werden.

DIE LINKE fordert ein totales Verbot von gesundheitsgefährdenden Herbiziden, wozu u.a. Glyphosat gehört, und verurteilt das Abstimmungsverhalten des früheren Bundeslandwirtschaftsministers Christian Schmidt.

### Drei Entwicklungsperspektiven für die bayerische Land- und Forstwirtschaft will DIE LINKE besonders fördern:

- » den Umbau der Förderung land- und forstwirtschaftlicher Betriebe hin zu umweltverträglicheren Produktionsformen.
- » die Stärkung und den Ausbau der landschaftspflegerischen Aktivitäten nach den örtlichen Gegebenheiten, zum Beispiel Almwirtschaft, grüne Flussauen, Bannwald.

- » den Zusammenschluss und die Kooperation von Bäuerinnen und Bauern (beispielsweise durch Erzeuger- oder Absatzgenossenschaften).

## **7.8. Bayerns Äcker ohne Gentechnik, keine Patente auf Leben**

Gentechnik in der Landwirtschaft ist nutzlos und riskant und wird von einer Mehrheit der Bevölkerung in Bayern abgelehnt. Sie gefährdet die gentechnikfreie Landwirtschaft und Imkerei. Sie bringt Bäuerinnen und Bauern in immer stärkere Abhängigkeit von transnationalen Agrochemie-Konzernen wie Monsanto, Bayer oder BASF. Diese haben nur ihre Profitmaximierung aber nicht die Interessen der Landwirtschaft im Kopf. Gentechnisch veränderte Pflanzen können sich unkontrolliert ausbreiten. Die Trennung von gentechnisch veränderten und unveränderten Pflanzen ist in der Praxis kaum möglich. Dafür gibt es unzählige Beispiele internationaler Skandale.

DIE LINKE in Bayern lehnt die Agro-Gentechnik ab. Wir brauchen weder Genmais auf unseren Äckern, noch Gensoja in den Futtertrögen unserer Milchkühe.

Wir unterstützen basisdemokratische Proteste und die Einrichtung von gentechnikfreien Regionen oder Kommunen. Wir brauchen regionale Lösungen und nicht internationale Laborpflanzen, die nur zur Profitmaximierung weniger Konzerne dienen. Alte Sorten von Nutzpflanzen wollen wir bewahren.

Immer öfter kommt es vor, dass Biotech-Firmen, wie zum Beispiel Monsanto, auch Patente auf konventionell gezüchtete Pflanzensorten und Nutztiere beantragen. Dann kann es dazu kommen, dass diese Firmen Anspruch auf die entsprechenden Pflanzen oder Tiere bei den Bauern anmelden und Lizenzgebühren verlangen. Wir fordern die bayerische Staatsregierung auf, alle Mittel einzusetzen, um bäuerliche Betriebe vor diesen Ansprüchen zu schützen. Patente auf Leben darf es nicht geben!

## **7.9. Blühende Landschaften gegen das Insektensterben**

Die industrielle Landwirtschaft schädigt die Artenvielfalt in den ländlichen Räumen Bayerns. Monokulturen sind krankheitsanfällig, laugen die Böden aus und tragen zur Bodenerosion bei. Agrochemikalien wie das krebserregende Glyphosat sind mittlerweile im Körper vieler Menschen nachweisbar. Wie sich dieser Cocktail aus verschiedensten Chemikalien auf die Gesundheit auswirkt bleibt ein unkalkulierbares Risiko.

Noch wesentlich dramatischer sind die Auswirkungen auf die Tierwelt. Insekten sterben sowohl durch fehlendes Nahrungsangebot in den Agrarwüsten als auch durch direkte Einwirkung insbesondere von Insektiziden. Wenn die Biene stirbt, sinken nicht nur die Erträge durch fehlende Bestäubung. Insektensterben ist immer auch ein Vogelsterben. Mit die schädlichsten Auswirkungen hat der Maisanbau, dessen Anteil an der Ackerfläche in Bayern bereits über 25 Prozent beträgt. Besonders an Wiesenstandorten führt er zum Verlust von Biotopen für Bodenbrüter wie dem Kiebitz. Herbizide vergiften Begleitkräuter und Insekten, Nitrate z. T. von der Gülle aus der Massentierhaltung gefährden das Grundwasser. Energiemais ist ein Einfallstor für die grüne Gentechnik. Blühende, giftfreie Landschaften sind unsere Vision.

### Konkret fordert DIE LINKE:

- » die Aufstockung der Mittel zur Förderung von Maßnahmen im Bereich der Bienenhaltung.
- » die Förderung des Anbaus von Becherpflanzen als Alternative zum Energiemais. Stauden wie die Becherpflanze müssen nicht jedes Jahr neu eingesät werden, verwerten mit ihren langen Wurzeln schädliches Nitrat aus größerer Tiefe, bieten mit ihren Blüten Bienenweide und bringen ähnliche Erträge wie der Mais.
- » ein flächendeckendes Monitoring auf Pestizidrückständen im Honig.
- » eine Intensivierung der Erforschung von Bienenkrankheiten wie der Amerikanischen Faulbrut.
- » ein Förderprogramm als Anreiz für Kommunen, Blühflächen im öffentlichen Grün zu schaffen.
- » eine bessere Förderung von Streuobstwiesen als Lebensraum und Futtergrundlage für Insekten einerseits und zur Stärkung regionaler Wertschöpfung andererseits.
- » eine gezielte Förderung des Nahrungsangebots der Bienen im Sommer, da es mit Ende der Lindenblüte nur noch ein geringes Nektar- und Pollenangebot gibt.
- » die Vorreiterrolle Bayerns in der Erforschung des biologischen Pflanzenschutzes.
- » das sofortige Verbot von Pestiziden, die nachweislich das Insektensterben mitverursachen oder die menschliche Gesundheit bedrohen.
- » den kontinuierlichen Ersatz des konventionellen Pflanzenschutzes durch Maßnahmen des ökologischen Pflanzenschutzes.

- » das Verbot von grüner Gentechnik.
- » auf EU-Ebene eine Änderung der Vorgaben des Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER), damit eine Förderung zum Beispiel von Straßenrandstreifen oder Parkanlagen ermöglicht wird.
- » die Nutzung der durch den Freistaat oder die Kommunen bewirtschafteten Straßenrandstreifen als Insektenweiden.
- » eine bessere Förderung extensiv bewirtschafteter Grünlandflächen auch als wirksame Schutzmaßnahme für Wiesenbrüter.
- » die Eindämmung der Lichtverschmutzung.

## **7.10. Rohstoffe erhalten und recyceln**

Rohstoffe werden in der Zukunft immer wichtiger. Das heißt, dass aus diesem Grunde immer mehr eingespart und der Wiederverwertung zugeführt werden muss und in absehbarer Zeit eine Kreislaufwirtschaft entstehen kann, die nahezu auf neue Ressourcen verzichten kann.

Dies muss auch in Bayern Leitlinie werden, wenn wir eine zukunftsfähige Politik für kommende Generationen entwickeln wollen.

Die Menge der Abfälle aus Haushalten und der haushaltsähnlichen Abfälle in Bayern hat sich seit 1990 nicht verringert. Sie liegt bei jährlich etwa 530 kg je Einwohner. 2006 lag die Menge noch bei etwa 506 kg. Abfallvermeidungsstrategien, so es sie gab, haben also offensichtlich nicht gegriffen.

Die Verwertung dieser Abfälle liegt zwar mit 74 Prozent rechnerisch auf einem hohen Niveau, im Gegensatz zu anderen Bundesländern hatten in Bayern aber biologisch-mechanische Abfallbehandlungsanlagen (MBA) bislang keine Chance. Dabei sind sie für die Bürgerinnen und Bürger preiswerter und lassen sich im Gegensatz zu Müllverbrennungsanlagen dezentral in kleineren Anlagen betreiben. Das vermindert Transportwege. Zudem liefern die MBA nach der Verrottung oder Vergärung der Abfälle rund zu zwei Dritteln ein bodenähnliches Substrat und zu einem Drittel heizwertreiche Stoffe, die zur Energiegewinnung genutzt werden können.

Die Mehrwegquote bei Getränkeverpackungen ist bundesweit dramatisch gesunken. Die Hoffnungen, die mit der Einführung des Pflichtpfands verbunden wurden, haben sich also offensichtlich nicht erfüllt, weil die Wirtschaft auf Einweg ausgewichen ist. Das schadet nicht nur der Umwelt, sondern kostet auch jede Menge Arbeitsplätze in der Getränkewirtschaft.

## Die bayerische Staatsregierung bzw. der Landtag sind aufgefordert:

- » im Bundesrat auf die Einführung einer Ressourcenverbrauchsabgabe hinzuwirken, die zu einem besseren Umgang mit Ressourcen führen und dadurch Umweltschäden verringern soll; der Preisnachteil von Mehrwegverpackungen wird dadurch reduziert.
- » ein Programm aufzulegen, welches die Einführung von biologisch-mechanischen Abfallbehandlungsanlagen in Bayern fördert.
- » den Müllimport aus dem Ausland entsprechend den Möglichkeiten des Abfallverbringungsgesetzes zu verbieten.
- » auf ein völliges Verbot von Plastikeinkaufstüten zu drängen.
- » die öffentliche Hand zu einem ökologisch nachhaltigen Beschaffungswesen mit Bevorzugung von Recyclingprodukten zu verpflichten.

## 7.11. Wasser ist keine Ware!

Eigentum an Bodenschätzen, die für die allgemeine Wirtschaft von größerer Bedeutung sind, an wichtigen Kraftquellen, Eisenbahnen und anderen der Allgemeinheit dienenden Verkehrswegen und Verkehrsmitteln, an Wasserleitungen und Unternehmungen der Energieversorgung steht in der Regel Körperschaften oder Genossenschaften des öffentlichen Rechtes zu. (Art. 160)

Die Qualität des Trinkwassers in Bayern ist unterschiedlich. In vielen Regionen ist das Wasser dank eines Systems kleinteiliger Wasserversorgung durch eine Vielzahl von kommunalen Wasserbetrieben sehr gut.

Anderorts ist die Wasserbelastung durch Nitrate viel zu hoch. In Bayern mussten bereits mehr als 1.000 Brunnen aufgrund von Nitratbelastung geschlossen werden. Bei anderen Brunnen muss das gewonnene Wasser mit Wasser aus anderen Regionen verdünnt werden, um überhaupt den zulässigen Grenzwert von 50 mg/l zu erreichen. Und selbst dieser Grenzwert ist aus Sicht von Umweltorganisationen eindeutig zu hoch; er muss also angepasst werden.

Die Landesregierung muss Konzepte entwickeln, wie die Wasserversorgung auch in Franken, wo durch den Klimawandel und die Belastung durch die Landwirtschaft Trinkwassermangel entstehen wird, sichergestellt werden kann.

Insgesamt ist auch die Wasserversorgung in Bayern stark veraltet. Ein Großteil der Versorgung wurde zwischen 1960 bis 1980 gebaut und braucht dringend eine Modernisierung. Auch hier ist die Landesregierung in der Pflicht, denn die Gesundheit der Bevölkerung muss ernst genommen werden.

Die Wassergrundgebühr in Bayern ist alleine in den Jahren zwischen 2014 und 2016 um 11 Prozent gestiegen. Zudem schwankt der Wasserpreis stark zwischen den einzelnen Regionen. 2016 ergab sich je nach Wohnort eine Preisspanne von 0,89 Euro bis hin zu 2,99 Euro pro Kubikmeter. Für DIE LINKE ist Trinkwasser ein Menschenrecht. Somit ist es eine staatliche Aufgabe, Wasser in guter Qualität zu einem angemessenen Preis flächendeckend anzubieten.

DIE LINKE wendet sich gegen Privatisierungen bei der Wasserwirtschaft und damit auch gegen die Privatisierung von regionalen Stadtwerken.

Zudem setzt sich DIE LINKE für einen Kampf gegen Korruption bei der Vergabe von Bauaufträgen beim Bau von Kläranlagen, Leitungsnetzen und anderen öffentlichen Vorhaben ein.

## **7.12. Bayerns Wald: Kulturgut, Naherholungsgebiet und Wirtschaftsfaktor**

Für den Schutz von Wasser, Luft und Boden haben die bayerischen Wälder eine herausragende Bedeutung. Durch Monokulturen und die ausschließlich gewinnorientierte Bewirtschaftung ist ihr Zustand besorgniserregend. Bayern ist arm an ökologisch wertvollen Naturwäldern, die sich natürlich entwickeln dürfen. Als einzige Landesregierung blockiert die CSU die forstpolitischen Vorgaben der nationalen Biodiversitätsstrategie.

Die bayerischen Wälder dienen vorrangig dem Gemeinwohl und der Daseinsvorsorge und erst danach der Holznutzung und Erwerbsfunktion. Ziel linker Politik ist die Erhaltung einer flächendeckenden Land- und Forstwirtschaft sowie auch die Gewinnung von Einkommensalternativen für die Land- und Forstwirte. Die landwirtschaftliche Produktion hat sich an den lokalen Standortbedingungen und den Bedürfnissen der Menschen zu orientieren. Um dem Klimawandel zu trotzen, bedarf es einer gezielten Förderung standortheimischer Baumarten. Besonders betroffen hiervon sind die Alpen und die ostbayerischen Mittelgebirge. Von den 260.000 ha Wald in den bayerischen Alpen sind viele Bestände von Fichten dominiert und anfällig für den Klimawandel. Ihre Funktion als Schutzwald ist deshalb zunehmend eingeschränkt, die Sicherheit im Alpenraum gefährdet.

### **Die LINKE steht für:**

- » die Ablehnung der Privatisierung von Staats- und Kommunalwäldern.
- » den Rückkauf privatisierter Wälder.

- » eine Rückkehr zur bewährten Forstverwaltungsstruktur, denn die Forstreform der CSU opfert den bayerischen Staatswald einer kurzfristigen Profitorientierung.
- » den Schutz und die Renaturierung aller Moore in den Staatswäldern.
- » die Überarbeitung und Weiterentwicklung des Waldgesetzes für Bayern, den Vorrang von naturschutzrelevanten Zielen vor ökonomischer Nutzung sowie das Verbot von großflächigen Kahlschlägen und des Pesticideinsatzes.
- » eine Erhöhung der Finanzmittel für das Vertragsnaturschutzprogramm Wald.
- » ausreichend Stellen für Beratungsförster zur Unterstützung der Waldbesitzer.
- » ein Gesamtnutzungskonzept für holznutzungsfreie Wälder. Mindestens 10 Prozent der Staatswälder sollen sich natürlich entwickeln.
- » ein landesweites Verbundsystem an Naturwäldern.
- » den Vorrang des Schutzes der Lebensräume von Tier- und Pflanzenarten in den Wäldern vor der Holznutzung.
- » die Förderung nachhaltiger Forstwirtschaft als Motor für die Entwicklung ländlicher Räume und des Tourismus.
- » einen Ausbau der Klimaforschung Wald – Forst – Holz.
- » den Erhalt von Alleen als Kulturgüter.
- » eine Forcierung der Bergwaldoffensive verbunden mit grenzüberschreitender Zusammenarbeit im Rahmen der europäischen Alpenraumstrategie.
- » ernsthafte Bemühungen für eine flächendeckende regionale Anpassung der Forste an die Folgen des Klimawandels.

### **7.13. Tierschutz: Ein Gebot der Menschlichkeit**

DIE LINKE setzt sich für eine artgerechte Tierhaltung ein. Nutztiere müssen ihr angeborenes Verhaltensrepertoire ausleben können. DIE LINKE fordert die Förderung von Forschung und den Einsatz von Methoden, die Tierversuche ersetzen. Wir setzen uns für ein Verbandsklagerecht von Tierschutz- und Tierrechtsorganisationen ein. Bisher können nur Tierhalter oder Tiernutzer, wie zum Beispiel Experimentatoren, gegen Tierschutzauflagen klagen. Das heißt, es kann nur klagen, wer weniger Tierschutz durchsetzen will. Mit einem Verbandsklagerecht könnte die Einhaltung geltender Tierschutzbestimmungen gerichtlich geprüft und durchgesetzt werden.

Wildlebende Tiere sind eine Bereicherung für Bayern. Die Wiederansiedlung hier ausgerotteter Tierarten ist möglich und sinnvoll. Diese dürfen nicht wirtschaftlichen und parteipolitischen Interessen durch willkürliche Abschüsse geopfert werden.

#### DIE LINKE fordert:

- » eine Stärkung des bayerischen Tierschutzbeirats durch eine gesetzliche Verankerung und ein Vetorecht. Seine Bestellung soll durch den Landtag erfolgen.
- » eine artgerechte Tierhaltung durch Ausbau der Offenställe, ausreichenden Platz sowie genügend Bewegungsmöglichkeiten. Anbindehaltung für Milchkühe, Spaltenböden für Schweine, Pelztierfarmen und Käfighaltung von Geflügel sind damit nicht vereinbar. Kleine Betriebe sind vom Freistaat bei entsprechenden Umbaumaßnahmen besonders zu fördern.
- » endlich tierschutzgerechte Rahmenbedingungen für Zucht, Haltung und Mast von Kaninchen.
- » ein Verbot von Akkordarbeit und Dumpinglöhnen in Schlachthöfen sowie eine Videoüberwachung der Arbeitsläufe.
- » das Verbot des Schlachtens und chirurgische Manipulationen an Tieren ohne wirksame Betäubung und insbesondere die Abschaffung der betäubungslosen Kastration von männlichen Ferkeln, der Kuhenthornung, dem Schnabelkürzen sowie dem Coupieren von Schweineschwänzen.
- » das Verbot von Tierversuchen.
- » eine tierversuchsfreie Ausbildung an den bayerischen Universitäten.
- » eine Kennzeichnungspflicht für vegane Produkte sowie Flüssigei- und Ei-Produkte bezüglich ihrer Herkunft.
- » das Verbot der Einfuhr und des Handels von Wildtieren und Reptilien aus aller Welt sowie ein Einfuhrverbot für Pelzprodukte.
- » das mittelfristige Verbot der Haltung von Tieren im Zirkus und zu Zwecken der Unterhaltung.
- » artgerechte Hundehaltung, insbesondere das Verbot, einzelne Hunde auf unbewohnten Grundstücken zu halten sowie die Einführung eines Hundeführerscheins.
- » das Verbot des Schenkelbrandes bei Pferden.
- » die Einführung eines Taubenmanagements und einer Kastrationspflicht für freilaufende Katzen.

- » klare Regelungen zum Verbot von Qualzuchten sowie die Durchsetzung von strengen Mindestanforderungen für Tierzucht und Tierhandel, insbesondere auch für Futtertiere.
- » das Stoppen von langen Schlachttiertransporten über drei Stunden hinaus. Tiere sind grundsätzlich am nächstgelegenen Schlachthof zu schlachten.
- » keine willkürliche Tötung von Haustieren im Wald und ein Verbot der Hobbyjagd. Verstöße gegen das Tierschutzrecht sind konsequent zu ahnden.
- » die Unterstützung von Tierschutzvereinen, Tiertafeln, ein Förderprogramm für Investitionskosten und den laufenden Betrieb der Tierheime sowie von Gnadenhöfen und Wildtierauffangstationen.
- » ein entschlossenes Vorgehen gegen illegalen Welpenhandel. Bisher stellt illegaler Welpenhandel eine Ordnungswidrigkeit dar. Um die Abschreckungswirkung zu erhöhen, soll sich die Staatsregierung auf Bundesebene für die Einführung eines entsprechenden Straftatbestands in das Tierschutzgesetz einsetzen.
- » die Einführung des Strafbestands der Zoophilie.
- » Aufklärungsarbeit über Tierschutz und Tierrechte an Schulen sowie einen besseren Schutz von Tierrechtsaktivisten, die Missstände aufdecken.

## 8. Für den Frieden: Gegen die weitere Militarisierung Bayerns!

*Angesichts des Trümmerfeldes, zu dem eine Staats- und Gesellschaftsordnung ohne Gott, ohne Gewissen und ohne Achtung vor der Würde des Menschen die Überlebenden des zweiten Weltkrieges geführt hat, in dem festen Entschlusse, den kommenden deutschen Geschlechtern die Segnungen des Friedens, der Menschlichkeit und des Rechtes dauernd zu sichern, gibt sich das Bayerische Volk, eingedenk seiner mehr als tausendjährigen Geschichte, nachstehende demokratische Verfassung. (Präambel der bayerischen Verfassung)*

Die CSU ist seit langem eine treibende Kraft der Militarisierung Deutschlands. Schon der frühere bayerische Ministerpräsident Franz Josef Strauß setzte sich für die Aufrüstung der Bundeswehr und die Förderung der Rüstungsindustrie ein. Damit wurde Bayern eine der großen Rüstungsschmieden Deutschlands. Airbus Defence and Space in Ottobrunn und Schrobenhausen, Krauss-Maffei Wegmann und MTU in München sowie Diehl in Nürnberg zählen zu den umsatzstärksten deutschen Rüstungsunternehmen. Diese profitieren nicht nur von Rüstungsvorhaben des Bundes, sondern auch von Waffenexporten, die zunehmend in alle Welt gehen, auch in Krisen- und Kriegsregionen. Die bayerische Regierung sieht ihren Einsatz für das Geschäft mit dem Tod als Standortfaktor. Friedenspolitik hat im bayerischen Landtag bis jetzt keine politische Heimat.

Die Scharfmacher der CSU leisten der Militarisierung in Bayern weiterhin Vorschub, indem sie sich für den Einsatz der Bundeswehr im Innern einsetzen. Die Vermengung von Polizei und Militär führt dazu, dass Soldaten für Aufgaben eingesetzt werden, für die sie nicht ausgebildet sind. Dies ist keine sicherheitspolitische Errungenschaft und steht im Widerspruch zum Artikel 99 der Bayerischen Verfassung, nach dem der Schutz der Einwohner durch die Polizei gewährleistet wird.

Nicht nur die Bundeswehr ist in Bayern gerne gesehen, wenn es nach der bisher amtierenden Regierung geht. Bayern ist neben Rheinland-Pfalz die Drehscheibe für Kriegsübungen der US-Armee in Europa und stellt ein Drittel der militärischen Infrastruktur für die 40 000 in Deutschland stationierten US-Soldaten zur Verfügung. Die USA haben mit Grafenwöhr und Hohenfels in der Oberpfalz sowie Ansbach-Katterbach und Illesheim in Mittelfranken vier Militärbasen im Freistaat, die zunehmend als Sprungbrett an die russische Grenze genutzt wer-

den. Hierbei ist der Truppenübungsplatz Grafenwöhr das größte und modernste Übungsareal für NATO-Armeen in Europa, auf dem scharf geschossen wird. Hier werden 5.000 Soldaten für ihre Kampfeinsätze in aller Welt ausgebildet.

Die Kriegsübungen mit ihrem Lärm, mit ihrem Feinstaub und mit ihrem Verkehrschaos belasten die Bevölkerung schwer.

Die Kampfhubschrauberstaffeln in Ansbach und Illesheim wurden 2017 massiv aufgerüstet. Die Zahl der Maschinen wurde auf 136 verdoppelt, die Flugstunden stiegen seither auf monatlich 2.000 an. Die Menschen in Mittelfranken leiden indes unter dem Fluglärm bis zwei Uhr nachts und unter der extremen Feinstaubbelastung durch die Kampfhubschrauber, die bis zu 4.800 Liter JP8-Kerosin pro Stunde verbrauchen. Eine örtliche Bürgerinitiative ermittelte bei Feinstaubmessungen während Überflügen bis zum Zehnfachen erhöhte Schadstoffemissionen. Spitzenwerte in einem Kilometer Entfernung zum Flugfeld Katterbach erreichen diejenigen unmittelbar an der Landebahn des Münchner Flughafens. Das US-Militär ist gemäß Truppenstatut von sämtlichen Steuern und vielen deutschen Umweltstandards befreit.

Bayern ist damit ein wichtiger Bestandteil der US-Kriegsführung und leistet Beihilfe zur Vorbereitung und Führung von Angriffskriegen, auch wenn das gegen das Grundgesetz (Artikel 26) verstößt. Auf die Bevölkerung vor Ort wird dabei keine Rücksicht genommen.

Die Unterstützung der US-Aufrüstung im Freistaat ist ein deutlicher Beleg für das strukturpolitische Versagen der CSU. DIE LINKE steht klar für die Schließung der US-Militärbasen im Freistaat. Damit erreichen wir nicht nur mehr Gesundheitsschutz für die Anwohner. Die zivile Umnutzung eröffnet zahlreiche Chancen für die Regionalentwicklung: Wohngebiete und Gewerbeansiedlungen können ohne zusätzlichen Flächenfraß realisiert werden. Anstatt die US-Armee zu subventionieren, will DIE LINKE daher Kommunen finanziell bei der Konversion unterstützen. Dies sehen wir als Chance, vor Ort Konzepte eines sozial-ökologischen Umbaus zu erproben. So machen wir Bayern zukunftsfähig, lebenswerter und auch ein Stück friedlicher.

DIE LINKE ist die einzige Partei, die im Bundestag ihre Stimme konsequent und nachhaltig gegen die Kriegs- und Auslandseinsätze der Bundeswehr erhebt, weil sie militärische Gewalt als Mittel der internationalen Politik ablehnt. Deshalb bekämpfen wir auch jeden Export von Rüstungsgütern. Rüstungsexporte führen zu Kriegen und Kriege erzeugen Fluchtbewegungen. Wir wollen Fluchtursachen schon bei uns vor Ort bekämpfen und daher weg von der Rüstungsproduktion, die gerade in Bayern sehr stark vertreten ist. Wir fordern die Einleitung von Konver-

sionsprozessen, die die Umstellung auf zukunftsfähige Arbeitsplätze mit ausreichender Bezahlung und menschengerechten Arbeitsbedingungen unterstützen.

Die CSU-Staatsregierung unterstützt seit vielen Jahren die Münchner „Sicherheitskonferenz“, die ein Forum ist zur Rechtfertigung der NATO, ihrer zunehmenden Rüstungsausgaben und ihrer völkerrechtswidrigen Kriegseinsätze, die der Bevölkerung als „humanitäre Interventionen“ verkauft werden. Der bayerische Ministerpräsident zeigt sich als wohlwollender Gastgeber und Unterstützer der Konferenz, während tausende Polizistinnen und Polizisten gegen diejenigen eingesetzt werden, die auf der Straße gegen die kriegerische Politik der NATO demonstrieren.

DIE LINKE begreift sich als ein Teil der Friedens- und Antikriegsbewegung und will die zunehmende Militarisierung in Staat und Gesellschaft nicht hinnehmen. Dabei stellt sie sich insbesondere gegen die harmlos daherkommende Militär- und Kriegspropaganda, der unsere Jugend ausgesetzt ist.

### DIE LINKE in Bayern steht für:

- » die Unterstützung der anhaltenden Proteste gegen die Militärbasen in Bayern.
- » das konsequente Anprangern der physischen und psychischen Gesundheitsschäden, die von Militärbasen ausgehen.
- » die Kündigung der Stationierungsrechte des US-Militärs in Deutschland.
- » den Abzug der US-Armee aus Bayern und Schließung ihrer Militärbasen.
- » Konversionskonzepte für die zivile Nutzung von US-Standorten und ehemaligen Bundeswehrstandorten unter Mitwirkung der betroffenen Kommunen und ihrer Bürger.
- » den Umbau der bayerischen Rüstungsindustrie mit dem Ziel einer zivilen und gesellschaftlich sinnvollen Produktion unter Mitwirkung der betroffenen Betriebsräte und ihrer Gewerkschaften.
- » die Beendigung der Unterstützung der Münchner NATO-Sicherheitskonferenz
- » die Abkehr von der weiteren Militarisierung der deutschen Innen- und Außenpolitik und die Beendigung der Auslandseinsätze der Bundeswehr.
- » die Beendigung der Bundeswehrwerbung in Schulen und der Rekrutierung von Minderjährigen.
- » eine bayerische Initiative im Bundesrat dem Atomwaffenverbotsvertrag der Vereinten Nationen beizutreten.
- » die Unterstützung der Kampagne „Abrüsten statt Aufrüsten“.

Unser Wahlprogramm für die  
**Bezirkswahl** in Bayern.

# 1. Präambel

Der Bezirkstag ist bekannt als „Sozialparlament“, welches als dritte kommunale Ebene in wesentlichen Bereichen der Daseinsvorsorge für die Bürgerinnen und Bürger tätig wird. Der Bezirk ist der überörtliche Träger der Sozialhilfe für ältere und kranke Menschen sowie Bürgerinnen und Bürger mit Behinderung und muss deshalb ohne Wenn und Aber mit den nötigen finanziellen Mitteln ausgestattet werden.

Die Politik der sozialen Kälte der Bundesregierung hat konkrete Auswirkungen auf Länder und Kommunen. Durch die armutsfördernde Hartz-IV-Gesetzgebung und durch eine verfehlte Gesundheits- und Pflegepolitik sind konkret die Städte und Gemeinden, auch in Bayern, betroffen. In den letzten Jahren haben die psychischen Erkrankungen aufgrund von Stress und Arbeitsverdichtung zugenommen. Die Folgen sind besonders auf kommunaler Ebene zu spüren. Nicht selten ist der Bezirk gezwungen, die Auswirkungen der Arbeitshetze aufzufangen, u. a. in psychiatrischen Einrichtungen und Diensten.

Für DIE LINKE sind Solidarität, Menschenwürde, Selbstbestimmung, Rechtssicherheit und der Kampf gegen Not, Hunger und Armut bestimmende Inhalte der Politik. Gelungene Inklusion bedeutet, dass jeder Mensch mit all seinen Besonderheiten von der Gesellschaft akzeptiert und integriert wird. Sie bedeutet kein Neben-, sondern ein Miteinander.

Niedriglöhne und unfreiwillige Teilzeit führen dazu, dass Menschen trotz Arbeit arm sind. Sie sind oft gezwungen, beim Jobcenter aufstocken zu müssen und leiden später dann an drückender Altersarmut. Deshalb tritt DIE LINKE dafür ein, dass der Mindestlohn erhöht und Hartz IV durch eine Mindestsicherung ohne Kürzungs- und Sanktionsmöglichkeiten ersetzt wird. Auch im Bezirkstag werden wir Druck machen, damit die Würde von Betroffenen und Beschäftigten bewahrt bleibt und gute Standards durchgesetzt werden.

Es hat sich gezeigt: Privatisiert geht nicht besser und nicht billiger. Deshalb stellen wir uns der Privatisierung öffentlicher Aufgaben entgegen. Die Bezirksrätinnen und -räte der Partei DIE LINKE werden sich gegen jegliche Kürzungen im Sozialbereich in den bayerischen Bezirkshaushalten wehren und darauf drängen, dass alles getan wird, was in der Macht der Bezirke steht, um Privatisierungen zu verhindern und soziale Funktionen zurück in kommunale Hände zu nehmen.

Neben den sozialen Aufgaben ist der Bezirkstag für Natur- und Umweltschutz sowie Kultur- und Heimatpflege zuständig. Auch in diesen Bereichen gilt es, die Förderungen zu verbessern, um Nachhaltigkeit und Qualität zu bewirken.

Dazu gehört es, die Natur als Erholungsrefugium zu erhalten, aber auch Kulturstätten zu fördern, das kulturelle Vereinsleben zu unterstützen und regionale Vielfalt zu wahren.

## **2. Pflege: Alter, Krankheit, Respekt**

Die Sparpolitik in der Pflege führt direkt in die menschliche Katastrophe. Traurige Realität in vielen Pflegeheimen und Kliniken ist massiver Personalmangel, der zu gefährlichen Versorgungslücken führt. Persönliche Zuwendung kann kaum oder gar nicht stattfinden. Fehlernährte und von lebensgefährlicher Austrocknung bedrohte Patientinnen und Patienten sind in vielen Fällen die Folge, Wundliegen ist keine Seltenheit. Besonders die Nachtschichten sind chronisch unterbesetzt. Viele Menschen können sich die Pflegekosten nicht leisten. Die Pflegeversicherung deckt diese nicht ab.

DIE LINKE setzt sich für eine solidarische Pflegevollversicherung ein. Bis dahin muss der Bezirk die Differenzbeträge übernehmen, wenn pflegebedürftige Menschen die Kosten für einen Platz im Pflegeheim oder im Hospiz nicht selbst aufbringen können. Die ambulante Pflege der Menschen, die zu Hause leben, muss verbessert werden. Dazu müssen pflegende Angehörige eine Gleichstellung gegenüber den Pflegediensten erfahren und umfassende Schulungsangebote erhalten.

Durch die mangelnden Kontrollen in den Pflegeheimen werden Missstände zu spät aufgedeckt. Oft erfahren die Heimaufsichten erst aufgrund von Intervention der Angehörigen von den katastrophalen Zuständen. Die Pflegeberufe müssen gesellschaftlich und finanziell aufgewertet werden: Die Löhne müssen steigen und es muss ein verbindlicher und vor allem ausreichender Personalschlüssel eingeführt werden (gesetzliche Personalbemessung). DIE LINKE kämpft für eine solidarische Pflegeversicherung, in die alle entsprechend ihrer Gesamteinkommen einzahlen. Damit wären eine Vollversicherung und ein besserer Personalschlüssel zu finanzieren. 2017 lagen die Rücklagen der gesetzlichen Pflegeversicherung bei 9,7 Milliarden Euro. Bei dieser Kassenlage wäre eine bessere personelle Ausstattung in der Pflege sofort möglich. Die von der Bundesregierung geplanten Einstellungen von 8.000 Pflegekräften sind ein Tropfen auf den heißen Stein, wenn in Deutschland 100.000 zusätzliche Fachkräfte fehlen.

## DIE LINKE setzt sich ein:

- » für mehr Personal und bessere Bezahlung in der Pflege.
- » für objektive, regelmäßige und unangekündigte Qualitätskontrollen.
- » für die Erhöhung der Fachkraftquote.
- » dafür, dass Auszubildende und Praktikantinnen und Praktikanten nicht eingesetzt werden dürfen, um fehlendes Fachpersonal zu ersetzen.
- » dafür, dass die Qualität der Ausbildung verbessert wird.
- » zusammenfassend für einen tariflichen Mindestlohn von 14,50 Euro pro Stunde und die Einhaltung sämtlicher Tarifbestimmungen.
- » vor Ort für eine Einhaltung der Tarifverträge.

### **3. Selbstbestimmung und Teilhabe für Menschen mit Behinderung**

Gemeinsames Lernen, Arbeiten, Wohnen und ein Leben ohne Barrieren sind keine Selbstverständlichkeit in Deutschland. Dies ist ein Armutszeugnis. Ziel linker Bezirkstagspolitik ist, dass alle Menschen gleichberechtigt am Leben teilnehmen können – mit oder ohne Handikap. Der Ausgleich von behinderungsbedingten Erschwernissen und die Umsetzung der Inklusion sind öffentliche Aufgaben und keine Privatsache. Wir unterstützen die Forderungen der Sozialverbände und Selbsthilfegruppen nach mehr Selbstbestimmung, Eigenverantwortlichkeit und stärkere Berücksichtigung der individuellen Bedürfnisse der Betroffenen. Wir werden im Bezirkstag darauf achten, dass die entsprechenden Zielsetzungen der neueren Gesetzgebung verwirklicht werden.

Der Bezirk ist für die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention zuständig, die in Deutschland durch das Bundesteilhabegesetz (BTHG) und in Bayern durch das Bayerische Teilhabegesetz (BayTHG I) im Januar 2018 geltendes Recht geworden ist. Sie sollen Menschen mit Behinderung durch das „persönliche Budget“ ein selbstbestimmtes Leben ermöglichen. Die im BTHG formulierte Kostenneutralität steht dem jedoch im Wege. Die Staatsregierung versprach vollmundig Besserstellungen z. B. bei der Integration in den 1. Arbeitsmarkt durch die Neuregelung auf Landesebene. Geschehen ist nichts. Wir werden hier Druck machen.

Wir werden Betroffene dabei unterstützen, ihre Rechte einzufordern. DIE LINKE fordert, dass der Bezirk die Teilhabegesetze so anwendet, dass Menschen mit Handikap bessergestellt werden, als sie es jetzt sind. Derzeit wird das

Thema Inklusion häufig dazu missbraucht, notwendige Investitionen für bauliche Maßnahmen oder Personalaufstockung in speziellen Fördereinrichtungen aufzuschieben, mit der Begründung einer noch ausstehenden Sozialraumplanung. Die Angebote der Eingliederungshilfe sind unzureichend. Vor allem die Hilfen und Angebote für behinderte Senioren müssen ausgebaut werden.

Die wohnortnahe, interdisziplinäre und frühe Förderung von behinderten und durch Behinderung bedrohten Kindern ist unbedingt auszubauen.

Wir wollen die Schaffung inklusiver Kindergartenplätze und Schulen fördern. Wir wollen „eine Schule für alle“. Die Einschulung behinderter Kinder in der Regelschule muss selbstverständlich werden. Das kann aber nur gelingen, wenn das qualifizierte Personal der Förderschulen ebenfalls in die Regelschulen integriert wird. Außerdem sind die notwendigen baulichen Voraussetzungen zu schaffen, denn inklusive Klassen oder Gruppen müssen kleiner und barrierefrei sein. Die didaktische Ausbildung der Lehrerinnen und Schulbegleiter ist so auszubauen, dass die Pädagogen den bestehenden Herausforderungen gewachsen sind. Das im Bundesteilhabegesetz vorgesehene „Zwangspooling“ von Schulbegleitern steht dem entgegen und wird deshalb abgelehnt.

Werkstätten für behinderte Menschen (WfbM) sollen schrittweise umgestaltet werden: Beschäftigte in Werkstätten haben ein Recht auf ein reguläres Arbeitsverhältnis mit tariflicher Entlohnung. DIE LINKE fordert, den nur „arbeitnehmerähnlichen Status“ perspektivisch aufzuheben. Menschen mit Behinderung auf sogenannten Außenarbeitsplätzen in Unternehmen und bei öffentlichen Arbeitgebern sind tariflich nach dem Grundsatz „gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ zu entlohnen. Politisches Ziel der Partei DIE LINKE ist es seit langem, möglichst viele Beschäftigte der WfbM in den 1. Arbeitsmarkt zu integrieren. DIE LINKE fordert die Unterscheidung zwischen „werkstattfähigen“ und „nicht werkstattfähigen Menschen“ aufzuheben. Damit entfällt auch die Zugangsbedingung in eine Werkstatt: das Mindestmaß an wirtschaftlich verwertbarer Leistung.

Der Bezirk muss dafür sorgen, dass die neugeschaffenen Möglichkeiten der Teilhabegesetze ausgeschöpft, alternative Leistungsanbieter unterstützt und ein Wechsel von der WfbM in den ersten Arbeitsmarkt und umgekehrt wesentlich erleichtert werden. Den Betroffenen steht die Möglichkeit offen, ein „Persönliches Budget“ zu beantragen. Wir werden sie dabei unterstützen, dies gegenüber Behörden und Einrichtungsträgern einzufordern.

## DIE LINKE setzt sich ein:

- » für eine gravierende Verbesserung der Teilhabegesetze unter Mitwirkung der betroffenen Menschen und deren Interessensvertretungen.
- » für eine konsequente Befreiung aller Einrichtungen des Bezirks von Barrieren, was nicht nur bedeutet Hindernisse beim Zugang zu Gebäuden zu beseitigen, sondern auch, Untersuchungstechniken und Kommunikation den besonderen Bedürfnissen von Menschen mit Behinderungen anzupassen; leichte Sprache und verständliche Patienteninformationen müssen selbstverständlich werden.
- » für eine gute finanzielle Ausstattung der Bezirke durch den Freistaat Bayern, sodass die Kommunen mehr Mittel zur Ausgestaltung der Inklusion zur Verfügung haben.
- » für Verbesserung der Personalausstattung in sämtlichen Einrichtungen der Behindertenhilfe.
- » für die Förderung von gemeindenahen, betreuten, inkludierten Wohnformen, die stationären Heimaufenthalten vorzuziehen sind.
- » für die volle Übernahme der Tarifsteigerungen bei den Einrichtungsträgern, die im Raum der Inklusion tätig sind.

## 4. Psychosoziale Versorgung und Psychiatrie

In Bayern ist ein drastischer Anstieg psychischer Erkrankungen zu verzeichnen. Die zunehmende soziale Kälte, Leistungsdruck am Arbeitsplatz, unzumutbare Arbeitsverhältnisse und unkalkulierbare Existenzängste sind Ursachen hierfür. Die bayerischen Bezirke unterhalten eine große Zahl von psychiatrischen Krankenhäusern und sind für die Finanzierung der psychosozialen Netze zuständig. Im Vergleich zu anderen Bundesländern ist in Bayern die Anzahl der stationären Unterbringungen gemessen am Durchschnitt der Bevölkerung am größten.

Die psychotherapeutische Versorgung deckt in vielen Regionen bei weitem nicht den Bedarf, insbesondere im ländlichen Bereich besteht eine drastische Unterversorgung an ambulanten Hilfsangeboten. Dies führt zu einer unnötigen, vermehrt heimatfernen stationären Unterbringung. Die Bedarfsplanung muss gerade in diesem Bereich dringend überarbeitet werden. Auch die Finanzierung der Therapie muss den Bedarf decken. Diese mangelnde personelle Ausstattung, Überbelegungen und räumliche Enge in den stationären Einrichtungen machen

eine adäquate Versorgung von psychisch kranken Menschen häufig unmöglich. Die Arbeitsbedingungen für das Personal sind unzumutbar. Dies lässt sich auch an der Zunahme von Fixierungen und Sedierungen ablesen, die unter Zeitdruck als „einfachste“ Lösungen gesehen werden, für Patientinnen und Patienten aber völlig menschenunwürdig sind. Eine Stärkung der ambulanten Krisendienste und die Hinzuziehung von psychiatrischen Fachkräften bei der Krisenintervention können dabei helfen, viele Klinikaufenthalte zu vermeiden.

DIE LINKE steht für eine Stärkung der Rechte von Patientinnen und Patienten sowie eine Rechtssicherheit für alle Beteiligten. Dringend notwendig ist es, die bereits begonnene Ablösung des Unterbringungsgesetzes durch ein Psychisch-Kranken-Hilfe-Gesetz (PsychKHG), das diesen Namen verdient, voranzutreiben, in dem Patientenschutz Vorrang haben muss. Die psychiatrische Versorgung muss in Bayern in öffentlicher Hand bleiben und darf keinen Profitinteressen privater Anbieter geopfert werden.

DIE LINKE steht gegen Ausgliederungen, Umwandlung der Kliniken in Tendenzbetriebe mit Haustarifvertrag und alle Privatisierungsversuche. DIE LINKE steht in diesem Zusammenhang fest an der Seite der Beschäftigten. Wir sind davon überzeugt, dass das Wohl der Patienten und Patientinnen nicht vom Wohl der Beschäftigten zu trennen ist. In der Kinder- und Jugendpsychiatrie gibt es nach wie vor zu lange Wartezeiten. Durch zunehmenden Leistungsdruck geraten immer mehr Familien, Kinder und Jugendliche in psychische Not. Dringend notwendig ist der Einsatz von Kriseninterventionsteams mit ausgebildeten Fachkräften, die bei der Betreuung von Kindern und Jugendlichen diesen bei psychischen Krisen schnell und unbürokratisch zur Seite stehen.

Häufig vergessen wird die besondere Situation der psychisch kranken Migrantinnen und Migranten. Für sie muss eine psychiatrische Betreuung in ihrer Muttersprache angeboten werden. Auch die Dolmetscherdienste für muttersprachliche Informationen über Hilfsangebote müssen dringend ausgebaut werden. Gerade bei den oft traumatisierten Geflüchteten ist dies zwingend erforderlich und für DIE LINKE ein einzuforderndes Menschenrecht.

#### **DIE LINKE setzt sich ein:**

- » für eine umfassende, dezentrale ambulante Versorgung psychisch kranker Menschen.
- » für den flächendeckenden Ausbau ambulanter Netze und psychosozialer Betreuung.

- » für den zügigen Ausbau ambulanter Krisendienste (Sozialpsychiatrische Dienste), um stationäre Aufenthalte zu vermeiden.
- » für den Ausbau der gerontopsychiatrischen Dienste.
- » für die Dezentralisierung der Rehabilitationseinrichtungen für psychisch kranke Jugendliche.
- » für die Verhinderung des Gesetzentwurfs der bayerischen Staatsregierung zum sogenannten „Psychisch-Kranken-Hilfe-Gesetz“ in seiner geplanten Fassung aufgrund der im Gesetzentwurf vorgesehenen Diskriminierung, Stigmatisierung und Kriminalisierung von Menschen mit einer psychischen Beeinträchtigung.
- » stattdessen für ein wirkliches Psychisch-Kranken-Hilfe-Gesetz, in dem Zwangseinweisung und Zwangsmedikation die absolute Ausnahme sind, der Richtervorbehalt eindeutig geregelt wird und der Ausbau der Hilfen dahingehend in den Mittelpunkt gestellt wird, dass sie ein Leben in Selbstbestimmung unter Entfaltung ihrer Persönlichkeit und der Teilhabe an allen Aspekten des Lebens ermöglichen und so die UN-Behindertenkonvention umgesetzt wird.
- » für die Abschaffung der Fallpauschalen in der Psychiatrie.
- » für die Rekommunalisierung der Bezirkskliniken.
- » für Tariftreue in sämtlichen Bezirkskliniken.
- » für die Anhebung des Personalschlüssels und eine verbindliche Fachkraftquote.
- » für die Schaffung unabhängiger Kontroll- und Beschwerdestellen für Patientinnen und Patienten in der Psychiatrie.
- » für eine umfassende Schulung in kultursensibler Pflege.

## **5. Drogen: Umdenken in der Drogenpolitik**

Eine Unterscheidung zwischen legalen und illegalen Drogen folgt keinem medizinischen oder wissenschaftlichen Prinzip, sondern ist zufällig und willkürlich. Erfahrungen zeigen, dass staatliche Verbote nicht vom Drogenkonsum abhalten. Im Gegenteil: In Bayern zeigt sich, dass eine repressive Drogenpolitik zu mehr Drogentoten führt.

DIE LINKE setzt sich für einen Paradigmenwechsel ein: weg von der Strafverfolgung, hin zu Prävention, Beratung und Hilfe sowie akzeptierender Drogenpolitik. In Therapien sollten nicht ausschließlich Entwöhnung und Wiederherstellung der Arbeitsfähigkeit im Vordergrund stehen, sondern auch die Verbes-

serung der gesamten Lebenssituation und die therapeutische Verarbeitung von suchtvorstärkenden sozialen Lebenslagen.

Sucht und Abhängigkeit sind keine Verbrechen. Polizeiliche Sanktionen und Strafverfolgung von Suchtkranken anstelle angemessener Therapieangebote lehnen wir ab. Zugleich bindet die Repression große finanzielle Mittel: Bundesweit werden mehrere Milliarden Euro für die Strafverfolgung ausgegeben, für Hilfe und Prävention nur ein Bruchteil davon. Ein akzeptanzorientierter Ansatz resultiert auch aus der Erfahrung des Misserfolges von Zwangstherapien und dem Elend der Kriminalisierungsspirale. Beschaffungskriminalität, Prostitution, Gefängnis, Ansteckung mit Hepatitis oder HIV sind Teil dieser Abwärtsspirale.

Linke Drogenpolitik hat zum Ziel, Präventions- und Informationsangebote, sowie akzeptanzorientierte und niedrigschwellige therapeutische Hilfen auszubauen. Eine enge Verzahnung von Suchtprävention, ausstiegsorientierten Hilfen, Drogensubstitution und Gesundheitshilfen für Drogenkranke ist dringend erforderlich.

Im Vordergrund muss stehen: Schaden reduzieren und Leben retten. Deshalb wollen wir Möglichkeiten schaffen, unter sicheren und hygienischen Bedingungen und Aufsicht zu konsumieren. Die Drogen sollen auf Verunreinigung und schädliche Wirkungen getestet werden können (Drug-Checking). Die Erfahrungen aus anderen Bundesländern und eine wissenschaftliche Studie aus Frankfurt haben positive Erfahrungen mit den Drogenkonsumräumen aufgezeigt. Die Ansteckungen mit Hepatitis C und HIV sind deutlich gesunken, sauberes Spritzbesteck und Impfungen werden angeboten, Therapieplätze können vermittelt werden. Die Notfallversorgung durch geschultes Personal rettet viele Menschen vor dem Tod. Drogenkonsumräume senken die Zahl der Rauschgifttoten und erleichtern den Abhängigen den Zugang zu spezialisierten Angeboten der Suchthilfe. Sie sind in Bayern längst überfällig!

### DIE LINKE setzt sich ein:

- » für eine legale und vorrangig nichtkommerzielle Bezugsmöglichkeit von Cannabis und die Erlaubnis Cannabis zu besitzen, zu konsumieren sowie zum eigenen Bedarf anzubauen.
- » für die Vereinfachung der Rezeptfreigabe für Cannabis-Medikamente für Schwer- und Schwerstkranke.
- » für eine Entkriminalisierung von Konsumenten illegalisierter Rauschmittel.
- » für den Ausbau von Suchtberatungsstellen und Prävention.

- » für den flächendeckenden Ausbau von ambulanten Angeboten, Wohngemeinschaften, Therapieeinrichtungen, Präventionszentren und Entzugsplätzen.
- » für die Schaffung von niederschweligen Angeboten.
- » für die Schaffung von Drogenkonsumräumen.
- » für den Ausbau des Substitutionsnetzes.
- » für Drug-Checking als aktiven Gesundheitsschutz für Konsumentinnen und Konsumenten.
- » für die psychologisch-medizinisch betreute Vergabe von Heroin an Schwerstabhängige.
- » für das Verbot von Werbung für Rauschmittel wie Alkohol und Nikotin.

## **6. Kultur und Umwelt: Was uns verbindet**

Bayerische Kultur ist mehr als Lederhosen und Bierzelt, mehr als Weißbier und Schützenvereine. Der Bezirk muss alternative und inklusive Kultur fördern und finanzieren. Kleinen Kultureinrichtungen, Vereinen und Projekten muss der Zugang zu Fördermitteln erleichtert werden. Diese müssen Vorrang vor kulturellen Großevents haben. Der Bezirk muss die Jugend- und Popkultur stärker in den Mittelpunkt rücken. Die Arbeit der Bezirksjugendringe muss stärkere Unterstützung erfahren und finanziell besser ausgestattet werden. Auch die bildenden Künste kommen bei der Kulturförderung des Bezirks oft zu kurz. Auch der Wert regionaler Kunst bemisst sich nicht nach ihrer Marktgerechtigkeit.

Der Schutz von Umwelt und Natur ist eine weitere Aufgabe des Bezirks. DIE LINKE wird die Zerstörung der Umwelt und Natur skandalisieren und sich für den Vorrang des Naturerhalts vor Profitinteressen einsetzen. Der Bezirk muss aktiv seinen Anteil bei der Reduzierung des Flächenfraßes in Bayern leisten. Darauf wollen wir den Vorrang legen, statt immer weitere Flächen als Bauflächen auszuweisen. Der Bezirk muss die Förderung der Landwirtschaft auf ökologische und nachhaltige Gesichtspunkte ausrichten.

### **DIE LINKE fordert:**

- » einen höheren Stellenwert der Jugend- und Popkultur.
- » eine artenreiche Flora und Fauna als Naturlandschaft und Lebensraum.
- » eine Reduzierung des Flächenfraßes durch über den Bezirk finanzierte Einrichtungen.

- » ein Sozialticket, das einen vergünstigten Eintritt bei Kultur, Bildung, Sport und Freizeit sichert und dadurch eine Teilhabe am sozialen und kulturellen Leben erleichtert. Dieser Bayernpass sollte Menschen angeboten werden, die Hartz IV, Sozialhilfe, Grundsicherung, Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz, Wohngeld oder Opferrenten erhalten.
- » Umwelt- und Tierschutzstandards in der Landwirtschaft.
- » die Förderung der bäuerlich-ökologischen Landwirtschaft ohne Pestizide und genverändertem Saatgut.
- » ein Verbot von Glyphosat auf allen vom Bezirk genutzten und verpachteten Flächen.
- » die stärkere Umsetzung des ökologischen Landschafts- und Gewässerschutzes.

## **7. Auf den Punkt**

Ziel linker Politik im Bezirk ist es, die bestehenden Verhältnisse in den Einrichtungen des Bezirks grundlegend zu verbessern, Missstände aufzudecken, Politik mit und für alle Bürgerinnen und Bürger zu machen und den Menschen ein selbstbestimmtes Leben in Würde und ohne finanzielle Not zu ermöglichen.

Aus diesem Grund lehnt DIE LINKE alle Formen von Privatisierung der öffentlichen Daseinsvorsorge ab. Die bereits erfolgte Teilprivatisierung der bezirkseigenen Kliniken und Einrichtungen hat Outsourcing, Lohnkürzungen bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern und Stellenabbau zur Folge. Die Gründung von Nebenbetrieben zum Zweck des Lohndumpings muss beendet werden. Wir treten dafür ein, dass ausgelagerte Bereiche wieder in reguläre Beschäftigungsverhältnisse umgewandelt und bereits privatisierte Betriebe umgehend rekommunalisiert werden.

Uns ist wichtig, dass die Arbeit der Beschäftigten in der Altenpflege, in den Krankenhäusern und in der Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderung gewürdigt und aufgewertet wird. Hierzu gehören eine faire Bezahlung und gute Arbeitsvertragsbedingungen. Deshalb treten wir dafür ein, dass der Bezirk tarifliche Arbeitsbedingungen als Qualitätsmerkmal beim Abschluss von Leistungsvereinbarungen voraussetzt und die Finanzierung sicherstellt.

Die Arbeit in der Altenpflege, in den Krankenhäusern und in der Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderung muss menschengerecht gestaltet werden. Arbeit darf nicht krank machen. Deshalb treten wir dafür ein, dass die

nachgewiesenen Kosten für den gesetzlichen Arbeits- und Gesundheitsschutz zu 100 % vom Bezirk refinanziert werden.

Die Mitbestimmung von Heimbeiräten und Beschäftigtenvertretungen sehen wir als Selbstverständlichkeit in einer Demokratie. Wir setzen uns dafür ein, dass die nachgewiesenen Aufwendungen für die gesetzliche Arbeit von Heimbeiräten, Personal- und Mitarbeitervertretungen sowie Betriebsräten zu 100 % vom Bezirk refinanziert werden.

Wir wollen, dass sich die Bürgerinnen und Bürger jederzeit über die Themen, die im Bezirkstag beraten und beschlossen werden, umfassend informieren können. Wir treten deshalb dafür ein, dass Sitzungsunterlagen, Protokolle und Beschlüsse von öffentlichen Sitzungen im Internet veröffentlicht und für alle Menschen zugänglich gemacht werden. Die Homepage des Bezirks ist als barrierefreier Internetauftritt zu gestalten.

Zu einer echten kommunalen Selbstverwaltung gehört eine ausreichende Finanzierung. Bisher ist der Bezirk u. a. durch Umlagen der Landkreise und kreisfreien Städte finanziert. Da die finanzielle Ausstattung der Kommunen beschränkt ist, ist die Festlegung der Umlage stets ein halsbrecherischer Politikakt. Die Haushaltsdiskussionen in den bayerischen Bezirkstagen vermitteln häufig den Eindruck, es gäbe einen Wettbewerb um die weitestgehende Absenkung der Bezirksumlage. Dies führt zu einer Sozialpolitik nach „Kassenlage“.

DIE LINKE tritt für eine direkte, den Aufgaben entsprechende ausreichende Finanzierung durch den Freistaat und den Bund sowie für mehr Transparenz der Bezirkstage und Sitzungen durch Livestream-Übertragung ein. Die massenhafte Zunahme von Billiglöhnen, Leiharbeit, Minijobs und Erwerbslosigkeit sorgt dafür, dass die Menschen kaum etwas in die Sozialkassen einzahlen können. All diese Menschen sind im Alter arm und werden auf Sozialhilfe oder Grundsicherung angewiesen sein.

Die Kommunen können diese Last nicht alleine bewältigen. Wir wehren uns dagegen, dass die Kommunen und die Bezirke mit den Folgen der von der Bundesregierung forcierten Armutspolitik im Regen stehen gelassen werden. Angesichts des Rechtsrucks und des Wiedererstarkens des Nationalismus in Deutschland und Europa sehen wir die Bezirke in der Verantwortung, einer solchen Entwicklung die Stirn zu bieten. In den Zeiten des Nationalsozialismus sind in den Heil- und Pflegeanstalten, den jetzigen Bezirkskliniken in Bayern, tausende Menschen dem Euthanasieprogramm der Nazis zum Opfer gefallen. Das Gedenken an diese Menschen wollen wir aufrechterhalten und weiter ausbauen. In den Bezirkstagen werden wir jeder Art von Diskriminierung, Rassismus und Ausgrenzung mit aller Entschlossenheit entgegentreten.

DIE LINKE ist angetreten, gegen die bestehende Politik der sozialen Grausamkeiten Widerstand auf allen politischen Ebenen zu leisten. Kämpfen Sie gemeinsam mit uns für ein soziales, lebenswertes Bayern und unterstützen Sie unsere Kandidatinnen und Kandidaten bei der Wahl zum Bezirkstag!

# Mitmachen

Ja, ich möchte aktiv werden und meine Ideen, mein Engagement und mein Wissen einbringen. Bitte haltet mich über die weiteren Pläne auf dem Laufenden und informiert mich über konkrete Wahlkampfaktivitäten!

---

Vorname, Nachname

---

E-Mail

---

Straße, Hausnummer

---

PLZ, Ort

---

Telefon

**Ich will:**

- über Termine zum Mitmachen informiert werden
- Material zum Weiterverteilen
- Mitglied der LINKEN werden
- mehr Informationen über DIE LINKE

---

Datum, Unterschrift

**Bitte an die untenstehende Adresse einsenden!**

Die Angaben werden von der Partei DIE LINKE und ihren Gliederungen entsprechend den Bestimmungen des Bundesdatenschutzgesetzes (BDSG) gespeichert, verarbeitet und nur zum Zweck der Information über die politische Arbeit und für Wahlwerbung bis zum Widerruf dieser Einwilligung verwendet.

# Impressum

DIE LINKE. Bayern  
Äußere Cramer-Klett-Str. 11-13  
90489 Nürnberg

Telefon: 0911 - 43 00 62 3  
Telefax: 0911 - 43 12 20 40

V.i.S.d.P. Max Steininger

[www.die-linke-bayern.de](http://www.die-linke-bayern.de)  
[info@die-linke-bayern.de](mailto:info@die-linke-bayern.de)

 [dielinke.bayern](https://www.youtube.com/dielinkebayern)  
 [DIELINKE.Bayern](https://www.facebook.com/DIELINKE.Bayern)